

ПОНЕДЕЛНИК 12 ЯНУАРИ 2009 Г.
 LUNES 12 DE ENERO DE 2009
 PONDĚLÍ, 12. LEDNA 2009
 MANDAG DEN 12. JANUAR 2009
 MONTAG, 12. JANUAR 2009
 ESMASPÄEV, 12. JAANUAR 2009
 ΔΕΥΤΕΡΑ 12 ΙΑΝΟΥΑΡΙΟΥ 2009
 MONDAY, 12 JANUARY 2009
 LUNDI 12 JANVIER 2009
 LUNEDI' 12 GENNAIO 2009
 PIRMDIENA, 2009. GADA 12. JANVĀRIS
 2009 M. SAUSIO 12 D., PIRMADIENIS
 2009. JANUÁR 12., HÉTFŐ
 IT-TNEJN, 12 TA' JANNAR 2009
 MAANDAG 12 JANUARI 2009
 PONIEDZIAŁEK, 12 STYCZNIA 2009
 SEGUNDA-FEIRA, 12 DE JANEIRO DE 2009
 LUNI 12 IANUARIE 2009
 PONDELOK 12. JANUÁRA 2009
 PONEDELJEK, 12. JANUAR 2009
 MAANANTAI 12. TAMMIKUUTA 2009
 MÅNDAGEN DEN 12 JANUARI 2009

VORSITZ: HANS-GERT PÖTTERING
Präsident

(Die Sitzung wird um 17.05 Uhr eröffnet.)

1 - Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Hiermit erkläre ich die am Donnerstag, 18. Dezember 2008, unterbrochene Sitzungsperiode für wieder aufgenommen.

Ich möchte Ihnen alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein gutes neues Jahr wünschen – ein gutes Jahr 2009, das uns hoffentlich bei der Einigung Europas weiterbringt. Möge es uns gelingen, den Frieden in der Welt zu fördern. Dazu darf ich jetzt eine Erklärung abgeben.

2 - Erklärung des Präsidenten

Der Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Konferenz der Präsidenten hat mich gebeten, eine Erklärung zu den Ereignissen im Nahen Osten abzugeben. Die Debatte findet am Mittwochnachmittag statt, übrigens in Anwesenheit des Vorsitzenden des Außenministerrates, des tschechischen Außenministers Schwarzenberg. Ich erwähne das, weil das nicht ganz klar war. Wir haben uns sehr bemüht und haben eine große Bereitschaft bei ihm gefunden – obwohl er am

gleichen Tage noch nach Südafrika reisen muss –, gleichwohl, wenn auch für eine begrenzte Zeit, bei uns zu sein. Ich finde, das ist ein Anlass, schon jetzt der tschechischen Präsidentschaft dafür herzlich zu danken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Während wir zu Beginn dieses neuen Jahres hier zu einer Plenarsitzung zusammenkommen, sterben im Nahen Osten erneut Menschen.

Ganz persönlich kann ich nicht umhin – und das geht wohl den meisten von uns so –, dass sich mir beim Anblick der Fernsehbilder eine bittere Erinnerung des "déjà vu" einstellt.

Im Namen des Europäischen Parlaments möchte ich mein größtes Bedauern über die Eskalation des Gaza-Konflikts zwischen Israel und der Hamas aussprechen.

Ich sage in aller Deutlichkeit: Es ist nicht akzeptabel, dass das Leiden der Bevölkerung so weitergeht, dass die Gewalt fortgesetzt wird und jetzt mittlerweile Mitarbeiter der Vereinten Nationen unter Beschuss kommen. Wie weit muss sich die Spirale der Gewalt noch drehen, bis Einsicht und Vernunft die Oberhand gewinnen?

Es muss zu einer sofortigen Beendigung der Gewalt auf beiden Seiten kommen. Es ist völlig unannehmbar und muss aufs Schärfste kritisiert werden, wenn Hamas mit Raketen israelische Städte beschießt. Und wir dürfen auch nicht vergessen, dass es Hamas war, die den Waffenstillstand beendet hat. Doch bei der Reaktion darf die Verhältnismäßigkeit der Mittel nicht außer Acht gelassen werden.

Alle Menschen im Nahen Osten haben die gleiche Würde. Das unveräußerliche Recht eines Staates, sich zu schützen, rechtfertigt nicht Gewaltaktionen, unter denen in erster Linie die Zivilbevölkerung zu leiden hat.

Es muss dringend den Menschen im Gaza-Streifen geholfen werden. Die Würde eines Palästinensers ist die gleiche wie die eines Israelis oder eines Europäers, eines Amerikaners – alle Menschen auf dieser Erde sind gleich. Wir dürfen keine Verschlimmerung der humanitären Lage zulassen!

Als politisch Verantwortliche müssen wir bereit sein, entschlossen dazu beizutragen, über die kurzfristige Situation hinaus einen dauerhaften Ausweg aus der Spirale der Gewalt zu finden.

Die Reduzierung von Sicherheit auf rein militärische Aspekte ist meines Erachtens zum Scheitern verurteilt. Es kann daher keine ausschließlich militärische Lösung für das Nahost-Problem geben. Es muss endlich eine politische Lösung erreicht werden. Dies heißt vor allem, aus dem Scheitern des bisherigen Vorgehens die Lehren zu ziehen. Deshalb geht es jetzt darum, Maßnahmen zu ergreifen, die nicht nur tragfähig, sondern vor allem dauerhaft sind.

Ich stand in den letzten Tagen telefonisch in Kontakt mit dem israelischen Präsidenten, Simon Peres, dem Ministerpräsidenten der palästinensischen Autonomiebehörde, Salam Fayad, mit der Präsidentin der Knesset, Dalia Itzik, und natürlich mit dem Hohen Beauftragten der Europäischen Union für die Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, der sich ja sehr lange in der Region aufgehalten hat.

Ich habe auch mit den Vizepräsidenten der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer Kontakt aufgenommen, weil ich gegenwärtig den Vorsitz der Euromediterranen Versammlung führe, nämlich mit dem Präsidenten des jordanischen Parlaments, Abdel Hadi Al-Majali, dem Präsidenten des italienischen Abgeordnetenhauses, Gianfranco Fini, und dem Präsidenten des marokkanischen Parlaments, Mustapha Mansouri.

In all diesen Gesprächen habe ich immer deutlich gemacht, dass das Europäische Parlament voll und ganz hinter den Forderungen steht, die der Ministerrat für die Europäische Union formuliert hat und die durch die Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 8. Januar bestätigt wurden.

Es ist bedrückend, dass diese rechtlich verbindliche Resolution des Sicherheitsrates – bei der die Amerikaner sich enthalten haben, also damit die Resolution ermöglicht haben –, von beiden Konfliktparteien – Israel und Hamas – missachtet wird.

Es muss zu einem sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand kommen. Dieser Waffenstillstand muss mit der Vermittlung Ägyptens und der Einbeziehung aller Akteure erreicht werden. Der sofortige ungehinderte Zugang für humanitäre Hilfe muss gewährleistet sein und die United Nations Work and Relief Agency (UNRWA) in die Lage versetzt werden, ihre humanitären Aktivitäten unbehindert fortzuführen. Und ich möchte ergänzen: Nicht nur für drei Stunden am Tag!

Wenn selbst die humanitären Organisationen und die Vereinten Nationen ihre Arbeit einstellen müssen, weil die Kriegführenden deren Neutralität nicht achten, haben wir völkerrechtlich und menschlich einen Tiefpunkt erreicht, den wir nicht hinnehmen können.

Die dritte Forderung ist die Intensivierung des Friedensprozesses. Die einzig tragfähige Grundlage für einen dauerhaften Frieden ist und bleibt eine Zweistaatenlösung mit Israel und Palästina als souveränen Staaten in sicheren Grenzen.

Die Europäische Union muss zusammen mit den Mitgliedern des Nahost-Quartetts, den gemäßigten arabischen Partnern und allen Beteiligten im Konflikt unter dem Schirm der Vereinten Nationen eine rasche Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen herbeiführen. Eine umfassende Lösung setzt aber natürlich auch eine Versöhnung und vor allem eine Versöhnung zwischen den palästinensischen Fraktionen voraus.

Wir müssen uns heute die Frage nach der Methode stellen, mit der wir bislang an den so genannten Friedensprozess herangegangen sind. Trotz des bekannt schwierigen Umfelds und kaum greifbarer Fortschritte konnte man bis vor wenigen Wochen noch davon ausgehen, dass wir uns in einer Logik der Verhandlungen befinden. Die internationale Gemeinschaft und allen voran wir als Europäische Union haben diese Verhandlungen durch unser starkes Engagement begleitet und finanziell geholfen, die Rahmenbedingungen für die Errichtung eines palästinensischen Staates zu schaffen.

Doch war dieses Engagement politisch stark genug? Diese Frage müssen wir uns stellen. Inzwischen befinden wir uns wieder in einer Logik der Eskalation. Verständlicherweise neigt man in Zeiten des Krisenmanagements dazu, kurzfristig zu denken. Unmittelbar brauchen wir in der Tat einen sofortigen Waffenstillstand und einen vollständigen Rückzug der israelischen Streitkräfte, wie ihn auch der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gefordert hat.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte lehren uns, dass der Frieden im Nahen Osten nicht allein aus der Region kommen kann. Er wird aber auch nicht ohne die Versöhnung zwischen den verfeindeten Konfliktparteien möglich sein.

Deshalb muss die internationale Gemeinschaft bereit sein, mehr als jemals zuvor den Frieden im Nahen Osten zu fördern, damit die bitteren Ereignisse der vergangenen Jahrzehnte nicht noch für weitere Jahrzehnte bittere Erfahrungen bleiben.

Internationale Truppen können und müssen helfen, einen Waffenstillstand abzusichern. Deshalb müssen wir alle Bemühungen unternehmen, dass der ägyptisch-französische Plan zur Einsetzung eines internationalen Mechanismus zur Sicherung der Gaza-Grenzen wirklich zum Erfolg wird, und es muss natürlich vorrangig der Schmuggel von Waffen und Raketen in den Gaza-Raum unterbunden werden. Die Europäische Union hatte bereits zu Beginn des Annapolis-Prozesses in ihrem Aktionsstrategiepapier bekundet, dass sie bereit ist, sich in dieser Form zu engagieren.

Aber lassen Sie mich eines besonders hervorheben: Ein Einsatz europäischer und internationaler Sicherheitskräfte darf nicht nur kurzfristig das Schweigen der Waffen garantieren. Er muss ein klares politisches Ziel verfolgen, nämlich das für den Abschluss der Friedensgespräche nötige Vertrauen herzustellen, indem für Israelis und für Palästinenser gleichermaßen Sicherheit garantiert wird. Das bedeutet, dass mit einem etwaigen Einsatz von Truppen, der nur mit einem robusten Mandat Sinn macht, der politische Einfluss auf alle Seiten erhöht wird, um zum Abschluss einer Friedenslösung zu kommen.

Wir brauchen nicht nur das wiederholte Bekenntnis zum Frieden, das wir in der Vergangenheit so oft als Ziel formuliert haben. Was wir brauchen, ist die Bereitschaft, Frieden nicht nur anzustreben, sondern ihn zu schließen, und zwar bevor der über Jahrzehnte angestaute Hass weiter eskaliert und einen Flächenbrand auslöst.

Ich erinnere abschließend daran, dass 2008 das Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs war. Ich erinnere daran, wie sehr wir als Europäisches Parlament uns dafür eingesetzt haben, dass dieses Jahr zu einem Jahr der Hoffnung wird und wir politische Akzente setzen, die unterstreichen, dass der Zusammenstoß der Kulturen kein Naturgesetz ist.

Die weltweiten Reaktionen auf den Krieg in Gaza zeigen, wie schnell die Bemühungen um interkulturellen Dialog zunichte gemacht werden können, wenn sie von der Realität der Bilder eingeholt werden, die wir täglich in den Nachrichten sehen. Schlimmer noch, diese Realität spielt Extremisten und Fundamentalisten in die Hände, deren Ziel nicht der Frieden ist, sondern die Spirale der Konfrontation weiterzutreiben.

Gewalt schafft neue Gewalt. Diese Einsicht kann man nicht oft genug wiederholen. Allein Dialog und Verhandlungen weisen den Weg aus der Krise. Beide sind kein Selbstzweck, sondern müssen mutig mit dem Ziel geführt werden, dass die Menschen in Israel und Palästina in wirklicher Sicherheit, in Frieden und unter Beachtung ihrer Würde leben können.

(Beifall)

1-007

3 - Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

1-008

4 - Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

1-009

5 - Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

1-010

6 - Datenschutz (Ernennung des Europäischen Datenschutzbeauftragten und des stellvertretenden Datenschutzbeauftragten): siehe Protokoll

1-011

7 - Unterzeichnung von Rechtsakten, die im Mitentscheidungsverfahren angenommen wurden: siehe Protokoll

1-012

8 - Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

1-013

9 - Anfragen zur mündlichen Beantwortung und schriftliche Erklärungen (Vorlage): siehe Protokoll

1-014

10 - Petitionen: siehe Protokoll

1-015

11 - Übermittlung von Abkommenstexten durch den Rat: siehe Protokoll

1-016

12 - Arbeitsplan

1-017

Der Präsident. – Der endgültige Entwurf der Tagesordnung dieser Tagung, wie er von der Konferenz der Präsidenten in ihrer Sitzung vom Donnerstag, 8. Januar 2009, gemäß den Artikeln 130 und 131 der Geschäftsordnung festgelegt wurde, ist verteilt worden. Zu diesem Entwurf wurden folgende Änderungen beantragt:

Montag:

Da Frau Andriksen heute Abend nicht anwesend sein kann, um ihren Bericht über die Entwicklung des UN-Menschenrechtsrats und die Rolle der EU vorzustellen, wird über diesen Bericht wie vorgesehen am Mittwoch ohne Aussprache abgestimmt.

*Dienstag: keine Änderung.**Mittwoch:*

Die Fraktion der Grünen hat beantragt, die Aussprache über die Lage in Gaza mit der Einreichung von Entschließungsanträgen abzuschließen. Das Wort hat der Kollege Cohn-Bendit, um den Antrag zu begründen.

1-018

Daniel Cohn-Bendit, au nom du groupe Verts/ALE. – Monsieur le Président, chers collègues, la situation à Gaza est connue de tous. Que nous en discutons ici au Parlement est naturel. Mais nous demandons que le Conseil de sécurité prenne position, nous demandons que les instances prennent position, que l'Union européenne prenne position. Et nous, au Parlement, nous discutons et nous ne voulons pas prendre position. Je trouve que, quand même, face à l'urgence de la situation à Gaza, il est d'extrême importance que ce Parlement se prononce et dise exactement ce qu'il veut pour arrêter les massacres qui ont lieu au Moyen-Orient en ce moment. Je trouve inadmissible que ce Parlement n'ait pas le courage et la lucidité de voter une résolution après notre débat. C'est pour cela que notre groupe demande de réviser la décision de la Conférence des présidents et de terminer le débat que nous devons avoir sur la situation à Gaza par une résolution, qui démontrera la position claire et ferme de ce Parlement, d'une majorité, pour que les massacres à Gaza s'arrêtent. Nous voulons une résolution, nous devons être conscients que nous avons une responsabilité politique face à ce qui se passe et cette responsabilité politique, ça ne peut pas être simplement une discussion, ça doit être une résolution, qui dise clairement ce que nous voulons et ce que nous dénonçons!

1-019

Hannes Swoboda, im Namen der PSE-Fraktion. – Herr Präsident! Wir haben uns diese Sache natürlich genau überlegt. Vielleicht überschätzt der Kollege Cohn-Bendit die Bedeutung einer Resolution, aber mit der Resolution des Sicherheitsrates haben wir eine Grundlage, die wir unterstützen sollten, und wie der Präsident des Parlaments bereits gesagt hat, sollten wir beide Seiten auffordern, jetzt für Frieden zu sorgen, die Waffen ruhen zu lassen und der Resolution

des Sicherheitsrates zu entsprechen. Ich möchte aber gleich sagen: Das muss die Kernaussage unserer Entschließung sein. Wenn dies so ist, können wir sie unterstützen. In diesem Sinn würden wir mitarbeiten und in diesem Sinn würden wir auch den Antrag des Kollegen Cohn-Bendit unterstützen.

1-020

Elmar Brok, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Beschluss der Konferenz der Präsidenten ist von großer Weisheit getragen. Wir haben heute eine Erklärung des Parlamentspräsidenten gehört, der, wenn ich das richtig gesehen habe, von allen Seiten des Hauses zugestimmt wurde. Das ist eine wichtige Grundlage und eine wichtige Aussage des Parlaments. Wir werden in den nächsten Tagen eine Vielzahl von Informationen bekommen: durch Sitzungen, die der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und die Delegationen abhalten, durch die Mitteilungen, die wir von der Ratspräsidentschaft und der Kommission bekommen. Wir sind deswegen gar nicht in der Lage, heute eine Entschließung zustande zu bringen, die dann im Einzelnen wirklich dem Stand der Entwicklung vom Donnerstag entsprechen wird.

Ich war in der letzten Woche zwei Tage an der Grenze zum Gazastreifen und habe vom Leiden der Menschen auf beiden Seiten sehr viel mitbekommen. Ich glaube, dass ein Waffenstillstand allein nicht ausreicht. Mit dem Waffenstillstand muss verbunden sein, dass in Zukunft der Waffenschmuggel nach Gaza nicht mehr stattfinden kann. Hier sind insbesondere die Details der Verhandlung, die heute mit Ägypten stattfindet, von entscheidender Bedeutung. Das sollten wir nicht durch eine Entschließung, die vielleicht durch Emotionen geprägt ist, zerstören. Deswegen spreche ich mich für die Beibehaltung des Beschlusses der Konferenz der Präsidenten aus.

1-021

Der Präsident. – *(Das Parlament nimmt den Antrag an.)*

Die Fristen sind wie folgt festgelegt: Entschließungsanträge heute Abend, 20.00 Uhr, Änderungsanträge und gemeinsame Entschließungsanträge Mittwoch, 10.00 Uhr.

Donnerstag: keine Änderung.

1-022

Daniel Cohn-Bendit (Verts/ALE). – Herr Präsident! Ich hatte noch eine Bemerkung zu der Debatte, die danach kommt, zum Gasstreit Ukraine-Sowjetunion und zur Krise ... Russland!

1-023

Excuse-moi, Francis, d'avoir fait remonter le passé, je ne le voulais pas.

1-024

Was diese Diskussion angeht: Wir möchten nur feststellen, und hoffen, dass alle Fraktionen sich darauf einigen können, dass in dieser Debatte auch darüber diskutiert wird, dass die Slowakei unrechtmäßig ein Atomkraftwerk wieder in Betrieb nehmen will. Ich wollte das nur ...

(Zwischenruf)

Du bist doch schon Spitzenkandidat. Du kannst jetzt mal ganz ruhig sein, Bub. Ganz ruhig. Du bist es ja. Das wollte ich nur feststellen. Wir sind im Parlament, Bub.

1-025

Der Präsident. – Die Kollegen Cohn-Bendit und Ferber stellen jetzt bitte ihren Disput ein. Sie können das später weiterführen. In diesen Debatten kann alles angesprochen werden, was im Zusammenhang mit diesen Debatten steht.

1-026

Γιώργος Δημητράκοπουλος (PPE-DE). – Κύριε Πρόεδρε, επειδή το θέμα της Σλοβακίας και της Βουλγαρίας είναι σοβαρό, θέλω και εγώ να σας παρακαλέσω να ζητήσετε από την Ευρωπαϊκή Επιτροπή, που έτσι κι αλλιώς είναι ο θεματοφύλακας των Συνθηκών και της Συνθήκης Ένταξης, να μας ενημερώσει για το τι ακριβώς συνέβη και γιατί πήρανε αυτήν την απόφαση οι δύο αυτές χώρες.

1-027

Der Präsident. – Die Kommission hat das sicher zur Kenntnis genommen, sodass das berücksichtigt wird.

(Der Arbeitsplan ist somit angenommen.)

1-028

13 - Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung

1-029

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgen die Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen.

1-030

Γεώργιος Παπαστάμκος (PPE-DE). – Κύριε Πρόεδρε, επιτρέψτε μου να ενημερώσω το Σώμα για την προκλητική συμπεριφορά της Τουρκίας κατά της Ελλάδος.

Οι συνεχείς παραβάσεις και παραβιάσεις του ελληνικού εναερίου χώρου, οι χαμηλές υπερπτήσεις μαχητικών αεροπλάνων πάνω από κατοικημένα ελληνικά νησιά, η παρεμπόδιση της ασφαλούς ναυσιπλοΐας στα ελληνικά χωρικά ύδατα και οι οχλήσεις στην έρευνα και διάσωση στην ίδια θαλάσσια περιοχή του Αιγαίου, που αποτελεί αποκλειστική ευθύνη της Ελλάδος, αλλά και η εκτεταμένη προώθηση λαθρομεταναστών εκ μέρους της Τουρκίας αποτελούν δυσοίωνα στοιχεία για την σταθερότητα στην ευρύτερη περιοχή.

Οφείλουμε να καταδικάσουμε την προκλητική συμπεριφορά και την συνεχιζόμενη στρατηγική αμφισβήτησης των κυριαρχικών δικαιωμάτων χώρας μέλους της Ένωσης – της Ελλάδος – εκ μέρους της Τουρκίας και να στείλουμε το σαφές μήνυμα ότι η συμπεριφορά της την απομακρύνει από την ευρωπαϊκή προοπτική.

1-031

Csaba Sándor Tabajdi (PSE). – Az Európa intézményeiben dolgozó új tagállamokbeli alkalmazottakat érintő 2004-ben hozott, majd 2008-ban az Európai Közösségek Bírósága által jogellenesnek ítélt diszkriminatív intézkedések után egy újabb diszkriminatív döntésre szeretném felhívni a figyelmet.

Eltelt négy és fél év, és még mindig másodrangú állampolgároknak érzik magukat az új tagállambeliek. Az történt ugyanis, elnök úr, hogy az Európai Parlamentben dolgozó magyar tolmácsok vezetőjének posztjára tavaly pályázatot írtak ki, amelyre bármely tagállam állampolgára pályázhatott. A tolmácsszolgálat vezetője koordinatív, adminisztratív feladatok mellett azzal is kell, hogy foglalkozzon, hogy az európai uniós nyelvet átültesse magyar nyelvre.

Elnök úr, felháborító, hogy két alkalmas jelölt, egy magyar és egy brit jelölt közül a brit jelöltet választották ki. El tudja-e ön képzelni, hogy a francia nyelvi szolgálatot egy angol vagy egy spanyol töltsse be? Elnök úr, ez elfogadhatatlan diszkrimináció, és súlyos károkat okoz az Európai Unió dokumentumainak nyelvi lefordítására nézve. Minden új tagállam nevében tiltakozom.

1-032

Der Präsident. – Sie werden dazu selbstverständlich eine Antwort erhalten.

1-033

Marian Harkin (ALDE). – Mr President, this afternoon we have listened to yourself and others make statements on the terrible situation in Gaza and on the need for an immediate ceasefire and the withdrawal of Israeli armed forces from Gaza. I must say that, in this context, I agree with Mr Cohn-Bendit that Parliament should take a position – we cannot sit on the fence.

However, in a way it is a bit mundane to speak about bread-and-butter issues, having listened to all that has been said, but of course bread-and-butter issues concern all our citizens. Last weekend in Ireland the announcement by Dell, that it was relocating 2 000 jobs, came as a body-blow to the community in the Mid-West and West of Ireland. At a time when we are experiencing a global financial downturn, this is especially difficult for workers directly employed by Dell and for its suppliers etc.

In this context, the European Globalisation Fund could prove to be especially important to help retrain and reskill workers and to assist in the promotion of entrepreneurship for self-employment. It is crucial that the Irish Government makes an immediate application to the Globalisation Fund, so that workers can have some faith in the future and see that the EU is working to assist all workers and, in this case, those in the West and Mid-West of Ireland.

1-034

Ryszard Czarnecki (UEN). – Panie Przewodniczący! Jesteśmy tuż po zawarciu porozumienia, na podstawie którego gaz z Rosji dopłyne jednak do szeregu państw członkowskich Unii Europejskiej, które tego gazu zostały pozbawione. Należy podkreślić w tej sprawie solidarność państw członkowskich Unii, choć niestety nie była ona elementem integrującym naszą społeczność od samego początku. W tej sprawie różne kraje miały bardzo różne opinie, na szczęście pod koniec staraliśmy się wystąpić wspólnie.

Chciałem jednak podkreślić - wiedząc, że za dwa dni mamy debatę na ten temat - że ta sprawa unaocznia po pierwsze, iż Rosja traktuje sprawy czysto ekonomiczne jako instrument absolutnie polityczny, a po drugie, że ta sprawa unaocznia, że rzeczywiście musimy jako Unia Europejska mieć wspólną politykę energetyczną, a nie politykę energetyczną poszczególnych największych państw, które np. na swoją rękę budują gazociągi pod Morzem Bałtyckim.

1-035

László Tőkés (Verts/ALE). – Elnök úr, tisztelt képviselőtársak! A kóla és a chips egészségtelen eluralkodásának globális korszakában a világviszonylatban is jelentős Kárpát-medencei magyar szőlő- és borkultúra védelmében emelem fel a szavam. A rosszul felfogott EU-direktívák értelmében manapság azokat támogatják európai pénzekkel, akik kivágják szőlőültetvényeiket, és nemegyszer azokat büntetik, akik új, nemes szőlőfajtákat telepítenek.

A Kárpát-medencében, a történelmi Magyarországon volt található egykor Európa egyik legnagyobb szőlőfelülete mintegy 600 ezer hektár kiterjedésben. 1948-ban Magyarországon még 260 ezer hektáron termett borszőlő, mára azonban ez a terület 40 ezer hektárra zsugorodott. Meddig tarthat tovább a Kárpát-medencei borászat, a szőlőgazdák és a természeti környezet illetén módon való tönkretétele?

Bort, búzát, békességet! Ezzel a magyar népi köszöntéssel kívánok áldott új esztendőt.

1-036

Mary Lou McDonald (GUE/NGL). – Mr President, I rise on the issue of Palestine. I note that in your earlier remarks you have been somewhat coy in your positioning on Israel: 900 Palestinians dead, a third of whom are children, and yet we cannot find it in ourselves in this Chamber to utterly condemn Israeli brutality.

This onslaught is not alone disproportionate; it is entirely unjustified. It is not driven by Israeli security needs; in fact, it is a cynical and clinical attack not on Hamas, but on the Palestinian population. I think that Member States now have a moral obligation to flex the full extent of their diplomatic and political muscle with Israel to end this violence.

Tiptoeing around the Israeli administration will not work; it has never worked. Israel must now understand that there are indeed consequences for its actions. Therefore I call on all MEPs to demand the immediate suspension of the Euro-Med Agreement and indeed all preferential trade arrangements between the EU and Israel. Equally, we must resist any attempt to upgrade relations between the EU and the State of Israel which lays siege on Gaza and brutalises the Palestinian people.

The rhetoric of human rights, which so often echoed this Chamber, must now be honoured in word and deed. That is the only prospect for a successful peace process in the Middle East.

1-037

Der Präsident. – Wie schwierig das alles ist, ergibt sich allein schon aus der Redezeit, die Sie beansprucht haben. Sie haben nämlich die Redezeit um 50 % überschritten. Die Debatte ist am Mittwochnachmittag.

1-038

Kathy Sinnott (IND/DEM). – Mr President, my constituency last week was devastated by the announcement, as Mrs Harkin has said, of the loss of almost 2 000 jobs in the Dell factory. This also means the loss of probably 2 000 more jobs that depend on Dell production in Ireland. Dell is moving production to Łódź in Poland with the help of almost EUR 52 million in state aid.

Can the Commission assure me that the state aid, which Poland is using, is within the competition rules of the EU, and can it assure me that sufficient aid from the European Globalisation Fund will be available to prepare the dismissed workforce for new employment?

1-039

Димитър Стоянов (NI). – Уважаеми дами и господа, преди два дни четири училища в град Бургас осъмнаха осквернени с расистки лозунги. По техните фасади със спрей е написано: „Българите на сапун“ и „Смърт на гяурите“. „Гяур“ е обидно турско обръщение, използвано по време на Отоманската империя спрямо подвластните немюсюлмани и тези с нетурски произход. Гяурът в турския менталитет се счита за получовек, това е най-отвратителната расистка обида в турския език. Същата тази думичка „гяури“ използваша бившият земеделски министър Нихат Кабил и турските администратори в Министерството на земеделието спрямо българите, дошли във ведомството, след което обслужваха турците с предимство.

Уважаеми дами и господа, нека този случай Ви бъде предупреждение какъв е турският менталитет през XXI век. Този пример сам показва, че Турция няма място в Европейския съюз, защото е расистка и ксенофобска държава, която поддържа и пропагандира расизъм и ксенофобия в съседните държави. От този случай се вижда, че българите не само не са източник на омраза, а че са жертви на омраза и етническа нетолерантност.

Европарламентът винаги е заставал решително против расизма и етническата нетърпимост. Призовавам Ви, като негови членове, да го направите отново и да подкрепите нашата писмена декларация против турския расизъм срещу българите.

1-040

Tunne Kelam (PPE-DE). – Thank you Mr President. I commend the efforts of the Czech presidency to handle the present gas crisis but just mediating one crisis after another is not the solution. The EU cannot remain in a babysitter role; that of an *enfant terrible*. One conclusion is clear: counting on a mutually beneficial strategic alliance with Russia as a reliable provider of energy is a strategic miscalculation. The root cause of the current crisis is not Ukraine, but the crisis within Gazprom itself, which has failed to live up to its own commitments.

For eight consecutive years, gas production by Gazprom has been stagnating at the same level. This is the typical result of political state control over production. Not being able to deliver gas at the same time to Russian customers and meet

commitments abroad has probably brought Mr Putin to initiate the political crisis and point to Ukraine as a scapegoat. This makes it all the more important for us to concentrate upon finding new energy sources.

1-041

Magda Kósáné Kovács (PSE). – Elnök úr, képviselőtársaim, a gazdasági válság, amelyet kezdetben sokan a média ijesztgetésének vélték, ma itt van Európában, lesújt országra, régióra, helyi közösségre, vállalkozásra és benne a családra, a munkavállalóra. Két képviselőtársam is szólt erről. A recesszió következményeivel, ahogy erre a Bizottság közleményében felhívja a figyelmet, nem egyformán szembesülünk. Európa és a társadalom peremén a negatív hatások hatványozottan érvényesülnek.

Ahhoz, hogy a jelenlegi helyzet ne vezessen a méltó munka elvének kiüresedéséhez és el tudjuk kerülni a szegénység robbanását, az erőforrások összpontosítására kell törekedni. Ezért üdvözlöm a Bizottság közleményét, valamint Špidla biztos elkötelezett figyelemfelhívását, aki a leginkább veszélyeztetett társadalmi csoportok védelmében sürgeti az európai erőfeszítéseket most, a csökkenő gazdasági aktivitás időszakában.

Reményre ad okot a Bizottság differenciált megközelítése, hogy az egységes Európa ne jelentsen erőltetett egyformaságot, különösen a válság időszakában nem. Remélem és elvárom, hogy ebben az Európai Parlamenttől támogatást kapjon.

1-042

Magor Imre Csibi (ALDE). – Mr President, nowadays we are faced with a paradox. Although a majority of European consumers have repeatedly stated that they are against GMOs, surveys show that they do buy GM foods when they are available in supermarkets.

Many consumers are just not aware that GM food is sold in Europe or simply fall into the trap of illegible labels and end up not knowing what they buy.

A possible solution would be to allow the absence of GMO in foods to be mentioned on the label. But currently there are no common provisions on GM-free labelling, leaving the Member States the freedom of choice. This leads to confusion of consumers and distortion of the internal market since, while some countries have already introduced non-GM labelling provisions, others refuse to allow this kind of information to be given.

People want to make food choices based on their own values and not according to safety assessment studies. If we care about consumers' concerns, then we should be transparent all the way and give them a real choice. Therefore I call on the Commission to provide the legal framework for voluntary GM-free labelling at European level.

1-043

Bogusław Rogalski (UEN). – Panie Przewodniczący! Pragnę z tego miejsca wezwać Radę, aby na podstawie art. 13 Traktatu ustanawiającego Wspólnotę Europejską podjęła niezbędne środki w celu zwalczania na Litwie dyskryminacji ze względu na pochodzenie etniczne.

Po ostatnich wyborach parlamentarnych na Litwie, w których posłami zostali trzej politycy z mniejszości polskiej, władze litewskie chcą odebrania dwóm z nich mandatów poselskich. Jako powód podaje się posiadanie przez nich Karty Polaka – dokumentu, który potwierdza przynależność do narodu polskiego i służy pielegnowaniu kultury oraz tożsamości narodowej u osób pochodzenia polskiego na całym świecie. Władze litewskie twierdzą natomiast, że jest to zobowiązanie wobec obcego państwa. To oczywisty absurd i skandal, a także dyskryminacja ze względu na pochodzenie etniczne, jak również pogwałcenie praw mniejszości narodowych niegodne członka Unii Europejskiej. Mam nadzieję, że władze litewskie opamiętają się!

1-044

Daniel Stroj (GUE/NGL). – Pane předsedo, kolegové, poslanec Bernd Posselt, který je tu za bavorskou stranu CSU, ale vede i sdružení vysídlených sudetských Němců, navrhl, aby Česká republika během svého předsednictví ukončila platnost tzv. Benešových dekretů. To je nehorázná a pro Českou republiku i nesplnitelná výzva. Víme přece, že dekrety vznikly po druhé světové válce v souladu s postojí vítězných mocností a nahrazovaly zákonné normy až do zvolení řádného parlamentu. Nejde tedy o nějaký rakovinový nádor v evropském parlamentním pořádku, jak řekl. Něčím jako rakovinovým nádorem je podle mne sdružení pana Posselta, které jedná v přímém rozporu s cíli moderní evropské integrace prosazované EU. Zatímco pan Posselt útočí na Českou republiku, žijí v ní a pracují spokojeně tisíce německých občanů a pobývají v ní houfně i ti kdysi sudetští Němci v důchodovém věku. I já osobně jsem příkladem toho, že v dnešní ČR neexistuje agrese proti Němcům. Jako občan Německa jsem byl za ČR zvolen do tohoto Parlamentu.

1-045

Nicodim Bulzesc (PPE-DE). – Mr President, the gas crisis has left hundreds of thousands of households across 17 European countries without heating during freezing temperatures. Eastern and central Europe have been affected the most by the dispute, which has shut down factories and schools.

Even if Kiev and Moscow sign the EU-brokered deal after hours of talks with EU officials, Gazprom says that the deal to restart gas supplies to Europe via Ukraine will be delayed as it has not received a copy of the agreement.

The team of technical experts sent by the European Commission will check flows into Ukrainian pipelines from Russia and, even if the gas starts to flow in Ukraine, it may take about 36 hours to reach EU Member States. As a result, Europe needs a single policy on energy security in order to avoid future conflicts and it needs to diversify its sources of energy supplies.

I welcome the intervention of Parliament in the dispute and hope that an agreement will be reached as soon as possible in order to avoid a deepening conflict.

1-046

Aurelio Juri (PSE). – Lani smo praznovali 40. obletnico pogodbe o neširjenju jedrskega orožja, leto prej pa sprejeli v tej dvorani resolucijo, s katero so bili predsedstvo, Svet in Komisija pozvani k okrepljenim prizadevanjem v prid učinkovitejšega multilateralizma in strožjega izvajanja omenjene pogodbe, za katero vemo, da je jedrske arzenale zaježila, zmanjšala pa žal ne. Resolucija je tudi pozivala Združene države Amerike k umiku jedrskih konic z evropskega ozemlja, ter Veliko Britanijo in Francijo k ustavitvi njunih raketnih jedrskih programov.

Ker sem vstopil v ta spoštovani zbor šele novembra, vprašujem, koliko in kako so bili ti pozivi upoštevani oziroma prizadevanja uspešna glede na to, da oživlja nov projekt postavitve ameriškega protiraketnega ščita na Češkem in Poljskem in da le ta generira nove, pričakovane napetosti med zahodom in Rusijo ter zamisli in grožnje po novi nevarni jedrski oboroževalni tekmi.

1-047

Rareș-Lucian Niculescu (PPE-DE). – S-a discutat intens, inclusiv în această seară, despre criza gazelor.

De fiecare dată se spune cât de grav și cât de periculos este nivelul de dependență energetică al Uniunii Europene. De fiecare dată se repetă că soluția este reducerea în continuare a dependenței de surse unice de energie.

Trebuie însă să nu uităm și de un alt imperativ, cel al economiei de energie.

Care este nivelul de risipă de energie în Uniunea Europeană în acest moment e greu de spus. Unii analiști vorbesc chiar despre o treime din consumul total. Cu titlu de exemplu, pot să spun că, dacă importurile de gaz răsesc ale României sunt de circa 14 milioane de tone echivalent petrol pe an, aproape 1 milion de tone echivalent petrol pe an sunt risipite din cauza izolării deficitare a blocurilor de locuințe.

Din păcate, legislația comunitară nu este de natură să sprijine rezolvarea acestei probleme, pentru că limitează într-un mod de neînțeles fondurile europene care pot fi alocate proiectelor de reabilitare termică.

Cred că ar trebui să ne punem zi de zi următoarea întrebare: ce este mai simplu? Să căutăm surse noi de energie, să căutăm trasee noi de tranzit sau să nu uităm că prin metode simple putem să economisim o bună parte din energia risipită?

1-048

Miloš Koterec (PSE). – Tento rok, keď oslavujeme 10. výročie eura, 1. januára 2009 sa Slovensko stalo 16-tým členom eurozóny.

Moja krajina sa vzdala časti svojej identity, ale urobili sme tak s hrdosťou. Tak ako sme si vážili vlastnú menu, začali sme používať euro, ktoré sa väčšine slovenského obyvateľstva stáva rýchlo vlastným tiež. Euro sme prijali len po piatich rokoch členstva v EÚ, a ako povedal premiér Fico na Nový rok, Euro sme mohli vnímať ako talizman pre šťastie, ktorý v súčasnej hospodárskej kríze prináša stabilitu a potenciál pre ešte razantnejší rozvoj Slovenska. Rád by som vyzdvihol všetkých, ktorí sa pričínili k jeho prijatiu v SR, a ocenil pozitívny prístup slovenských občanov k novej mene.

Želám nám, všetkým Slovákom, veľa šťastia s Eurom ako symbolom integrovanej prosperujúcej Európy.

1-049

Μαρία Παναγιωτοπούλου-Κασιώτου (PPE-DE). – Κύριε Πρόεδρε, επειδή δεν θα γίνει σχετική συζήτηση στο Κοινοβούλιο, θα ήθελα να τονίσω τη σημασία που έχει για την Ευρωπαϊκή Ένωση η πρόταση οδηγίας του Συμβουλίου για την εφαρμογή της συμφωνίας που συνήψαν η Ένωση Εφοπλιστών της Ευρωπαϊκής Κοινότητας και η Ευρωπαϊκή Ομοσπονδία Εργαζομένων στις Μεταφορές.

Η οδηγία αυτή, που αφορά την εργασία των ναυτικών σύμφωνα με τη Σύμβαση της Διεθνούς Οργάνωσης Εργασίας, θα επιτρέψει στους ναυτικούς της Ευρωπαϊκής Ένωσης να εξασφαλίσουν αξιοπρεπείς συνθήκες εργασίας.

Στον τομέα αυτόν πρέπει να δοθεί ώθηση διότι συμβάλλει στην ανάπτυξη και την παραγωγικότητα. Οι θάλασσες που βρέχουν την Ευρωπαϊκή Ένωση είναι θάλασσες πολύ σημαντικές για το διεθνές εμπόριο και οι νέοι πρέπει να δουν το μέλλον τους στα ναυτικά επαγγέλματα και να πλαισιώσουν τη ναυτιλία.

1-050

Jörg Leichtfried (PSE). – Herr Präsident! Hintergrund meiner Wortmeldung ist ein illegaler Welpentransport, welcher Anfang Oktober 2008 in Österreich aufgedeckt wurde. Seit Anfang Oktober 2008 bemühe ich mich um Redezeit bei den einminütigen Beiträgen, und ich bin froh, dass das jetzt endlich gelungen ist. Es ist interessant, dass ich mir in dieser Zeit den Kollegen Rogalski schon das dritte Mal anhören durfte.

Jetzt aber zum Sachverhalt selbst: Die österreichische Polizei stoppte einen Transporter mit 137 Welpen. Das Fahrzeug wies schwere Mängel auf, und die Tierpässe waren gefälscht, da die Hunde das gesetzlich erforderliche Alter für den Transport noch nicht erreicht hatten. Zielland der in der Slowakei begonnenen Fahrt war Spanien. Dieser Fall ist kein Einzelfall, und er führt erneut vor Augen, dass in Europa profitorientierte Organisationen beständig in krimineller Weise geltende Tierschutzbestimmungen umgehen. Wir brauchen in Europa endlich flächendeckende Kontrollen von Tiertransporten und entsprechende Strafandrohungen bei Nichteinhaltung. Die EU muss gemeinsam europäische Mindestnormen im Tierschutz beschließen, die von allen Staaten umgesetzt und kontrolliert werden müssen. Dies würde auch solche Länder zur Einführung von gewissen Standards zwingen, die bisher im Bereich Tierschutz vollkommen untätig waren.

1-051

Jelko Kacin (ALDE). – Krvavi ter neusmiljeni masaker nad Palestinci v Gazi je simbol človeške nemoči in dvojnih meril, ki kriči v nebo. Mar res mora število mrtvih med Palestinci doseči štirimestno število, preden mednarodni subjekti uporabijo mehanizme, ki so na voljo za posredovanje že od prvega dne spopadov.

Evropska unija si domišlja, da je subjekt mednarodnih odnosov in svetovni politični igralec. Pa je res? Smo mi subjekt, če izraelska vojska ob vsej svoji sofisticirani obveščevalni podpori napade šolo, polno civilistov, ki jo financira Evropska unija. Mar obstaja mednarodno humanitarno pravo, če izraelska vojska na silo preseli Palestince v hišo, ki jo naslednjega dne divje obstreljuje.

Večkrat sem bil v Izraelu, tudi v Sderotu, marsikaj vem, toda ta izraelska akcija je nesorazmerna, je pretirana in je nečloveška. Početje je nemoralno, je perverzno, je bizarno, saj je v svojem bistvu predvolilna kampanja. To je krvava predvolilna kampanja.

1-052

Liam Aylward (UEN). – Mr President, may I take this opportunity to back the case for European Union funding to support the European Special Olympics Games, which are being held in Warsaw in 2010, and the Special Olympics World Games, which are being held in Athens in 2011.

The Commission allocated EUR 5 million in support of the Special Olympics World Games when they were held in Ireland in 2003, which was such a wonderful occasion and a pleasure for so many of us who were present. We in the European Union must be to the forefront in supporting volunteerism in sport.

Let me add that there is a written declaration on this issue that MEPs can sign this week outside the Chamber, and I would urge all colleagues to sign this declaration in support of EU funding for these very important Special Olympics Games.

1-053

Jaromír Kohlíček (GUE/NGL). – Hezký nový rok, pane předsedo. Vážení kolegové, milé kolegyně, dovolu mi, abych se upřímně podivil nad tím, že ironií osudu právě česká vláda, známa svými specifickými přístupy k otázce jednání s Ruskem, stále ještě neroztrhla své roucho a nesype si popel na hlavu. Vždyť i ona oddalovala jednání o energetické bezpečnosti s Ruskem. Ještě více mne šokuje postoj Evropské komise. Ta hrozí Slovensku a Bulharsku sankcemi, dokonce jsme slyšeli, že pan Cohn-Bendit to také doporučuje, pokud znovu spustí odstavené bloky jaderných elektráren. Doporučuji komisařům a mluvčímu Evropské komise, aby si vzali dobré oblečení, doma vypnuli topení a svým rodinám vysvětlili, že jsou solidární se Slováký a Bulhary. Nebo snad šlo o špatný novoroční vtíp?

1-054

Εμμανουήλ Αγγελάκας (PPE-DE). – Κύριε Πρόεδρε, θα αναφερθώ και εγώ στο θέμα του φυσικού αερίου καθώς τις τελευταίες δέκα μέρες γινόμαστε μάρτυρες της διαμάχης γύρω από το θέμα αυτό. Μια διαμάχη που έχει φέρει σε ομηρία πολλά κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης τα οποία εξαρτώνται ενεργειακά από το φυσικό αέριο και έχει δημιουργήσει προβλήματα σε πολίτες, επιχειρήσεις και βιομηχανία.

Μέσα από συζητήσεις των δύο αντιμαχόμενων πλευρών, που χαρακτηρίζονται από καχυποψία, κακοπιστία και αλληλοσυγκρουόμενες ανακοινώσεις, και με την παρέμβαση της Ευρωπαϊκής Προεδρίας και της Επιτροπής, φαίνεται πως βρέθηκε κάποια λύση.

Είναι φανερό ότι, ανεξαρτήτως προθέσεων και καταμερισμού, το πρόβλημα μπορεί να προκύψει και πάλι εάν δεν ληφθούν μέτρα. Πρέπει λοιπόν να μελετηθεί η αναδιατύπωση του ενεργειακού δόγματος της Ευρωπαϊκής Ένωσης με την προσθήκη σε αυτό και άλλων πηγών ενέργειας.

Θα πρέπει επίσης το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο να στείλει με σαφήνεια το μήνυμα ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν εκβιάζεται και να συμμετάσχει στη συζήτηση για το σχεδιασμό εναλλακτικών οδών για ασφαλή και συνεχή παροχή φυσικού αερίου. Ο στόχος της μείωσης των ενεργειακών αναγκών κατά 20% μέχρι το 2020 δεν μπορεί να επιτευχθεί όταν η σημερινή κατάσταση είναι τόσο ασταθής και όχι δεδομένη.

1-055

Silvia-Adriana Țicău (PSE). – Uniunea Europeană trebuie să aibă ca prioritate elaborarea unei strategii energetice comune și a unui plan de acțiuni care să îmbunătățească siguranța energetică a Uniunii.

Înteruperea furnizării prin Ucraina a gazelor naturale către statele membre ale Uniunii a arătat dependența Uniunii de furnizorii săi tradiționali. De asemenea, temperaturile scăzute din această iarnă au pus serioase probleme operaționale furnizorilor de energie electrică, care au înregistrat valori istorice ale consumului.

Uniunea trebuie să elaboreze o strategie europeană pentru modernizarea *grid*-ului energetic, pentru creșterea eficienței energetice și pentru diversificarea surselor de aprovizionare cu energie. Realizarea proiectului Nabucco, construcția de terminale de gaz lichefiat în porturile europene, investiții în centrale nucleare mai sigure, creșterea eficienței energetice și creșterea utilizării energiilor regenerabile trebuie să se afle printre acțiunile prioritare comune dedicate creșterii siguranței energetice a Uniunii.

Comisia Europeană, împreună cu Banca Europeană de Investiții și cu guvernele statelor membre, trebuie să identifice și să asigure finanțarea acestor proiecte prioritare.

1-056

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΡΟΔΗ ΚΡΑΤΣΑ-ΤΣΑΓΚΚΑΡΟΠΟΥΛΟΥ

Αντιπρόεδρος

1-057

Gay Mitchell (PPE-DE). – Madam President, I wish to raise the issue of Zimbabwe. It seems to me that if Zimbabwe is not on our television screens, then we do not really concern ourselves with some of the issues that arise there. Recently we had the case of Jestina Mukoko, Executive Director of the Zimbabwe Peace Project and a board member of the Zimbabwe Human Rights NGO Forum, who was abducted and held incommunicado for 21 days before reappearing at Harare Magistrates Court bearing signs, it might be said, of torture and ill treatment – all for the crime of being a human rights campaigner.

Ms Mukoko is currently being held in solitary confinement at the maximum security prison, and her future, like that of so many campaigners, aid workers and ordinary citizens before her, remains in jeopardy at the hands of the Mugabe regime.

Many words of concern and condemnation have been spoken in this Chamber and in other, national parliaments, yet the nightmare for ordinary Zimbabweans continues unabated. I believe that it is time we reasserted our interest in this and demand from the Council and Commission that action be taken once and for all to bring to an end the criminal activity against people who are campaigning for human rights in Zimbabwe.

1-058

Proinsias De Rossa (PSE). – Madam President, I welcome the statement by the President this evening on Gaza and, indeed, the decision of Parliament to have a resolution on the issue to urge an immediate, unilateral ceasefire by all sides in the Gaza conflict. With over 900 now dead, the futility of politics-by-war is painfully evident. You must insist that Israel stop the killing. Gaza is the largest prison in the world, with 1.5 million prisoners; it is now also a slaughterhouse, unfortunately, with men, women and children dying simply because they are Palestinian.

What possible crimes could the Palestinian children, who are dying in this conflict, be guilty of? What possible excuses have we Europeans to continue to do business with Israel while it callously continues to slaughter innocent people? The European Council must stop making excuses, stop the bickering and unite in concerted action which will bring this slaughter to an end. There can be no question of upgrading Europe's relations with Israel so long as it fails to engage in constructive dialogue with all the representatives of the Palestinian people.

1-059

Hanna Foltyn-Kubicka (UEN). – Unia Europejska, jako organizacja państw zjednoczonych wspólnymi wartościami, powinna za pomocą wszelkich możliwych środków uniemożliwić propagowanie nienawiści. Tymczasem francuski operator Eutelsat zdecydował się nadawać program powiązanej z Hamasem stacji Al-Aksa TV, która otwarcie wzywa do ataków na cywilną ludność Izraela.

Firma Eutelsat pokazała tym samym po raz kolejny, iż etyka w biznesie jest terminem obcym osobom odpowiedzialnym za zarządzanie spółką, zwłaszcza w kontekście trwającego od miesięcy blokowania możliwości nadawania niezależnej chińskiej telewizji NTD TV. Pomimo apelu wielu środowisk zarząd Eutelsat wciąż nie chce wycofać się ze swojej decyzji, podjętej zresztą pod naciskiem chińskiego rządu. Zaskakujące i kompletnie amoralne wybory, jakich dokonuje zarząd spółki Eutelsat, stawiają pod znakiem zapytania wyłącznie biznesowe intencje jej władz.

1-060

Ilda Figueiredo (GUE/NGL). – Senhora Presidente, o ataque de Israel a Gaza é um crime de guerra e um crime contra a humanidade. É trágico o que se passa: novecentos palestinianos já morreram, incluindo muitas crianças, e há milhares de feridos.

É preciso exigir o fim do ataque a Gaza. É preciso exigir o fim do bloqueio israelita que faz de Gaza um campo de concentração. Por isso, associamo-nos a todas as pessoas de todos os países e de todos os continentes que se manifestam contra os massacres, às pessoas de todos os países e de todos os continentes que se indignam, que saem à rua e que dizem "basta de crimes"! É preciso que o Parlamento Europeu e outros órgãos responsáveis da União Europeia exijam o fim imediato do ataque a Gaza e exijam o fim imediato do bloqueio israelita.

1-061

Jaroslav Zvěřina (PPE-DE). – Děkuji paní předsedající, mě v poslední době zaujalo, že některé české pojišťovny zrušily bonusy, které poskytovaly ženám při uzavírání pojistek na povinné ručení u osobních automobilů. Tento krok byl odůvodněn přípravou na platnost antidiskriminačního zákona. My se opravdu setkáváme opakovaně s tím, že někteří politici a nevládní organizace své postoje ke vztahu k rovným právům obou pohlaví poněkud přehánějí. Jedním z takových přehánění je popírání pojišťovací matematiky, která dnes a denně dokazuje, že v různých aspektech svých životů se ženy a muži chovají rozdílně, a jsou proto nositeli rozdílných pojišťovacích a jiných rizik. Popírání těchto rozdílů není bojem za rovná práva, ale bojem za shodnost, stejnost obou pohlaví. Takový boj je předem prohraný a směšný. Muži a ženy se od sebe liší právě proto, aby se obě pohlaví v praktickém životě, v partnerských vztazích, ve společnosti užitečně a prospěšně doplňovala.

1-062

Gerard Batten (IND/DEM). – Madam President, a new opinion poll commissioned by the Campaign for an Independent Britain has just been published. Most of those surveyed said that the European Union is out of touch, corrupt and is poor value for money; 83% of those polled want UK law to be paramount and, therefore, to revoke the supremacy of EU law; and 71% want a referendum on continued British membership. Unfortunately, there is not much chance of that, given that the Labour Government will not even give them a referendum on the Lisbon Treaty, which it promised in its election manifesto.

The British people want free trade, friendship and cooperation with Europe and the world, not to be governed by the European Union. If there were a genuinely fair referendum that asked the British people if they want ever-closer political and economic integration with the EU or to leave, an overwhelming majority would vote to leave.

1-063

Avril Doyle (PPE-DE). – Madam President, I would like to raise my concerns about the ever-increasing lack of scientific rigour in the draft proposals presented to this Parliament by the Commission and, indeed, in some of the reports and amendments for which we as parliamentarians are responsible. Good science gives way more and more to populist and emotive responses, often dressed up as the precautionary principle.

Take the issue of the plant protection products. We have abandoned the scientific principle of risk assessment. There is no detailed EU impact assessment and there is a lack of scientific definition of endocrine disrupters and an inconsistency of treatment between it and the REACH Directive.

We are bringing EU legislation into international disrepute and undermining its credibility by this growing lack of scientific rigour and lack of good science.

1-064

Слави Бинев (NI). – Господин Председател, колеги, газовата криза, в която се оказа Европа в началото на 2009 г., бързо достигна размерите на бедствено положение за България, за която не съществува алтернатива за помощни доставки от газ. Няма да обсъждам възмутително недалновидното решение на управляващите в България да поставят страната ми като заложник в конфликта между Русия и Украйна, тъй като това е очевидно за всички.

По-важното сега е да се вземе решение за изготвяне на мерки за овладяване на кризата. Това в случая може да означава за България само намиране на алтернатива за откъсване от външна зависимост. Затова смятам, че е наложително за Европа и страните от Балканите България да последва примера на Словакия и да вземе решение за рестартиране на I, II, III и IV блок на АЕЦ „Козлодуй“. Това засега е единствената възможност за България - да получи глътка независимост и да намали както преките щети, така и тези, които ще има от използвания в момента мазут, и като заместител на газа.

1-065

Maria Petre (PPE-DE). – Având în vedere că anul acesta, 2009, este abia la început, aş vrea să vă spun tuturor că, în opinia mea, el nu este un an obișnuit.

În 2009 se încheie două decenii de la sfârșitul războiului rece și dărâmarea tuturor zidurilor ce despărteau țări, dar și Europa, în est și vest, în libertate și democrație într-o parte și regimuri totalitare în cealaltă parte.

Ca deputat român, dar și ca cetățean român care a cunoscut dictatura, cred că aceste două decenii au însemnat pentru o parte dintre noi tranziție, iar pentru cealaltă parte, acceptare.

Cred în egală măsură că, în ciuda contextului, anul 2009 ar trebui să fie cel în care acțiunea noastră și, în egală măsură, acțiunea Comisiei Europene, să consacre o singură Europă pentru toți europenii: o Europă în care fiecare din cei 500 de milioane de europeni să simtă că drepturile lui sunt garantate, că solidaritatea este reală, că nimeni nu mai poate fi discriminat, că nimeni nu trebuie să se mai simtă străin sau tolerat în Europa unită, că suntem cu toții cetățeni europeni care se simt la fel, indiferent de locul în care ne aflăm fiecare înainte de 1989.

1-066

Mieczysław Edmund Janowski (UEN). – Pani Przewodnicząca! Parlament Europejski wielokrotnie zajmował się sprawami ekologii. Chciałbym więc zasygnalizować problem, z którym zwróciła się do mnie młodzież szkolna dbająca o środowisko naturalne. Ceny złomu, papieru i butelek z tworzyw sztucznych gwałtownie spadają. Zbiórka tych surowców staje się nieopłacalna. W dodatku w wielu miastach wycofano się z pojemników segregacyjnych, a także zaprzestano ich opróżniania.

Ostatnio szczególnie nabrzmiały jest problem makulatury. Aktualną sytuację w Polsce w tym zakresie można przedstawić następująco: ci, którzy skupują makulaturę, twierdzą, że jest ona zbyt tania i nie opłaca się nią zajmować, a ci, którzy produkują papier, używając makulatury, mówią, że jest ona dla nich zbyt droga i przy obecnych cenach papieru nie stać ich na inwestowanie w urządzenia do przetwarzania makulatury. Apeluję więc o działania proekologiczne, aby rozwiązać ten problem. Dziś jest bowiem tak, że dzieci zbierają makulaturę, bo to ma znaczenie wychowawcze, a później składa się ją na wspólnych wysypiskach.

1-067

Πρόεδρος. – Κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, έκανα τη μεγαλύτερη δυνατή προσπάθεια για να πάρουν το λόγο όσο το δυνατόν περισσότεροι ομιλητές.

Το σημείο αυτό περατώνεται.

1-068

14 - Οδηγία πλαίσιο για την ορθολογική χρήση των φυτοφαρμάκων - Διάθεση φυτοπροστατευτικών προϊόντων στην αγορά (συζήτηση)

1-069

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο είναι η κοινή συζήτηση σχετικά με

- την έκθεση της Christa Klab, εξ ονόματος της Επιτροπής Περιβάλλοντος, Δημόσιας Υγείας και Ασφάλειας των Τροφίμων, σχετικά με την οδηγία πλαίσιο για την ορθολογική χρήση των φυτοφαρμάκων (06124/5/2008 – C6-0323/2008 – 2006/0132(COD)) (A6-0443/2008), και

- την έκθεση της Hiltrud Breyer, εξ ονόματος της Επιτροπής Περιβάλλοντος, Δημόσιας Υγείας και Ασφάλειας των Τροφίμων, σχετικά με τη διάθεση φυτοπροστατευτικών προϊόντων στην αγορά (11119/8/2008 – C6-0326/2008 – 2006/0136(COD)) (A6-0444/2008)

1-070

Christa Klab, Berichterstatterin. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Kommissarin Vassiliou, sehr geehrter Kommissar Dimas, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute das Ergebnis vieler Diskussionen und Verhandlungen, die zum Teil auch sehr emotional geführt wurden, vorliegen und wir dürfen morgen darüber abstimmen. Wir haben es uns nicht einfach gemacht. In den Verhandlungen mit dem Rat und der Kommission wurde um die richtigen Lösungen gerungen. Wir haben festgestellt, dass die Wissenschaft nicht immer mit klaren Erkenntnissen den einzig richtigen Weg vorgibt. Eine weitere wissenschaftliche Begleitung wird notwendig sein, um auch die Auswirkungen dieser neuen Gesetzgebung zu evaluieren. Zuerst deshalb ein herzliches Dankeschön an alle, die mit konstruktiven Vorschlägen zu diesem guten Ergebnis beigetragen haben, den Kolleginnen und Kollegen hier im Parlament, der Europäischen Kommission, der französischen Ratspräsidentschaft – schade, dass die tschechische Ratspräsidentschaft heute Abend nicht da ist – aber auch Danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Mit der jetzt vorliegenden Richtlinie über den nachhaltigen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln machen wir einen großen Schritt zu mehr Gemeinsamkeit im europäischen Umwelt- und Verbraucherschutz. Nachhaltigkeit als Leitbild unserer europäischen Landwirtschaft garantiert gesunde Lebensmittel und gesunde Umwelt. Zum ersten Mal wird die Handhabung

von Pflanzenschutzmitteln auf europäischer Ebene harmonisiert. Der Grundsatz "Soviel wie nötig, so wenig wie möglich" setzt ein umfassendes, fundiertes Wissen voraus. Pflanzenschutzmittel sind nämlich Arzneien für Pflanzen. Sie müssen fachgerecht eingesetzt werden, um richtig wirken zu können: zur richtigen Zeit das richtige Mittel und die richtige Dosis. Dazu gehört auch die Abwägung, ob chemischer Pflanzenschutz notwendig ist oder ob eher mechanische Maßnahmen sinnvoll sind. Die Auswahl der besten Technik und geprüfte Ausbringungsgeräte schützen die Umwelt und den Anwender und tragen durch gute Ernten zum Betriebserfolg bei. Die Mitgliedstaaten legen in ihren nationalen Aktionsplänen Maßnahmen zur Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln fest.

Die Reduzierung des Risikos ist das oberste Ziel. Die Anwendung der allgemeinen Grundsätze des integrierten Pflanzenschutzes wird ab 2014 für die gesamte Europäische Union verpflichtend festgesetzt. Die Einhaltung der Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie hat höchste Priorität. Die Mitgliedstaaten legen Pufferzonen zu Wasserkörpern fest, die an die Bedingungen von Bodenbeschaffenheit und geografischen Verhältnissen angepasst sein müssen. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im kommunalen Bereich und in Schutzgebieten wird minimiert oder gegebenenfalls eingestellt. Es gibt Vorschriften für die Geräteprüfung, und regelmäßige Wartungsintervalle werden festgelegt. Zur Risikoreduktion gehört, dass die professionellen Anwender eine gut fundierte Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet des zum Pflanzenschutzmitteleinsatzes absolvieren. Private Anwender, die keine spezifische Ausbildung haben und durch einen unsachgemäßen Einsatz im Privatgarten Schaden anrichten können, müssen beim Verkauf von Pflanzenschutzmitteln über den Einsatz und über die Risiken von einem gut ausgebildeten Verkäufer aufgeklärt und informiert werden.

Mit der Richtlinie werden bisher unterschiedliche Regelungen der einzelnen Mitgliedstaaten auf einem gemeinsamen hohen Level angepasst. Die vorgesehenen Maßnahmen dienen der Umwelt, den Verbrauchern und den Anwendern. Gleiche Bedingungen in der gesamten europäischen Union garantieren gleiche Sicherheitsstandards und gleiche Produktionsbedingungen. Wirkstoffe, die nachweislich gesundheitsschädigend sind, dürfen nicht zugelassen werden, da sind wir uns einig. Ein Verbot muss aber auf wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen basieren und nicht auf politischen Dogmen. Es muss auch die Exposition betrachtet werden, denn bei Pestiziden ist es wie bei vielem im Leben: Die Dosis macht das Gift. Eine Kopfschmerztablette ist ein Segen, aber wenn wir 20 nehmen, dann ist es gefährlich, lebensbedrohend.

Wir haben einen guten Kompromiss erreicht. Er bringt Umwelt und Wirtschaftspolitik in Einklang, und ich hoffe, dass wir morgen in einer eindeutigen Abstimmung unseren Forderungen Nachdruck verleihen.

Ich erlaube mir noch einen technischen Hinweis: In Artikel 14 Absatz 4 hat sich ein Fehler eingeschlichen. Hier wird Bezug auf das in Artikel 4 Absatz 3 genannte Internetportal genommen; in Artikel 4 gibt es aber keinen Absatz 3. Das sollten wir richtig stellen.

1-071

Hiltrud Breyer, Berichterstatterin. – Frau Präsidentin! Liebe Kommissarin, lieber Kommissar, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Die Einigung ist ein Meilenstein, ein Meilenstein für den europäischen Gesundheitsschutz, Verbraucherschutz, aber auch für die Umwelt und die Wirtschaft. Zunächst herzlichen Dank an die Schattenberichterstatterin und die Schattenberichterstatter für die sehr gute Zusammenarbeit. Vielen Dank auch an die daran beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie an die Kommission, an Sie, Frau Vassiliou und Herr Dimas, und auch an die französische Ratspräsidentschaft, aber auch Dank an die Kolleginnen und Kollegen, die sich von den völlig überzogenen Zahlen der Industrie nicht haben Angst machen lassen.

Wir haben in der ersten Lesung 200 Änderungsanträge im Europäischen Parlament verabschiedet und versucht, den Gemeinsamen Standpunkt auch mit dieser Einigung damit entscheidend zu verbessern. Mit den klaren Cut-off-Kriterien beenden wir ein unwissenschaftliches, endloses Zahlenspiel, den Hokusfokus um Grenzwertsetzung. Niemand kann das Risiko quantifizieren. Deshalb ist Sicherheit nur mit einem klaren Verbot zu erreichen. Krebserregende, fortpflanzungs- und erbgutschädigende Pestizide bzw. Substanzen haben nichts, aber auch gar nichts in Lebensmitteln verloren! Mit dem Cut-off für PBT-Stoffe sorgen wir für einen erfolgreichen Umweltschutz. Ganz besonders freut mich, dass es uns gelungen ist, erste klare Kriterien für endokrine Stoffe durchzusetzen, zu verankern, und ich vertraue auf die Verantwortung der Kommission, in den nächsten vier Jahren mit den weiteren Kriterien nachzulegen.

Ganz besonders freut es mich aber auch, dass es dem Europäischen Parlament gelungen ist, dass erstmalig Bienenschutz als Zulassungskriterium verankert wird. Führende Wissenschaftler in Frankreich und Deutschland haben den ökonomischen Wert der Bestäuber auf jährlich 150 Milliarden Euro geschätzt und die Schäden auf bis zu 310 Milliarden Euro, wenn uns die Bienen als Bestäuber verlorengehen würden. Daher bitte ich auch ganz besonders, dass die Änderungsanträge, die noch eingereicht wurden, morgen abgelehnt werden. Sie würden diesen Kompromiss verwässern. Das ist ein Kompromiss, dem der Rat bereits seine Zustimmung gegeben hat. Es war bislang üblich, dass nicht versucht wird, einen gemeinsamen Kompromiss noch einmal anzugreifen. Es freut mich aber auch, dass wir gemeinsam eine Verbesserung für die immuno- und die neurotoxischen Substanzen erzielt haben. Denn in einem Europa, das von sich behauptet, eine Wissensgesellschaft zu sein, können wir es uns nicht leisten, dass die Entwicklung des kindlichen Gehirns vor allem durch diese neurotoxischen Substanzen nachhaltig beeinträchtigt wird. Wir sagen auch ganz klar ja zur

Harmonisierung, ohne jedoch das Recht der Mitgliedstaaten einzuschränken, und wir lassen ihnen Flexibilität für die Modalitäten bei der Zulassung.

Die dreifache Rechtsgrundlage zeigt auch den hohen Stellenwert, den wir der Gesundheit beimessen, und wir haben die Ausnahmen vom Verbot sehr restriktiv gefasst, beispielsweise mit einem Substitutionsplan verbunden, sodass hier nicht die Ausnahme zur Regel wird, sondern dass es genau umgekehrt ist. Ich freue mich auch, dass es gelungen ist, den Tierschutz in dieser Verordnung festzuschreiben, und dass wir mehr Transparenz festlegen konnten, obwohl ich mir da mehr Mut von der Kommission versprochen hätte. Ich hoffe, dass wir mehr Zugang zu den Anwendungsprotokollen erhalten und den Einstieg in den elektronischen Feldpass schaffen. Es ist nicht nur ein Meilenstein für den Umwelt- und den Verbraucherschutz in Europa, ich finde, es ist auch eine Sternstunde für Europa. Es ist deshalb eine Sternstunde für Europa, weil dieser Ausstiegsbeschluss aus den hochgefährlichen Pestiziden erstmalig ist und er weltweit einzigartig ist und wir somit die Europäische Union auf die Überholspur für bahnbrechenden Gesundheitsschutz bringen können und Europa weltweit zum Vorreiter wird.

Diese Verordnung schafft auch Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger, die wissen, die Europäische Union hat sich vor allem auf die Seite der Verbraucher und der Gesundheit gestellt und hat keinen Kniefall vor der Industrie gemacht. Übrigens ist es auch ein *win-win* für die Industrie, die Innovationsanreize bekommt, in Zukunft bessere und sichere Produkte zu produzieren.

1-072

Σταύρος Δήμας, Μέλος της Επιτροπής. – Κυρία Πρόεδρε, θα ήθελα κατ' αρχάς να ευχαριστήσω και να συγχαρώ την εισηγήτρια κυρία Klab, την εισηγήτρια κυρία Breyer, καθώς και την Επιτροπή Περιβάλλοντος, Δημόσιας Υγείας και Ασφάλειας των Τροφίμων του Κοινοβουλίου για την εξαιρετική εργασία τους σχετικά με τις προτάσεις, αφενός, για την οδηγία πλαίσιο για την αειφόρο χρήση των φυτοφαρμάκων, αλλά και για την αναθεώρηση και βελτίωση του κανονισμού.

Είναι ιδιαίτερα ικανοποιητικό το γεγονός ότι επιτεύχθηκε συμφωνία σε δεύτερη ανάγνωση. Η συμφωνία αυτή διασφαλίζει την περιβαλλοντική ακεραιότητα της αρχικής πρότασης της Επιτροπής, ενώ σε ορισμένα σημαντικά σημεία θέτει ακόμη πιο φιλόδοξους περιβαλλοντικούς στόχους.

Είναι γνωστό ότι η χρήση των φυτοφαρμάκων προκαλεί ιδιαίτερη ανησυχία στους πολίτες. Για το λόγο αυτό ήταν απαραίτητο, αφενός μεν, να καταστεί αυστηρότερο το ισχύον νομοθετικό πλαίσιο με την τροποποίηση της οδηγίας του 1991 για τη διάθεση των συγκεκριμένων προϊόντων στην αγορά, αφετέρου δε, να συμπληρωθούν τα κενά που παρατηρούνται σε κοινοτικό επίπεδο κατά το στάδιο της χρήσης των εν λόγω προϊόντων.

Με την επίτευξη συμφωνίας για την οδηγία, η Ευρωπαϊκή Ένωση αποδεικνύει ότι έχει την πολιτική βούληση να λάβει αποτελεσματικά μέτρα για την προστασία της υγείας των πολιτών και του περιβάλλοντος.

Το Κοινοβούλιο συνέβαλε ώστε η οδηγία, σε ορισμένα σημαντικά σημεία, να είναι πιο φιλόδοξη από την κοινή θέση του Συμβουλίου. Πιο συγκεκριμένα, τα κράτη μέλη θα υποχρεούνται να καταρτίσουν εθνικά σχέδια δράσης με ποσοτικούς στόχους τόσο για τον περιορισμό των κινδύνων που ενέχει η χρήση φυτοφαρμάκων όσο και για τη μείωση της χρήσης ορισμένων προϊόντων.

Αυτό δεν ήταν εύκολο, καθώς η εισηγήτρια έπρεπε να πείσει τα κράτη μέλη ότι σε ορισμένες περιπτώσεις το ενδεδωγμένο μέσο περιορισμού του κινδύνου είναι η μείωση της χρήσης συγκεκριμένων φυτοφαρμάκων. Αυτό το έπραξε με επιτυχία. Η συμφωνία που επιτεύχθηκε αποτελεί σημαντική πρόοδο για την προστασία της υγείας των πολιτών και του περιβάλλοντος στην Ευρωπαϊκή Ένωση.

Συνεπώς, η Ευρωπαϊκή Επιτροπή είναι σε θέση να αποδεχθεί τη συμβιβαστική δέσμη τροπολογιών ώστε να επιτευχθεί συμφωνία για την οδηγία σε δεύτερη ανάγνωση.

1-073

Androulla Vassiliou, Member of the Commission. – Madam President, first of all, I wish to thank the rapporteurs Mrs Klab and Mrs Breyer, the shadow rapporteurs for their constructive approach to the proposal, the French presidency, and all of you who have contributed to the successful conclusion of the second reading of the Commission's proposal.

Plant protection products play an important role in agriculture, horticulture, forestry and gardening. However, they can also have an impact on human health, animal health and the environment. We therefore need to ensure they are regulated in an effective and balanced way.

In the preparation of the initial proposal, the Commission held extensive consultations of stakeholders from all sectors concerned and it carried out a comprehensive impact assessment. The top priority was – and still is – to achieve the highest possible level of protection for human and animal health, and the environment. I am pleased to see that this is also reflected in the outcome of the discussions between the EU institutions.

The draft compromise before us today would strengthen this high level of protection through several provisions. Clear and strict criteria would be set for the approval of active substances. Producers, suppliers and professional users would have to keep records to be made available upon request to third parties, such as neighbours, other residents or the water industry. Member State authorities would have to tighten controls on marketing and use, and the Commission would audit Member States' controls. Duplicative testing on animals would be completely avoided. To promote sustainability in agriculture, safer alternatives would substitute the more hazardous products.

In order to ensure comprehensive information, the Commission may also look into the issue of availability of existing alternative products to substances being known as endocrine disruptors. This would happen, of course, without prejudging the safety requirements of the Regulation.

As part of the overall compromise, I would like to propose the following text in relation to the risk assessment to bees: 'When revising the data requirements for active substances and plant protection products, as referred to in Article 8(1) (b) and (c), the Commission will pay particular attention to study protocols allowing a risk assessment which takes into account the real exposure of bees to these products, in particular through nectar and pollen.'

The draft compromise would create an even safer framework for the use of plant protection products in the European Union, and would strengthen our environmental safeguards, and the protection of our citizens' health. It also reflects the Lisbon Strategy, as it would reduce red tape. For example, the approval procedure would become shorter and more efficient. Furthermore, Member States would no longer work in isolation since mutual recognition of authorisations would become the norm rather than the exception. This should reduce fragmentation of the internal market and create wider availability of pesticides for farmers.

Finally, I would like to emphasise that it is fully compatible with, and complementary to, the proposal for a directive on the sustainable use of pesticides, which falls under the responsibility of my colleague, Commissioner Dimas.

1-074

Erna Hennicot-Schoepges, *au nom du groupe PPE-DE*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, Monsieur le Commissaire, je remercie d'abord les rapporteuses, la Commission et les institutions, surtout la Présidence française, qui ont œuvré pour trouver ce compromis, qui est un compromis équilibré pour la santé humaine et la production agricole.

Pour les agriculteurs, l'harmonisation des systèmes des trois zones facilitera l'accès aux produits, un fonds pour les utilisations mineures, envisagé et garanti par la Commission, nous apportera une mise sur le marché de produits pour les cultures mineures et le jardinage. Il y aura donc d'ici 2020, l'assurance que toutes les substances dont l'effet nocif est prouvé - les CMR, les perturbateurs endocriniens - n'auront plus d'autorisation de mise sur le marché.

Cette proposition devrait ainsi faire diminuer de manière significative les maladies, les nombreux cancers, dont la relation avec les pesticides est déjà prouvée scientifiquement, ainsi que les maladies dégénératives dont les effets ont été également prouvés.

Un aspect très important qu'il convient de signaler est qu'on s'efforcera désormais de mieux respecter les mesures de protection des abeilles et sur ce point, la Commission vient de faire une déclaration. Je voudrais tout de même savoir si la Commission reconsidérera la directive 2007/52 sous les aspects qu'elle vient d'énumérer. On mettra aussi l'accent sur les méthodes de lutte biologique et, dans ce domaine, il faut encore parvenir à commercialiser efficacement ces recherches, qui ont été appuyées et financées par la Commission. Je suis d'ailleurs confiante dans le fait que ce texte constitue une incitation bienvenue et nécessaire pour stimuler la recherche et l'innovation des grands producteurs de pesticides chimiques conventionnels.

Quant à la Commission, le rapport prévoit des rapports intermédiaires, le suivi nous est donc garanti et j'espère que les instances nationales s'attacheront aussi à prouver que ce texte est valable.

1-075

Dan Jørgensen, *for PSE-Gruppen*. – Fru formand! Da forslaget fra Kommissionen blev offentliggjort, fremprovokerede det en overskrift i en stor dansk avis. På forsiden af avisen stod der: EU truer det danske grundvand. I Danmark er det sådan, at vi er meget stolte af, at vi har en masse rent grundvand, som vi kan drikke fuldstændigt urensset. Altså det vand, der kommer ud af hanen, det er grundvand, og vi kan drikke det urensset. Hvis Kommissionens forslag, som det blev fremstillet oprindeligt, var blevet gennemført, ville det have betydet, at vi i Danmark skulle have cirka fordoblet antallet af de pesticider, der er på markedet. Det ville med meget stor sikkerhed også have betydet, at mange af dem ville sive ned i grundvandet. Pesticider, som vi i dag har sagt nej til, fordi de ville sive ned i grundvandet og føre til, at vi ikke kunne drikke vandet urensset. Det ville selvfølgelig have været en katastrofe! Det er ikke kun for Danmark, at det ville det have været en katastrofe, hvis Kommissionens oprindelige forslag var kommet igennem. Ligesom vi har grundvandet, som vi gerne vil tage os af i mit land, og som jeg vælger som et eksempel her, så er der selvfølgelig andre lande, som har forskellige andre ting, man gerne vil beskytte i forhold til miljø og i forhold til sundhed, og det må jo aldrig være EU, som tvinger et land til at have et lavere beskyttelsesniveau. Derfor er jeg også meget meget glad for, at det lykkedes. Ikke på

grund af Kommissionen, ikke på grund af Rådet, men på grund af Parlamentet! At få sikret en fleksibilitet, der gør, at de enkelte lande, når der er særlige hensyn at tage, selvfølgelig kan sige nej til pesticider, som man ikke ønsker.

En anden meget positiv ting, som jeg er ekstremt glad for, at vi har fået igennem, er, at vi nu får forbudt, får udfaset nogle af allerfarligste stoffer, som er indeholdt i pesticider. Det handler om ting, som vi i den regulering, vi lavede for et par år siden, som hedder Reach, allerede har forbudt i andre anvendelser. Det er stoffer, som er så farlige, at vi ikke vil tillade dem i tøj, vi ikke vil tillade dem i elektronik, vi ikke vil tillade dem i legetøj og alle mulige andre anvendelser, men som altså stadigvæk er tilladt i pesticider, som havner i vores mad! Det er selvfølgelig fuldstændig uacceptabelt, og derfor er det en stor glæde, at vi nu kommer af med disse farlige stoffer i pesticider.

En tredje ting, jeg vil nævne, som jeg synes er ekstremt positiv, og som vi kan glæde os over, er, at vi nu får indført reduktionsmål i de enkelte lande. Vi får indført nogle handlingsplaner, igennem hvilke de enkelte lande skal opnå en reduktion af brugen af pesticider, både kvalitativt og kvantitativt. Kvalitativt forstået på den måde, at det er klart, at der nogle stoffer som er farligere end andre, og dem skal vi selvfølgelig være specielt varsomme med, men det er også en god ide at nedbringe brugen kvantitativt, altså den samlede brug af pesticider, fordi dette selvfølgelig også vil føre til mindre brug af disse stoffer, som havner i vores natur og havner på vores mad.

Jeg bliver dog nødt til afslutningsvis også at sige, at der er ting, der kunne være gjort meget bedre. F.eks. de neurotoksiske stoffer. Det her er altså stoffer, som skader udviklingen af børns hjerner. At vi ikke udfaser dem, mener jeg, er uambitiøst, og mener jeg, er trist. Jeg mener også, det er trist, at der er indføjede muligheder for undtagelser for disse farlige stoffer, hvis industrien kan påvise, der er behov for det. Jeg synes, vi skulle have været mere ambitiøse. Men på bundlinjen er jeg glad og tilfreds. Det er en sejr for sundheden og miljøet.

1-076

Anne Laperrouze, au nom du groupe ALDE. – Madame la Présidente, cher Commissaire, chers collègues, nous voilà donc arrivés, je l'espère, à la veille de l'adoption de ce paquet pesticides. Les deux textes de compromis qui seront soumis au vote de notre Parlement m'apparaissent équilibrés et méritent d'être soutenus, et cela à plusieurs titres.

Les avancées pour les producteurs et les utilisateurs sont notables: simplification des procédures d'autorisation à travers, notamment, la division en trois zones et la reconnaissance mutuelle qui l'accompagne. J'aurais souhaité n'avoir qu'une seule zone, pour garantir encore plus de cohérence sur le territoire de l'Union, mais les États membres se sont révélés un peu trop frileux. Des exigences de formation accrue tant pour les vendeurs que pour les utilisateurs - mieux connaître et mieux manipuler les pesticides - sont un gage de meilleure protection de la santé, mais aussi de gains économiques.

Les avancées pour les protecteurs des animaux sont aussi notables, notamment par le partage des données issues des tests sur les animaux. Les avancées pour la protection de la santé et de l'environnement sont très significatives; à terme, les substances les plus dangereuses seront remplacées par des substances moins nocives.

Je ne peux m'empêcher d'aborder la question si polémique des perturbateurs endocriniens. Jusqu'à présent, il n'y avait pas de définition. Aucun texte législatif ne traitait ce problème. Le compromis donne quatre ans à la Commission européenne pour faire des propositions de mesures sur des bases scientifiques pour définir les propriétés de perturbation endocrinienne. Cette définition scientifique permettra de classer les produits suivant leurs effets perturbateurs ou non et, *de facto*, apportera à l'industrie le cadre légal scientifique qu'elle réclame.

Le texte de compromis tient compte aussi de la question des abeilles et de leur rôle indispensable dans l'écosystème. Je pense, en effet, que la rédaction trouvée dans le compromis associé à la déclaration de la Commission européenne constitue une avancée majeure. Les effets des substances actives sur l'ensemble du développement de l'abeille, mais aussi sur le nectar et le pollen, seront pris en compte. Je souhaite rassurer certains acteurs qui ont exprimé des doutes sur la disponibilité des substances actives et des produits. Ce compromis prend en compte leurs craintes. Le système en trois zones garantit la possibilité aux États membres d'autoriser un plus grand nombre de produits. Il existe aussi une possibilité de dérogations.

Concernant les utilisations mineures, le Parlement s'est battu pour qu'à brève échéance, la Commission européenne fasse des propositions pour l'établissement d'un fonds européen. Il y a aussi la clause de réexamen, qui demande à la Commission européenne d'analyser l'incidence de cette législation sur la diversification et la compétitivité de l'agriculture.

Enfin et surtout, et cela a été rappelé par mes collègues, nous incitons les fabricants de pesticides à développer de nouveaux produits efficaces et respectueux de la santé humaine et de la protection de l'environnement.

En conclusion, je souhaite rappeler que les produits phytopharmaceutiques sont des médicaments pour les plantes et dès lors ne doivent être utilisés que de manière encadrée et à bon escient. Ces textes reconnaissent et vont encore accentuer la place de la production intégrée pour une agriculture raisonnée et durable. Les deux textes auxquels nous sommes arrivés

parviennent à garantir un équilibre: protection de la santé et de l'environnement, mais aussi disponibilité de produits pour les agriculteurs.

Pour terminer, je voudrais dire tout le plaisir que j'ai eu à travailler avec vous, chers collègues, sur ce dossier très sensible. Notre travail a été, je crois, un exemple d'écoute, de compréhension mutuelle et de coopération. Merci chers collègues et bravo en particulier à nos deux rapporteuses, Mme Klaß et Mme Breyer qui ont été d'excellentes négociatrices lors de la recherche du compromis avec le Conseil.

1-077

Liam Aylward, on behalf of the UEN Group. – Madam President, we are speaking in this Chamber on the eve of a vote which is a critical one for agriculture, health and environment. Let us be very clear: any one of us legislators who has identified and raised problem issues during this legislation process has done so out of concern for agriculture and future food supply.

Of course I am concerned about any overuse of pesticides and about their effects. There is no doubt that rates of cancer have increased. We have increased residues in our air, water and food, which affect our health and environment. Also note, it is our farmers who are in most direct contact with pesticides. The intention of this legislation, which I applaud, is to protect our citizens' health and environment and agriculture.

As legislators, however, we must always seek out balance and base legislation on sound science. We cannot and should not legislate in the abstract. By moving away from the Commission's original scientific, risk-based approach to a hazard-based one, we fell at the first hurdle. Without a relevant impact assessment, which many of us requested repeatedly, nobody can state exactly how many substances will be banned.

Ireland has a unique temperate but wet climate. This makes our potatoes and winter cereal crops susceptible to weeds and disease such as blight. The removal of an estimated 22 substances, including Mancozeb and Opus, will affect product availability.

So, following the introduction of this legislation in 18 months' time, what is the view? Pesticides which are already on the market under current legislation would remain available until their existing authorisation expires. If in Ireland we can prove that a particular substance which should be withdrawn is necessary to combat a serious danger to plant health and that there is no safer substitute, this substance may be approved for up to five years repeatedly, despite the ban.

In theory this may work. In practice we need to make this work. In the present climate we cannot afford to decrease EU food production and be less competitive in our market-leading potential. We need to push and urge industry to invest in alternative, biologically sound products which are equally if not more effective. We have a precedent. We have all seen the case of the use of a non-chemical, natural, cheap and effective remedy spray used to protect white grapes worldwide.

I welcome Parliament's amendment which goes some way to protect bees, which are crucial for farmers and food supplies through pollination.

Finally, I would ask colleagues to support UEN Amendment 182 and to reject the package Amendment 169. The Commission, the experts, will come up with the proper scientific basis for endocrine disruptors in four years. We cannot prejudice this scientific assessment with a non-scientific-based definition.

1-078

Hiltrud Breyer, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Frau Präsidentin! Ich wollte eigentlich zu dem Bericht von Frau Klaß sprechen, nutze aber jetzt die Gelegenheit, dem Kollegen zu antworten.

Sie sollten die Einigung mal lesen! Was Sie gerade eben gesagt haben, war: Wir haben den Änderungsantrag eingebracht, damit die endokrinen Stoffe nicht noch weitere vier Jahre auf dem Markt sind. Genau das Gegenteil machen Sie mit Ihrem Änderungsantrag. Bitte schauen Sie sich das nochmals an. Vielleicht können Sie dann morgen Ihren Änderungsantrag zurückziehen, weil er genau dem zuwiderläuft, was Sie eben gesagt haben.

Was die Pestizidindustrie will, ist, dass wir hier keine Kriterien setzen. Jeder im Haus muss sich natürlich fragen, ob er den Kniefall vor der Pestizidindustrie macht oder ob er einen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger, die Gesundheit und die Umwelt schafft. Das ist die Frage, um die es geht, und nichts anderes. Ansonsten haben wir alle Maßnahmen ergriffen, um die Landwirtschaft zu schützen, wo auch immer. Gerade das dänische Beispiel zeigt sehr eindrucksvoll: Dort ist es gelungen, ohne Einbußen für die Landwirtschaft innerhalb von zwanzig Jahren den Pestizideinsatz zu halbieren, die Wasserqualität zu verdoppeln und die Pestizidrückstandsmengen zu halbieren.

Noch kurz zu Frau Klaß: Herzlichen Dank für Ihre Arbeit! Allerdings hätten wir uns als Fraktion natürlich gewünscht, klare Zielvorgaben und klare Zeitpläne zu haben. Dennoch hoffen wir natürlich, dass das ein Ansporn für die

Mitgliedstaaten ist, untereinander einen Wettbewerb in Gang zu bringen, wer am meisten bereit ist, Pflanzenschutz und nachhaltige Bewirtschaftung wirklich ernst zu nehmen.

Und natürlich hätten wir uns mehr Rechte für die Bewohner an Landwirtschaft angrenzender Gebiete gewünscht. Auch da hoffe ich, dass der wegweisende Gerichtsbeschluss, den das oberste britische Gericht gefasst hat, das die Bürgerinnen und Bürger eindeutig in ihrem Anspruch bestärkt und unterstützt, diese Informationen zu bekommen, vielleicht auch dafür genutzt werden kann, europaweit mehr Bürgerinnen und Bürgern einen ähnlichen Zugang in ihren Mitgliedstaaten zu verschaffen. Ich hoffe auch, dass wir bereits einen kleinen Einstieg in mehr Transparenz geschaffen haben.

1-079

Roberto Musacchio, *a nome del gruppo GUE/NGL*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il confronto su questi provvedimenti – direttiva e regolamento sui pesticidi – è stato molto duro. Il Parlamento ha giustamente insistito per normative che fossero incisive e adeguate ai problemi. C'è stata una dialettica parlamentare, ma soprattutto una forte resistenza nel Consiglio e ci sono stati poteri economici che si sono fortemente mobilitati a difesa di interessi precostituiti.

Noi dobbiamo, invece, guardare agli interessi generali: quelli dei consumatori a cibi non inquinati dai residui, quelli dei cittadini ad un ambiente non compromesso dagli stessi pesticidi, quello degli agricoltori a lavorare in sicurezza e a impegnarsi verso una nuova qualità del prodotto.

C'è un uso eccessivo di chimica in agricoltura che danneggia tutti: i cibi, l'ambiente, gli agricoltori che devono pagare cari questi prodotti industriali. L'abuso di chimica è legato ad un modello vecchio, quello di un'agricoltura di quantità e non di qualità, in cui i prodotti sono separati dai territori, dalle stagioni e dal lavoro, un modello costoso per tutti, un modello dannoso anche per il peso che ha sull'effetto serra. Queste normative che approviamo vanno dunque iscritte nella costruzione di un modello più sano e più moderno, di un'agricoltura di qualità utile ai cittadini e all'ambiente con più lavoro e più reddito.

Devo dare atto che si sono ottenuti nel nostro lavoro dei risultati positivi; grazie alla perseveranza di entrambe le relatrici e di tutto lo staff tecnico che si è confrontato con i propri colleghi del Consiglio. L'obiettivo di riduzione della presenza di pesticidi, e non solo della loro pericolosità, è stato inserito solo tra gli impegni da realizzare nei rispettivi piani nazionali, soprattutto per le sostanze ad alto rischio.

Se la priorità va quindi data a metodi non chimici, alla difesa e all'integrità del suolo e delle risorse idriche, evitando ogni contaminazione di un bene comune come l'acqua, occorre dunque che questi singoli paesi abbiano il senso di questa grande responsabilità nella riduzione dell'uso sostenibile dei pesticidi. L'irrorazione aerea è di fatto proibita e – laddove non vi sono alternative oggettive – composizione, tempi, intensità e orari devono essere notificati preventivamente alla popolazione. Sono stati dunque fatti passi in avanti anche nei diritti d'informazione, all'accesso su Internet ai dati.

Avremmo voluto nel regolamento che si abbandonasse l'idea di tre zone rigide che invece è stata mantenuta per volontà del Consiglio. I risultati comunque sono importanti, sono misure che saranno adottate per la lotta al contrabbando di sostanze illegali, contraffatte e pericolose, ed altri insieme a questi. Facciamo un buon passo in avanti e spero che il voto parlamentare non porti a colpi negativi!

1-080

Johannes Blokland, *namens de IND/DEM-Fractie*. – Mevrouw de Voorzitter, het debat over duurzaam gebruik en markttoelating van gewasbeschermingsmiddelen is een bijzonder lastig debat. Het is moeilijk om een balans te vinden tussen goed en slecht. Enerzijds richten chemische middelen schade toe aan milieu en gezondheid. Anderzijds kan onze landbouw ook niet zonder gewasbeschermingsmiddelen, omdat het risico op gewasziektes anders te veel toeneemt. Dat heeft op zijn beurt weer negatieve gevolgen voor de voedselproductie en de economie.

De belangrijkste opdracht voor beleidsmakers en politici is om een gezond evenwicht te vinden tussen duurzaamheid en landbouweconomie. Ik denk dat de voorliggende compromisvoorstellen sterk die richting opgaan. Daarom kan ik de voorstellen steunen. Ik ben onder meer verheugd dat vastgehouden blijft worden aan de benadering van risicoreductie in plaats van alleen aan gebruiksreductie. Gebruiksreductie betekent namelijk niet direct dat de risico's ook worden teruggebracht. Wanneer wél de hoeveelheid pesticiden wordt teruggebracht, maar wanneer het middel vervolgens in hogere concentratie wordt gebruikt, heeft dit voor milieu en gezondheid weinig voordelen.

Ook ben ik blij dat de verordening voor markttoelating niet zo beperkend is geworden als dit Huis in eerste lezing had voorgesteld. Terecht worden er nu extra beperkingen opgelegd aan de toelating van middelen, maar dit zal de landbouw niet onevenredig veel schade berokkenen.

Ik wil beide rapporteurs dan ook van harte bedanken voor de samenwerking en de inspanningen om tot dit resultaat te komen.

1-081

Ashley Mote (NI). – Madam President, I have been deluged with messages from growers from all over the south-east of England who regard this proposal as near catastrophic. It will result, they tell me, in smaller crops and in higher prices, and it will open the way for importers who do not have the same criteria imposed upon them. There will be job losses, some units will become non-viable and production will stop. There will be closures in my constituency because there are, in some cases, no alternatives to key substances used by specialist growers.

There has been hopelessly inadequate impact assessment in many countries except my own, and the switch from risk assessment to hazards has already been commented on. If you are going to use hazards as criteria you might as well ban petrol and caffeine. Even the science is against you; pest resistance problems will be aggravated; there will be a loss of biodiversity. Integrated pest programmes have already decreased the need for pesticides. What is important are the options, not quantity. And you seem to have ignored the benefits of crop rotation. You have no right to destroy one of the few sectors of British agriculture still thriving just to appease Danish disinclination to process drinking water from the ground.

1-082

Marianne Thyssen (PPE-DE). – Voorzitter, collega's, onze rapporteurs hebben hard gewerkt aan een akkoord dat onze steun verdient. In de eerste plaats, omdat het ambitieuze milieu- en gezondheidsdoelstellingen nastreeft en in de tweede plaats, omdat het landbouw-economisch rationeel blijft en dus ook oog heeft voor en de voedselzekerheid en de leefbaarheid van de landbouw in de Unie.

Zoals steeds is een compromis geven en nemen. Ik blijf het wat moeilijk hebben met de *cut-off* criteria, omdat ik liever was uitgegaan van een selectie op basis van een wetenschappelijk gestaafe risico-analyse, maar ik geef toe dat de derogatiemogelijkheid een en ander werkbaar houdt.

Aan de positieve kant onderstreep ik vooral de volgende punten: ten eerste het feit dat de lidstaten een marge hebben bij het bepalen van de volumereductiedoelstellingen. Ten tweede, het onderverdelen van de Unie in drie zones, waarbinnen wederzijdse erkenning van toelatingen geldt, hetgeen ons dichterbij een eengemaakte markt brengt met minder rompslomp en snellere beschikbaarheid van betere gewasbeschermingsmiddelen. Ten derde, het feit dat lidstaten voldoende flexibiliteit hebben om te bepalen hoe wordt omgesprongen met bufferzones rond waterlopen; tot slot is het ook goed dat de lidstaten maatregelen kunnen nemen om de toepassing van gewasbeschermingsmiddelen voor kleine teelten te vergemakkelijken. Voor landen met een intensieve landbouw, met kleine oppervlakten, is dit echt belangrijk en ik hoop dan ook dat het fonds voor *minor users* voldoende financiële input zal krijgen.

Voorzitter, zo weinig mogelijk, zo veilig mogelijk, maar zo veel als nodig voor een veilige en rendabele teelt, dat is een goede leidraad. Als we verstandig erkennen en controleren en als er ingezet wordt op een professioneel gebruik of een geïnformeerd gebruik, en als we er óók nog rekening mee houden dat de landbouwproductie zich afspeelt op een wereldmarkt, dan zijn we evenwichtig bezig en daarom verdient het compromis onze steun.

1-083

Anne Ferreira (PSE). – Madame la Présidente, Madame et Monsieur les Commissaires, tout d'abord je remercie les rapporteures. Nous avons aujourd'hui conscience que si les produits phytosanitaires ont permis d'accroître fortement la production agricole, ils ont aussi, pour certains d'entre eux, une incidence très négative sur la santé et sur l'environnement. C'est pourquoi, au-delà de la législation qui sera mise en place, il est également urgent de constituer des registres épidémiologiques permettant de mesurer l'impact de l'utilisation des différents pesticides en fonction de l'exposition subie par les professionnels et par leurs familles, sans oublier, bien sûr, les consommateurs. Dans certaines régions on constate, en effet, une augmentation particulièrement rapide de différents types de cancer. Les enfants des utilisateurs, et notamment des agriculteurs, sont également touchés. Au-delà de cette question essentielle de la santé, c'est aussi l'impact sur l'environnement qu'il faut mesurer. Nous connaissons d'ores et déjà les effets néfastes de certains produits chimiques sur les nappes phréatiques et sur les rivières. À ce sujet d'ailleurs, je ne pense pas que la proposition de renvoyer aux différents arbitrages nationaux la question des zones tampons, soit une réponse satisfaisante. Je pense, au contraire, que la Commission devra être fort vigilante sur ce sujet.

Aujourd'hui, on observe également un accroissement de l'érosion des sols qui pourrait remettre en cause l'utilisation agricole de nombreuses terres dans l'Union européenne au cours des décennies à venir. La fertilité de ces terres diminue fortement. Face à ces risques, l'Union européenne réagit: c'est bien; mais elle doit aussi accompagner les agriculteurs dans une démarche de réduction, voire de suppression des pesticides nocifs. La future politique agricole commune doit intégrer cet objectif et mieux prendre en compte financièrement le lien entre production de qualité et agriculture. La recherche en agronomie, en écotoxicologie ainsi que la formation des agriculteurs doivent être mises au service de nouveaux modes de production et déclinées sur les territoires en fonction de leurs spécificités.

Je conclurai simplement en citant le titre d'un film qui vient de sortir, qui concerne le sujet de ce soir et qui s'appelle: "Demain nos enfants nous accuseront".

1-084

Mojca Drčar Murko (ALDE). – Madam President, let me join those Members who consider the second-reading agreement a well-balanced compromise, given the complexity of the matter. It shows the way for further improvements in the sector, towards more efficient and safer plant protection products, and is flexible enough to avoid situations in which the ban on certain pesticides would, in the final analysis, reduce the irreproachability of agricultural products.

In particular, I wish to welcome the improvement of the original Commission proposal aimed at avoiding the duplication of tests and studies and promoting non-animal tests.

I hope that this could have an impact on other, related sectors, such as plant protection product data requirements, which are right now moving through their own revision process.

Even if pesticides, in contrast to chemicals, are intended to be toxic and their safety assessment is therefore a special case, it does not mean that redundant animal testing should take place or that scientific knowledge cannot develop in ways that will identify further redundancies and that further potential reduction in animal testing will be possible in future. It should be noted that development and registration of new agricultural pesticides or plant protection products can use upwards of 12 000 animals in dozens of separate and often overlapping tests.

1-085

Leopold Józef Rutowicz (UEN). – Pani Przewodnicząca! Pestycydy są środkami groźnymi dla zwierząt i środowiska. Chciałbym przypomnieć, że w wielu krajach stare pestycydy są składowane w warunkach niebezpiecznych dla środowiska i ludzi. Problemu bez pomocy Unii Europejskiej nie rozwiąże się w państwach biednych.

Zrównoważone stosowanie pestycydów jest sprawą ważną. W tym zakresie duże znaczenie ma informowanie i szkolenie użytkowników oraz udzielanie im pomocy przez służby agrotechniczne. Zdaniem niektórych ekspertów dawki potrzebnych pestycydów są wielokrotnie przekraczane w stosunku do potrzeb. Szczególnie ma to miejsce w przypadkach drobnych użytkowników, którzy w wielu sprawach nie posiadają odpowiedniej wiedzy agrotechnicznej.

Ważny jest też sposób wprowadzenia pestycydów do obrotu, prowadzone prace naukowe w tym zakresie oraz wszelkie działania, które pozwalają by pestycydy przy swojej pełnej skuteczności miały bardziej ograniczony wpływ na zdrowie i ochronę środowiska. Za przygotowane sprawozdania paniom Kłaß i Breyer chciałbym podziękować i jednocześnie zwrócić uwagę, że dyrektywy te mają głęboki sens, o ile uda się je sprawnie wdrożyć w praktyce rolniczej.

UEN popiera dyrektywę.

1-086

Bart Staes (Verts/ALE). – Voorzitter, de richtlijn over een duurzaam en risicobeperkend gebruik van pesticiden en de verordening over de toelating van pesticiden op de markt zijn beide uiterst nodig en nuttig. Duurzame productie en consumptie van voeding is immers een primair mensenrecht. Voor ons liggen twee compromissen tussen Parlement en Raad. Onze fractie zal deze beide teksten goedkeuren, hoewel we natuurlijk een nog sterker eindresultaat hadden willen neerzetten. Ik heb me in dit dossier overigens enorm verwonderd over de aanpak en de felle protesten van de landbouwlobby en de pesticidenindustrie. De wetten waarover we nochtans morgen zullen stemmen, zullen echter zorgen voor een betere bescherming van mens en milieu en ze zullen uiteindelijk ook resulteren in meer innovatie en veilige vervangproducten.

De kritiek van de landbouwlobby dat meer dan de helft van de pesticiden zal verdwijnen, kan niemand langer handhaven. Nu geven zelfs de landbouworganisaties toe dat hoogstens 9% van de producten zal moeten verdwijnen en dan nog niet terstond, maar gedurende een periode gespreid over meerdere jaren. Cruciaal in dezen blijft de bescherming van de volksgezondheid tegen stoffen die kankerverwekkend zijn, veranderingen in het DNA kunnen veroorzaken, de vruchtbaarheid kunnen aantasten of hormoonverstorend zijn. De compromissen die hierover voorliggen, zijn eerbaar, met respect voor de landbouwwereld. Er is zelfs overeengekomen dat als een specifieke landbouwsector in de problemen dreigt te komen, er een apart plan mag komen om die sector meer tijd te geven.

Collega's, ik geloof dat we hier een eerbaar en aanvaardbaar compromis neerleggen tussen ecologie, enerzijds, en landbouweconomie, anderzijds.

1-087

VORSITZ: MECHTILD ROTHE
Vizepräsidentin

1-088

Mary Lou McDonald (GUE/NGL). – Madam President, there are plenty of examples of sound EU environmental policies which improve the lives of citizens across the Union and there are, of course, also many examples where unnecessarily bureaucratic measures come from the EU and restrict the potential to sustain our rural economy and way of life. Unfortunately, I believe this pesticide package may fall into the latter category.

In raising my concerns on these measures, I want to make it clear that I do not have industry in mind but rather the farming community – farmers who, I will remind the previous speakers, have as much concern with human health as any other citizen and who bear no malicious intent in that regard.

This package lacks the sufficient scientific rigour which is needed both to defend our health and our economy. The lack of a thorough impact assessment, taking into account effects on our environment, health, economy and the sustainability of our rural communities, is testament to this failure to apply sufficient rigour.

It is my fear that the package will have the opposite effect of the progressive intentions behind it. The well-intentioned attempt to create a more sustainable countryside may ultimately undermine the countryside by imposing overly stringent rules on an already struggling farming population.

I have listened intently to the arguments made unanimously by farmers in Ireland, and I believe that they are right to be concerned with this package and that the long-term interests of our citizens and of the rural communities are not protected in these measures.

The dialogue position does represent an improvement on the proposal but more needs to be done on the Regulation by way of amendment to meet these real concerns.

1-089

Nils Lundgren (IND/DEM). – Fru talman! Det är ovant för en övertygad EU-skeptiker som mig att kunna berömma ett förslag och rekommendera kammaren att rösta *ja*. Det beror på att vi är inne på gränsöverskridande miljöproblem. Vi är inne på den inre marknadens möjligheter att fungera. Normalt brukar förslagen ändå vara orimligt byråkratiska – så inte i detta fall.

Detta är ett förslag som undviker byråkratisering. Våra föredragande är på rätt spår. Här föreslås sträng och skärpt kontroll. Att använda gifter som exempelvis alkohol och tobak ska vara ett individuellt beslut. Som kollektiv ska vi kunna skyddas mot förgiftningar. Detta är förslaget.

Här finns samtidigt flexibiliteten, ömsesidigt erkännande, zonindelning, rätt för nationerna att förbjuda bekämpningsmedel utöver dem som står här, vilket är alldeles utmärkt. Redan godkända bekämpningsmedel återkallas inte. Jag finner faktiskt detta tveksamt. Vi bör vara mycket stränga när det gäller gifter av detta slag.

Jag vill påminna om att vår kollega, Mote, pekade på risken för att medborgarna kommer att köpa från andra länder när vi inför strängare regler i EU. Det tror jag inte. Det är viktigt att det står att detta är sådant som kommer från EU:s medlemsländer. Då kommer folk att köpa just detta. Därför rekommenderar jag kammaren att rösta ja till denna utmärkta kompromiss.

1-090

Françoise Grossetête (PPE-DE). – Madame la Présidente, je voudrais bien sûr féliciter nos rapporteuses, puis saluer l'accord qui a été trouvé grâce au travail remarquable qu'elles ont accompli avec l'aide de la Commission européenne et du Conseil. Il s'agit là, en effet, d'un accord qui me paraît particulièrement important parce que c'est un accord équilibré qui prend en compte les intérêts de chacun, c'est-à-dire, la protection de la santé du consommateur - ce consommateur qui est inquiet dès que l'on parle de pesticides, qui est soucieux quand il entend que des résidus de pesticides contaminent les fruits, les légumes et les céréales. L'objectif de réduction contenu dans l'accord, avec la suppression des substances cancérogènes et génotoxiques, est donc très important.

Protection de l'environnement et de la biodiversité, avec la prise en compte du problème des abeilles, protection de l'eau, protection de nos sols, bien évidemment. Protection de l'agriculteur aussi, cet agriculteur qui est le premier concerné par l'utilisation de ces pesticides, qui verra avec satisfaction l'harmonisation de la réglementation, la simplification des procédures, qui pourra continuer d'utiliser certaines substances dont il a besoin pour l'agriculture, mais une agriculture que nous voulons aujourd'hui durable. L'industrie chimique, dont l'agriculture a besoin, se doit également d'évoluer, de trouver des solutions alternatives. Avec ce texte, on ne pourra plus confondre les notions de danger et de risque. Les pesticides sont évidemment dangereux mais ce sont les modes d'utilisation qui déterminent si ceux-ci représentent un risque pour le professionnel, pour le consommateur et pour l'environnement. Il faut donc assurer une bonne formation des professionnels, l'information du grand public, une sorte d'école des bonnes pratiques.

Je termine en disant qu'il faut absolument harmoniser les contrôles à l'importation. Car on ne peut pas exiger un certain nombre de choses de nos agriculteurs et continuer d'introduire dans l'Union européenne des produits qui ne respecteraient pas notre réglementation. Il y aurait là un risque de concurrence déloyale.

1-091

Thomas Wise (NI). – Madam President, I do not know what is going on, but I am reminded of Vladimir Ilyich Lenin, one of whose most famous quotes is 'worse is better'. As I enter the last six months of my tenure in this place, I can see that is

just what is happening. Worse is better! It is better from my point of view, because the sooner people realise just how damaging the EU is to their incomes, their livelihoods and food production, then we will be better off out – and that is what I stand for.

This report takes no cognisance of hazard or risk; it cannot identify between the two of them. Let me tell you now. It is icy out there – that is a hazard. There is a risk I will fall over when I walk home. You can legislate for neither of them.

It will damage food production. It will put farmers out of business. It will make food prices higher, particularly in the UK. I will be voting against this because worse is better and, when the message gets out, we in Britain will leave the EU.

1-092

Dorette Corbey (PSE). – Voorzitter, dank aan de rapporteurs en de schaduwrapporteurs. Ik denk dat het compromis dat bereikt is, een stap in de richting van duurzamere landbouw is. Dat is heel hard nodig. Natuurlijk spelen pesticiden een belangrijke rol in het voorkomen van ziekten en plagen van ongedierte, maar chemische bestrijdingsmiddelen vervuilen ook het milieu en kunnen schadelijk zijn voor de gezondheid. Het is daarom belangrijk dat we de kloof tussen aan de ene kant de reguliere landbouw en aan de andere kant de biologische landbouw op een verantwoorde wijze kleiner gaan maken. Deze wetgeving doet dat precies, vooral via drie maatregelen die hier van belang zijn.

Allereerst worden sommige van de meest gevaarlijke chemische bestrijdingsmiddelen verboden. Er is een uitzondering mogelijk, als er nog geen alternatieven voorhanden zijn. De tulpenteelt is dus niet in gevaar, maar wat minder gif bij de tulpenteelt kan absoluut geen kwaad.

Ten tweede - en dat is minstens even belangrijk - zijn er stimulansen in de wetgeving opgenomen om de ontwikkeling voor meer duurzame middelen en middelen voor de kleine teelten te bevorderen. Kleine teelten zijn gewassen die slechts in beperkte hoeveelheden worden verbouwd, zoals tomaten, spruiten en tulpen. Veel tuinders vreesden dat deze teelten door de wetgeving in gevaar zouden komen, maar deze vrees is gelukkig ongegrond gebleken. Integendeel, in de verordening wordt de komst voorbereid van een speciaal fonds ter bevordering van onderzoek naar middelen voor kleine teelten.

Een derde maatregel is ook van belang; lidstaten moeten in het kader daarvan plannen maken om de risico's van het gebruik van resterende chemische bestrijdingsmiddelen te verminderen. Het gebruik van chemische bestrijdingsmiddelen wordt overal en met name op gevoelige plekken, zoals vlakbij scholen, teruggedrongen. Ook dat is belangrijk.

Voorzitter, dit zijn stuk voor stuk maatregelen die het milieu en de gezondheid van mensen ten goede komen. Wat mij betreft was het beter geweest, wanneer we ook de neurotoxische stoffen verboden hadden; deze stoffen kunnen de werking van het menselijk zenuwstelsel beïnvloeden. Die moet je dus niet op landbouwgewassen willen spuiten.

1-093

Frédérique Ries (ALDE). – Madame la Présidente, les citoyens européens doivent se féliciter aujourd'hui du très bon accord auquel sont parvenus la Commission, le Conseil et bien entendu nos rapporteuses, sur ce dossier des pesticides et ce, dans un climat, cela a été dit, de lobbying très intense et particulièrement efficace, si j'entends ce débat, en Grande Bretagne et en Irlande.

Un paquet législatif qui concilie donc santé et environnement, compétitivité et innovation, au lieu de les opposer comme c'est trop souvent le cas. Il faut garder à l'esprit, en effet, que si les quelque 800 molécules chimiques concernées jouent un rôle indéniable de protection des récoltes contre les nuisibles, nombreuses sont les voix aujourd'hui qui dénoncent l'exposition de populations à des risques sanitaires évitables et je pense, bien entendu, en particulier aux agriculteurs, plus exposés que d'autres encore à certaines substances nocives, CMR ou perturbateurs endocriniens.

Les chiffres de l'OMS sont édifiants, un million d'empoisonnements graves par les pesticides avec quelque 220 000 décès chaque année. C'est cette philosophie du tout chimique, de l'effet cocktail, d'une vision à court terme de l'agriculture qui est aujourd'hui remise en cause, un changement de cap nécessaire qui, demain, si le compromis est bien entendu accepté par notre plénière, portera sur les fonts baptismaux une politique des pesticides ambitieuse, réaliste et résolument moderne. Ambitieuse, parce que les Européens souhaitent comme nous se débarrasser des produits dangereux, ils soutiennent aussi l'interdiction de la pulvérisation aérienne et une protection renforcée pour les zones publiques; réaliste, parce que les cycles de vie économique sont respectés, les deux tiers des substances mises sur le marché sont sûres et bénéficient donc de l'autorisation de 10 ans renouvelables, les industriels n'ont pas de motifs de légitime inquiétude.

Je conclus, Madame la Présidente, ce paquet pesticide est moderne parce que la gestion intégrée des pesticides est un volet essentiel d'une nouvelle politique agricole, avec pour l'Europe, moins mais mieux de pesticides.

1-094

Zbigniew Krzysztof Kuźmiuk (UEN). – Pani Przewodnicząca! W debacie nad sprawozdaniami dotyczącymi zrównoważonego stosowania pestycydów oraz wprowadzania do obrotu środków ochrony roślin, chcę zwrócić uwagę na trzy kwestie.

Po pierwsze omawiane regulacje dotyczą tylko dwóch etapów stosowania środków chemicznych, mianowicie wprowadzania do obrotu i ich stosowania, natomiast trzeci etap, czyli ich wycofywanie z obrotu lub utylizacja, dopiero czeka na odpowiednie regulacje. W moim kraju, Polsce, to właśnie utylizacja środków ochrony roślin wymaga może nie tyle dodatkowych regulacji prawnych, ale raczej znaczącego wsparcia finansowego, aby samorządy, na terenie których znajdują się składowiska tego rodzaju substancji, mogły je zutylizować. Po drugie, dobrze się stało, że zgodnie z zasadą pomocniczości to poszczególne kraje członkowskie będą ostatecznie decydowały o potwierdzaniu, ograniczaniu lub odmowie zatwierdzania stosowania produktu chemicznego na swoim rynku. Wreszcie po trzecie, chciałbym wyrazić nadzieję, że przyjmowane przez Parlament rozwiązania stworzą w stosowaniu środków ochrony roślin równe warunki dla wszystkich rolników w Unii Europejskiej, a także ograniczą do minimum nielegalne praktyki w handlu i stosowaniu tych środków.

1-095

Madeline Jouye de Grandmaison (GUE/NGL). – Madame la Présidente, les propositions du rapport vont dans le bon sens et j'en félicite les rapporteuses. S'il est vrai, comme la Commission le dit, que les pesticides concernent largement la politique agricole commune, il n'en demeure pas moins qu'une telle directive doit viser à avoir largement comme base juridique l'environnement et la santé publique. Son envergure ne peut être réduite à un simple problème d'harmonisation du marché ou de compétitivité. J'en veux pour preuve le cas des régions ultrapériphériques françaises de Martinique et de Guadeloupe où, dans le cas de la Martinique, 20% des sols, 20% de la surface de l'île, soit une surface de 1 000 km², sont pollués pour une durée indéfinie par la molécule de chlordécone dont la rémanence n'est pas connue. Molécule qui a pollué non seulement les sols mais aussi les eaux de surface, certaines nappes phréatiques et la région côtière en eaux marines, au grand dommage de notre économie. Et qui pense aux problèmes actuels de santé publique? S'il n'est pas trop tard, je conseille au Parlement l'étude du cas de la Martinique, que la France connaît très bien.

Il est indispensable que cette directive vise à réduire fortement l'utilisation des pesticides chimiques, notamment par la promotion de solutions alternatives durables comme l'agriculture biologique et les biopesticides. Ce sera à l'honneur du Parlement! Enfin, n'oublions pas - et on l'a rappelé beaucoup - les ravages des pesticides sur la faune, notamment les abeilles. Il faut aussi que le Parlement soit vigilant en ce qui concerne les produits de libre échange, en particulier les produits agricoles en provenance de pays qui ne sont pas rigoureux en matière d'utilisation des pesticides.

1-096

Kathy Sinnott (IND/DEM). – Madam President, what we have in common here is a desire to protect health, but we should remember that it is the farmers who produce the good, fresh, nourishing food that is the basis of our health. I come from a very wet country. My farmers struggle continually with fungal infestation. Fungi – unlike insects that come and go – come and stay. To ban, or impose diluted, fungicides could make potato and grain farming impossible in Ireland, but this proposed legislation is already having another effect.

Already in our media there are articles promoting GM potato-growing as an answer to the EU restrictions on pesticides. Which will be more damaging to bees and the environment: the continued responsible use of pesticides as practised by Irish farmers, or GM? We are told pesticides might disrupt DNA. GM is based on disrupting DNA. It is more necessary than ever that we start with a full impact assessment.

1-097

Fernand Le Rachinel (NI). – Madame la Présidente, chers collègues, à la suite du trilogue entre le Conseil, le Parlement et la Commission, le texte adopté le 18 décembre sur le paquet pesticides semble bien équilibré.

En effet, il prend en compte à la fois les intérêts des agriculteurs et la nécessaire protection de l'environnement, y compris des zones protégées. Ayant suivi ce dossier de près, je me félicite du résultat obtenu, qui permettra aux agriculteurs de poursuivre leur activité économique sans être pénalisés par l'élimination complète des pesticides et des produits phytosanitaires, qui seront strictement encadrés.

Je rappelle à ce propos que les producteurs de légumes et de fruits acides de ma région de Normandie sont en pointe depuis plusieurs années en matière agro-environnementale. Le Conseil et le Parlement européen ont trouvé heureusement un terrain d'entente fort utile en cette période d'incertitudes aggravées par le bilan de sortie de la PAC et les menaces qui pèsent sur le budget agricole.

Enfin, nous serons toujours avec les agriculteurs pour défendre leur outil de travail et leur rôle irremplaçable dans la société, qui est d'abord de nourrir leurs semblables et ensuite, de préserver le paysage et d'aménager le territoire à la satisfaction de tous. Face à la pression irresponsable des écologistes, il est réconfortant que le bon sens l'ait emporté.

1-098

Anja Weisgerber (PPE-DE). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen morgen über Neuregelungen zum Thema Pflanzenschutz ab, einem Thema, das in der Bevölkerung sehr viele Emotionen weckt. Dies spiegelte sich auch in den Beratungen im Parlament wider. Wir alle wünschen uns frische, gesunde Nahrungsmittel aus der Region zu bezahlbaren Preisen ohne gefährliche Rückstände von Pflanzenschutzmitteln. Das im Trilog erreichte Ergebnis

schaft die Voraussetzungen dafür. Die neue Pflanzenschutzverordnung ist ein großer Fortschritt für mehr Verbraucher- und Gesundheitsschutz.

Bei der Festlegung der Ausschlusskriterien wurde aber wieder wissenschaftlichen Kriterien statt politischen Dogmen der Vorzug gegeben. Im Vergleich zum Ergebnis unseres Parlaments in erster Lesung ist das Ergebnis des Trilogs ein riesengroßer Fortschritt. Es werden nicht mehr fast 80 % aller Wirkstoffe betroffen sein, sondern nur noch diejenigen, die ein Risiko für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt darstellen, und dies auf wissenschaftlicher Basis. Damit werden auch in Zukunft ausreichend viele Pflanzenschutzmittel zur Verfügung stehen, um nachhaltig wirtschaften zu können. Aber es werden auch die Stoffe verboten, die wirklich gefährlich sind.

Bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln wird es künftig nicht mehr 27 nationale Zulassungen geben, sondern nur noch 3 Zulassungszonen. In diesen Zonen müssen die Mitgliedstaaten ihre Zulassungen dann grundsätzlich gegenseitig anerkennen. Die neue Pflanzenschutzmittelverordnung bringt die lange zu Recht eingeforderte Harmonisierung auch im Pflanzenschutzmittelbereich. Wir haben damit ein einheitlich hohes Schutzniveau, ohne dabei eine nachhaltige landwirtschaftliche Produktion innerhalb Europas zu gefährden. Wir bekommen jetzt einen wirklichen Binnenmarkt, einheitliche Wettbewerbsbedingungen und einen großen Fortschritt für den Gesundheitsschutz. Das ist ein schöner Erfolg für Verbraucher und Landwirte. Vielen Dank.

1-099

Daciana Octavia Sârbu (PSE). – Utilizarea produselor fitosanitare în conformitate cu practicile agricole eficiente este esențială pentru producerea unor cantități suficiente de alimente de calitate, care să ofere o protecție ridicată a sănătății consumatorului și a mediului înconjurător.

Reducerea riscului și impactului asociate cu utilizarea pesticidelor și stabilirea unor ținte de reducere a frecvenței folosirii acestor produse vor contribui la asigurarea unei agriculturi durabile.

Prezența unui nivel ridicat de pesticide în alimentele consumate în Uniunea Europeană este rezultatul dependenței de aceste produse chimice care, deși sunt necesare pentru controlul infestării și creșterea randamentului producției, pot avea efecte negative asupra sănătății publice.

Unele state membre, printre care și România, se confruntă cu un grad ridicat de infestare a terenurilor agricole, utilizarea pesticidelor fiind aparent metoda cea mai bună pentru eliminarea dăunătorilor.

Din acest motiv, propunerile de aplicare a managementului integrat al pesticidelor, utilizarea substanțelor alternative și gestionarea riscurilor vor favoriza producerea unor produse agricole corespunzătoare, care să țină seama de mediul înconjurător și de siguranța sănătății publice, reducând astfel dependența de produsele fitosanitare.

Totodată, numărul mare de dăunători existenți pe suprafețele agricole din România ne obligă să folosim tratamentele din avion. Însă, odată cu intrarea în vigoare a directivei, aceste pulverizări se vor face doar atunci când nu există soluții alternative viabile de combatere a dăunătorilor, pentru a se asigura un nivel suficient de protecție a mediului.

Sunt mulțumită de rezultatul compromisului, care a primit sprijinul majorității grupurilor politice și care asigură un echilibru între disponibilitatea produselor fitosanitare și, implicit, a unei cantități suficiente de produse alimentare, menținerea competitivității fermierilor europeni și creșterea gradului de protecție a mediului și sănătății.

1-100

Holger Krahmer (ALDE). – Frau Präsidentin, verehrte Kollegen! Pflanzenschutzmittel waren und bleiben essenzielle Betriebsmittel der Agrarwirtschaft. Landwirte brauchen eine Mindestauswahl an Pflanzenschutzmitteln, denn es geht um den Schutz der heimischen Kulturlandschaft, hochwertige Ernährung und den Schutz der Ressourcen.

Wir führen Diskussionen um Chemikalien zu oft auf einer sehr irrationalen Ebene. Um aber vernünftige Ergebnisse zu bekommen, müssen wir rational denken und handeln. Die Auswirkungen der ursprünglichen Parlamentsposition wären fatal gewesen: ein breites Verbot an Pflanzenschutzmitteln, damit geringere Erträge in der Landwirtschaft und in letzter Konsequenz steigende Lebensmittelpreise. Daher bin ich froh, dass in den Trilogverhandlungen ein gerade noch akzeptabler Kompromiss gefunden wurde. Es ist begrüßenswert, dass wir die Dreizonenregelung beibehalten haben, wenn auch mit erheblichen Ausnahmen für die Mitgliedstaaten. Ein mutiger Schritt zu einer konsequenten Binnenmarktlösung sähe an der Stelle anders aus.

Neben den akzeptablen Kompromissen sollten wir einer endgültigen Definition von endokrin wirksamen Substanzen nicht vorgehen, sondern der EU-Kommission auch tatsächlich die vier Jahre Zeit geben, eine wissenschaftlich fundierte Definition vorzulegen. Andernfalls überdehnen wir an dieser Stelle das Vorsorgeprinzip.

Ich finde es bedauerlich, dass wir keine Folgenabschätzung zu der jetzt getroffenen Vereinbarung zulassen.

1-101

Janusz Wojciechowski (UEN). – Pani Przewodnicząca! Finalizujemy kolejne prace nad porządkowaniem w Unii Europejskiej spraw ważnych dla zdrowia ludzi. Wierzę, że osiągamy tu dobre kompromisy zmierzające do tego, aby wprowadzane restrykcje sprzyjały ochronie zdrowia, lecz nie zagrażały rozwojowi rolnictwa europejskiego.

Pamiętajmy jednak, że wszystkie tego rodzaju zmiany zaostrzające warunki bezpieczeństwa w rolnictwie powodują znaczne koszty, które spadają na barki naszych rolników, od których wymagamy skutecznej konkurencji na rynkach światowych. To oni zapłacą więcej za bezpieczniejsze pestycydy. Powtórzę to, co mówiłem z tego miejsca wiele razy: wprowadzamy wysokie wymagania dla naszych rolników i producentów żywności, ale stosujemy te same wymagania wobec importerów żywności spoza Unii. W przeciwnym razie wszelkie podwyższanie standardów obróci się przeciwko nam.

1-102

Jim Allister (NI). – Madam President, I do not accept that we have yet got a balanced package on this matter. For me this debate highlights two follies: first the abject folly of the EU, without pausing for even an impact assessment, dashing down the road of banning multiple plant protection products, not caring that there are no substitutes and that indigenous food production will drastically suffer, particularly in the cereal and vegetable sector, and thereby forcing ever-increasing dependence upon imports from countries who care nothing about these things.

Madam President, I have heard much talk in this debate about science, but what sort of science is it that does not subject itself to proper impact assessment?

The second folly is that of my country in particular, which is perhaps the most affected by these proposals, having subjected itself to qualified majority voting in the Council on these matters to the point where we are now probably going to be impotent to resist them. It is due to the idiocy of subjecting ourselves to qualified majority voting that we find ourselves in this position, and yet some under Lisbon would say we should hand over more and more subjects to that category.

1-103

Richard Seeber (PPE-DE). – Frau Präsidentin! Es handelt sich hier um einen ausgewogenen Kompromiss, darum werde ich ihn auch unterstützen. An dieser Stelle auch Dank an alle Beteiligten. Das Dossier war, wie wir hier in der Debatte auch hören, sehr emotionalisiert, und trotzdem ist es gelungen, die verschiedenen Schutzziele, die wir mit dieser Gesetzgebung verfolgen, unter einen Hut zu bringen.

Europa gibt sich hier eine der modernsten Pflanzenschutzgesetzgebungen weltweit und das ist ein großer Verdienst. Wichtig war, dass wir eine Balance finden zwischen den angestrebten Schutzzielen, wie eben dem Gesundheitsschutz, den Binnenmarktzielen und natürlich dem Umweltschutz, aber auch zwischen den einzelnen Schutzzielen hat man ein ausgewogenes Ergebnis erreicht. Wichtig war dabei, dass wir die verschiedenen Prinzipien beachtet haben, wie beispielsweise, dass das Ganze auf Fakten und wissenschaftlichen Grundlagen basiert und nicht auf Emotionen, zum Zweiten, dass wir hier nach wie vor bei dem risikobasierten Ansatz und nicht beim gefahrenbasierten Ansatz geblieben sind. Gerade für die Praktikabilität des gesamten Gesetzgebungswerkes und auch für dessen spätere Umsetzung ist das äußerst wichtig.

Gleichzeitig ist auch zu bedenken, dass wir vor allem jetzt in der Umsetzung nicht Importe bevorzugen und sozusagen die innerstaatliche beziehungsweise innereuropäische Produktion benachteiligen. Aber hier hat die Kommission noch eine große Aufgabe vor sich. Insgesamt wurden diese Prinzipien ausgewogen berücksichtigt. Deshalb können wir auch mit dem Kompromiss leben. Was die Details angeht, so ist für mich besonders wichtig, dass die Mitgliedstaaten insbesondere im Gewässerschutz die nötige Flexibilität, Subsidiarität an die Hand bekommen, um eben auf ihre spezifischen Gegebenheiten eingehen zu können. Holland kann dabei nicht mit Deutschland oder auch mit Malta oder Griechenland verglichen werden. Wichtig ist auch, dass der Einsatz von Pestiziden in Natura-2000-Gebieten und in Vogelschutzgebieten auf ein Minimum zurückzuführen ist. Auch hier haben die Mitgliedstaaten einen Spielraum, das entsprechend umzusetzen. Insgesamt aber ein Kompromiss, der von allen mitgetragen werden sollte.

1-104

Bogdan Golik (PSE). – Pani Przewodnicząca! Na wstępie pozwolę sobie pogratulować paniom posłankom tak świetnie przygotowanych raportów. Ze względu na ograniczenia czasowe odniosę się jedynie do raportu posłanki Kłaß i podkreślę niektóre braki proponowanej dyrektywy.

Dyrektywa ustanawia system szkoleń i certyfikatów dla dystrybutorów i profesjonalnych użytkowników pestycydów. W proponowanych rozwiązaniach należy jednak zapewnić możliwość wzajemnego uznawania przez państwa członkowskie zaświadczeń o ukończeniu szkolenia z zakresu stosowania pestycydów. Dyrektywa utrzymuje też regulację systemu kontroli technicznej i konserwacji sprzętu do stosowania pestycydów w oparciu o prawo krajowe. Moim zdaniem zasadna byłaby regulacja w tej kwestii na poziomie Wspólnoty. Oparcie takiej kontroli na normach międzynarodowych stanowiłoby podstawę do wzajemnego uznawania przez państwa członkowskie ich wyników. Jest to bardzo istotne w przypadku użytkowania pól zlokalizowanych na terenie sąsiadujących państw lub usługowego wykonywania zabiegu

ochrony roślin. Ostatnim bardzo ważnym zastrzeżeniem, jakie chciałbym zgłosić, jest nieuwzględnienie specyfiki ochrony lasów. Nie jest możliwe utrzymywanie tych lasów bez oprysków z powietrza.

1-105

Lambert van Nistelrooij (PPE-DE). – Voorzitter, als volksvertegenwoordiger uit Nederland heb ik deze wetgeving met bijzondere belangstelling en ook met zorg gevolgd. Het gaat voor ons, als *pays-bas*, laag gelegen land om een zeer specifieke situatie. Anders dan in andere gebieden in Europa kun je daar niet werken met Europees opgelegde bufferzones langs alle waterlopen. Dat werkt niet. Je maakt een normale duurzame productie in land- en tuinbouw onmogelijk. Nederland staat evenwel ook bekend om die kleine teelten, om tulpen, uien, witlof enz. en derhalve dient heel specifiek te worden gekeken naar hoe het compromis komt te luiden. Het compromis dat nu gesloten wordt, is veel beter dan dat in met name het voorstel van mevrouw Breyer, waarover in de commissie is gestemd. Toen stemde ik daar als lid van de EVP-Fractie tegen. Er is nu sprake van goede overgangsregelingen waarbinnen de industrie met innovatie, met vervangende middelen, verder kan komen. Bovendien krijgen we nu dat fonds voor de kleine teelten, waarmee een goede push kan worden gegeven in de richting van deze alternatieven. De drie regelingen, de drie zones in Europa voor erkenning en toelating, zijn ook veel beter afgestemd op de praktijk.

Eén zorgpunt nog, Voorzitter. Dat betreft de toelating van producten van buiten de Europese Unie. Wij nemen het voortouw om tot een goed evenwicht tussen volksgezondheid en praktische toepasbaarheid te komen, maar wat gebeurt er met de import van buitenaf? Ik vind dat die concurrentiepositie in de WTO, waar dit soort zaken aan de orde komt, die parallelle import en parallelle handel aan de orde gesteld moeten worden.

Wij kunnen akkoord gaan met het voorstel; dank aan de rapporteurs en met name onze dank voor de inzet van mevrouw Klaß en mevrouw Hennicot-Schoepges; blijft echter dat ene zorgpunt waar het de agrariërs om gaat: wij zijn duurzaam bezig, maar de anderen...? Dat is dus een onopgelost probleem. Graag uw antwoord daarop.

1-106

Csaba Sándor Tabajdi (PSE). – Kedves képviselőtársaim, az élelmiszerbiztonság kiemelt uniós cél, de ez egy rossz kompromisszum. Magyarország a Tanácsban és a magyar európai parlamenti képviselők ezt a jelentést nem fogadják el, mert ez káros az európai mezőgazdaság számára.

Két különösen nagy problémánk van. A zónarendszer mesterséges és ellentétes az Európai Unió szubszidiaritási elvével, nem teszi lehetővé – éppen a holland képviselőtársam felszólalása is bizonyította – a rugalmas reagálást. Káros az európai mezőgazdaság számára azért is, mert a kockázatok mértéke megnő, a rezisztenciavesztés megnő, nőnek a termelési költségek, és sokan említették, hogy az Unión kívüli tagállamok termékeit nem fogjuk tudni ellenőrizni. Ilyen értelemben ez az irányelv rendkívül komoly veszéllyel jár.

S végezetül, a radikális környezetvédelmi szempontok azt eredményezik, hogy a növényvédő szerek visszaszorítása a GMO-nak fog teret teremteni, ami pedig nem lenne kívánatos itt Európában.

1-107

Mairead McGuinness (PPE-DE). – Madam President, I would like to thank those who worked on these two important reports. One would imagine from the contributions of some here this evening that the EU had absolutely no control currently on the marketing and use of these chemicals – we do! We have strict rules at the moment and, indeed, rules on residues and food. So I bow to neither side nor extreme of this debate this evening, particularly those who fail to see the need for plant protection products in food production and those who say that these two pieces of legislation are a disaster for farming and the food production in Europe.

I am a bit concerned about the comments of Commissioner Dimas when he says that people are worried about pesticides. Yes, that may be the case, but the question is: how justified are these worries? What have you done as the Commission to point out to consumers that the vast bulk of our food is produced using products to give us quality, safe food? Yes, some ingredients used in chemicals are very hazardous, but the risks of using them depend on how they are used and depend on compliance with maximum residue levels (MRLs) in our food. As far as I am concerned, those who use them are well-trained, in my experience, and we need perhaps to step up the training in other Member States.

Twenty-two substances are on the way out; in Ireland and the UK there are huge concerns about cereal production and potatoes. The questions are: will the agrochemical industry respond and produce new products? The Commission does not have the answer to that question. Will the derogations work? What happens if there are no alternatives? I think that that needs to be addressed, because we in Ireland want to continue producing cereals and potatoes. The question of imported food is a very real one, and I beg for five seconds extra on it. If the Commission would work with EU food producers on this, we could make progress. It is just not tenable that the Commission can sit here and say that we will ban the use of substances in Europe but that those outside the European Union can continue to send us food using those substances. It is not a competitive position, it is not tenable, and I ask you to address it here this evening.

1-108

Pilar Ayuso (PPE-DE). – Señora Presidenta, me voy a referir al informe Breyer. Tengo que decir que los agricultores europeos son plenamente conscientes de que en la utilización de los productos fitosanitarios debe prestarse particular atención a la salud humana y también a la protección del medio ambiente. Sin embargo, el sector está profundamente preocupado porque el Parlamento Europeo no entiende el impacto que este Reglamento puede tener en el futuro.

Y es que hay evaluaciones de su potencial de impacto que señalan que, debido a la escasa disponibilidad futura de productos fitosanitarios, va a ser muy difícil el control de plagas y enfermedades que afectan al cultivo de gran cantidad de alimentos, concretamente, a todos los productos mediterráneos, y también al cultivo de plantas ornamentales y de flor cortada.

Soy plenamente consciente de que el acuerdo adoptado en el diálogo a tres bandas ha sido el resultado de una ardua negociación y no puedo menos por ello que reconocer el trabajo que han hecho los ponentes. Pero, no obstante, hay que tener en cuenta que la definición temporal de los disruptores endocrinos va a dar lugar a la desaparición de una gran cantidad de sustancias activas, especialmente insecticidas, de importancia clave para la agricultura.

Los productores tienen que tener a su disposición una cantidad suficiente de sustancias activas para combatir con eficacia y seguridad cualquier enfermedad o plaga de las plantas, teniendo en cuenta que muchas veces el peligro no suele estar en el producto, sino en el mal uso que se hace del mismo.

Por todo ello, la delegación española del Grupo del PPE-DE apoya las propuestas que solicitan la evaluación de un impacto y va a votar a favor de las enmiendas del señor Sturdy, que yo misma he firmado, relativas a los disruptores endocrinos, y aquellas que favorecen la disponibilidad de productos fitosanitarios en caso de emergencia.

Además, si este Reglamento se adopta en los términos del acuerdo alcanzado, los efectos serán una reducción de la producción de alimentos y una subida de los precios que nos llevará a la importación de esos mismos alimentos que no producimos, pero tratados con los productos que estamos prohibiendo.

1-109

Robert Sturdy (PPE-DE). – Madam President, on the Breyer report, I say to the Commission, why are you against an impact assessment? What is so vital or of so much concern that the Commission are opposed to an impact assessment?

There is no scientific evidence to suggest that some of the products that we have been using are dangerous to public health. Some of them are, but there are quite a few you propose to take off the menu that are not dangerous. I am thinking particularly here of one called Triasol which is vitally important to the production of wheat within the European Union. You have failed, and I mean this quite clearly, you the Commission have failed the general public when you failed to stop GMOs coming into the European Union, and the Commission admits this. You have admitted the fact that you have failed to stop GMOs coming into Europe. You failed when it came to the report that I did on maximum residue levels. We have a member here from DG SANCO – the Commissioner is busy talking at the moment, but when she has stopped talking she might just listen to what I have got to say. They have failed to control imports coming in with maximum residue levels of pesticides. They are being found on supermarket shelves.

So, if we are going to ban these products within the European Union, what are you going to do about the imports coming in? Are you just going to say: well, it does not really matter – these products are going to be coming in anyway? Let us leave it and just assume that people will not bother about it?

Farmers throughout the European Union have been the most responsible people when it comes to producing food and putting this legislation in place basically means saying to them that they are fools and they are not interested. No farmer in his right mind would use a chemical which is dangerous to public health. We have done a huge amount of surveys on this.

I leave you with one or two last thoughts on this. We are about to ban battery cages for the production of eggs and yet you will give a derogation on that. Yet that is fairly important to people. I worry about the fact that you, the Commission, have failed so far to put in place all the legislation which we have. It is vitally important here that you give the farmers the opportunity to prove themselves and prove the fact that these products are safe.

1-110

Alojz Peterle (PPE-DE). – Zaskrbljujoči zdravstveni trendi so v veliki meri posledica neodgovorne rabe pesticidov. Jasno je, da ne moremo imeti več zdravja in manj raka s čedalje bolj zastrupljeno hrano. Govorim o enem od ključnih vprašanj v zvezi z okoljem in zdravjem, zato nam ne morejo pomagati kozmetične akcije, ampak sprememba razvojne paradigme.

Delo, ki sta ga opravili kolegici Christa Klač in Hiltrud Breyer s poročevalci v senci, je korak v pravo smer in zato jima izražam vse priznanje. Vesel sem, da obe poročili odpirata več front prizadevanj hkrati, ki zajemajo proizvajalce, prodajalce in uporabnike pesticidov. Hkrati pa zahtevamo nacionalne akcijske plane s kvantificiranimi cilji.

Zelo pomembno se mi zdi, da je vključeno tudi obveščanje sosedov, kar je pomembno ob ljudeh še posebej za čebele. To pomeni, da lahko preprečujemo škodo že s samo pozornostjo do tistih, ki bi jih lahko prizadeli. V direktivo smo zapisali, da države članice lahko v svoje nacionalne akcijske načrte vključijo določbe o obveščanju sosedov – raje bi videl, da bi zapisali, da morajo to storiti.

Prepričan sem, da je mogoče dati več prostora za zaščito rastlin z nekemičnimi, se pravi biološkimi in mehanskimi sredstvi.

1-111

Neil Parish (PPE-DE). – Madam President, Commissioners, can I say to you that less than a year ago we were debating in this Chamber what we were going to do about global food security, and was there enough food in the world, and we were terribly worried about it. Here we are, less than a year later, debating this legislation tonight, which has the potential of actually reducing food production in the European Union; and there is a morality about producing food because what you must remember is that if we in Europe do not produce food we can probably pay for it, but the developing world cannot.

Much of this legislation will affect our crops – not only wheat, as Robert Sturdy has said, but potatoes in particular. We have had two of the worst summers that I have ever seen in the last two years in northern Europe. We have needed fungicides to reduce blight and actually grow the potatoes. And if people in Europe do not eat potatoes, what do they eat, Commissioners? They eat rice and they eat pasta both of which – and certainly rice – the developing world is very short of.

Further to what Robert Sturdy has said, many of these pesticides and fungicides we are using, if they are used properly and you have the proper withdrawal period, pose no problems, and by using these particular chemicals we can produce very good food. And if you stand and tell me that you will stop imported food coming in that has been actually sprayed with these particular types of chemicals – you will not! For the simple reason that, if they had been properly applied, you can actually test your wheat as much as you like as it comes through the port of Rotterdam, but you will find no residue there. So I think we really do have to wake up to the fact that we in Europe need to produce food and we need to produce it safely, make sure that we reduce the amount of chemicals we use, which we are already doing, and we have got to make sure that we are training farmers to spray properly, which again we are also doing.

So, I would urge you: please, have a proper impact assessment, because it was two years ago you did your impact assessment. We have had two of the wettest summers on record; it is time for you to look again. We really do urge you to have a proper impact assessment.

1-112

Avril Doyle (PPE-DE). – Madam President, Mr Struan Stevenson has offered me his two minutes as he is unable to be here. May I take it is as PPE-DE time?

1-113

Die Präsidentin. – Bitteschön!

1-114

Avril Doyle (PPE-DE). – Madam President, exaggerated claims have made it difficult to ascertain fact from fiction at different stages of this difficult debate. Yes, there is a need to control the use of agrochemicals – we all accept that – and, if not used sustainably, they can be hazardous to the user and the environment. But, if used sustainably, and if the maximum residue levels and withdrawal period are respected, they are of minimum risk, and of none at all to the consumer.

The proposal to base decisions for approval of an active substance on the intrinsic properties of the substance – the hazard-based approach – rather than basing it on the scientific principle of risk assessment is a major concern.

Alcohol, pure alcohol, is a hazard. If you drink pure alcohol, we know what happens. But when sufficiently diluted at 4% or 12% or whatever – when used sustainably – there is minimum risk. May I say that these are two different issues.

The EU impact assessment has been referred to. The scientific definition, and lack thereof, of endocrine disruptors has already been referred to. However, the positive note is that the derogation period will allow industry to invest in much-needed R&D and to develop new products and viable alternatives. I would invite the agrochemical industry and their CERP community to look into and invest in this area.

The anomaly of allowing imported food products using plant protection products generally, while we will not allow our farmers to use them, continues to be one of the mysteries and one of the major problems we have with legislation of this sort. However, on balance I think a lot of improvement is being made from the original proposal and I am inclined to support it.

1-115

Colm Burke (PPE-DE). – Madam President, I wish to highlight the importance of explaining to affected stakeholders early on in the legislative process the reasons why it is necessary to regulate.

As a representative of a predominantly rural constituency, I have received a considerable number of representations from highly concerned constituents in the farming community on this particular dossier.

There is a general perception amongst this community that regulations are being arbitrarily handed down from Brussels without any input from the bottom up. Therefore, I firmly believe that Member State governments need to do a lot more explaining of these matters with affected stakeholders, rather than taking the easy route of foisting the responsibility on the so-called Brussels bureaucrats. After all, it is the Member States that have to implement these measures in the final instance, and it is the Member States that have the resources in terms of local representatives to explain these matters to farmers.

It is important that those who are producing food within the EU are not over-regulated compared to those who bring their produce onto the market from outside the EU. Any proposal must have balance for consumers, farmers and the environment, but we must also make sure that the correct information is made available to all of the stakeholders.

1-116

Zuzana Roithová (PPE-DE). – Vážené kolegyně, vážení kolegové, jako lékařka citlivě vnímám, že je naší povinností vůči evropským spotřebitelům eliminovat takové rostlinné lékařské látky, které jsou nebezpečné, a to na základě vědeckých poznatků. Současně oceňuji, že se zpravodajům podařilo najít vyvážené řešení nové regulace tak, že bude motivovat průmysl hledat a vyvíjet alternativní bezpečnější pesticidy. Do té doby je nutné udělovat výjimky, které potřebují země s vlhkým podnebím, a jižní země to prostě musí pochopit. Trvám na tom, že členské státy, ale i Komise musí důsledně a nekompromisně kontrolovat, že také potraviny a květiny k nám dovážené ze zemí mimo Evropskou unii nebyly ošetřeny zakázanými pesticidy a fungicidy. Nejde jen o hodnocení úrovně reziduí v potravinách. Nesmíme dopustit takovou nerovnou soutěž pro evropské zemědělce. Připojuji se také k těm, kteří kritizují, že Evropská komise neprovedla dopadovou studii, a díky tomu bohužel nemůžeme občanům odpovědět na všechny pochybnosti ohledně této regulace, i když její smysl podporuji.

1-117

Gerard Batten (IND/DEM). – Madam President, the common agricultural policy has done enormous damage to British agriculture at enormous financial and economic cost.

Now we have these proposals on pesticides. It is estimated that this directive could mean the banning of 15% of pesticides. It is estimated that such a ban would cut wheat yield by 26% to 62%, potato yield by 22% to 53% and some other vegetable yields by 25% to 77%. This will have the effect of sending retail prices soaring, affecting worst those least able to pay.

I wonder whether the rapporteurs could give us the identity of just one person afflicted by, or who has died from, the effects of these pesticides? Probably not! But I could tell you of lots of my constituents who cannot afford to pay more for their food bills.

1-118

Péter Olajos (PPE-DE). – A növényvédő szerek használatáról szóló irányelv esetén örülök, hogy az lényegében nemzeti hatáskörbe került, különös tekintettel a pufferezóna nagyságára is és annak meghatározására. Támogatom a tagállami szintű cselekvési tervek előírását, és azt, hogy a jogszabály a használat mennyiségi csökkentését helyezi a középpontba. Örülök a légi permetezés terén kialakult kompromisszumnak is.

Ami a növényvédő szerek forgalomba hozataláról szóló rendeletet illeti, a tervezet alapvetően jó, amikor az emberi egészséget súlyosan károsító növényvédő szerek betiltásáról illetve azok fokozott helyettesítéséről szól. Ugyanakkor gondot látok a harmadik országból érkező anyagok ellenőrzésével kapcsolatban.

Elfogadhatatlannak tartom a növényvédő szerek 3-as zóna szerinti engedélyezését. Nem kell növényvédelmi szakértőnek lenni ahhoz, hogy az ember elborzadjon, ha arra gondol, hogy Magyarország például egy zónába kerülne az időjárási és mezőgazdasági termelés szempontjából igencsak különböző Írországgal.

1-119

Reinhard Rack (PPE-DE). – Frau Präsidentin! Ich möchte ein Thema ansprechen, das heute in diesem Zusammenhang noch nicht diskutiert worden ist. Wir haben am Ende des Tages wieder einmal einen hoffentlich vernünftigen Kompromiss in Europa zustande gebracht. Aber was haben wir auf dem Weg dahin gemacht? Erinnern wir uns doch an die monatelangen Diskussionen mit zum Teil extremen Vorwürfen der einen Seite an die andere und umgekehrt. All das ist mit großer Begeisterung von den Medien aufgegriffen worden. All das hat in den Medien dazu geführt, dass Konsumenten verunsichert wurden, dass alle wieder einmal übereinstimmen konnten in der Beurteilung „Europa macht alles falsch“ und „Europa geht auf die Bürger los, statt auf die Bürger zu“. Jetzt, am Ende des Tages, kommen wir zu einer halbwegs

vernünftigen Lösung, einer Kompromisslösung, aber immerhin einer, zu der es sehr viel Zustimmung geben wird. Was wird jetzt dann medial übrigbleiben? Wenig bis nichts!

1-120

Czesław Adam Siekierski (PPE-DE). – Po raz pierwszy tak szeroko i wnikliwie Komisja Europejska, Rada i Parlament pracowały nad trudnymi przepisami związanymi z jakością i bezpieczeństwem żywności. Trzyletni wysiłek zamyka jutrzejsze głosowanie Parlamentu. Naszym zadaniem jest dbać by przepisy były jasne, bezpieczne, oparte na wiedzy, szczególnie gdy dotyczą tak wrażliwego obszaru, jakim jest produkcja żywności. Dlatego też z grupą posłów zwracamy uwagę na potrzebę stałego monitorowania skutków przyjmowanego rozporządzenia o dopuszczeniu pestycydów.

Mówimy, że oparte na głębokiej wiedzy przepisy będą budować zaufanie konsumentów do stosowania pestycydów na podstawach naukowych. Osiągnięty kompromis służy poprawie warunków zdrowotności ludności, ale podnosi koszty produkcji, o czym powinniśmy pamiętać, kiedy będziemy dyskutować o środkach finansowych na Wspólną Politykę Rolną. Pytamy także: czy importowana żywność spełnia te rygorystyczne przepisy obowiązujące w Unii? Proszę o poparcie poprawek 179, 180 i 181, które złożyliśmy wspólnie z innymi posłami.

1-121

James Nicholson (PPE-DE). – Madam President, I have to say I have grave concerns about this proposal that is before us here tonight and the effects it will have on the future of our agricultural industry.

I want to put on record that I support the amendments put forward by Mr Sturdy, which I have signed, and which I am happy to support. I think they will at least help give the industry some support in the future.

Yes, we do need and we do require legislation, but it must be good legislation. We do not need to damage production in the process. We need a strong impact assessment to know what effects this will have, and this is what is required and what is needed, and this we do not have at present. We must have more facts and not fiction, and we certainly should dwell on the facts.

There is no point in Europe legislating itself out of business because we cannot control what is imported in. This is where the Commission have total double standards on what they impose within the European Union and what they allow into the European Union, for all that will happen is that people will go outside.

1-122

Σταύρος Δήμας, Μέλος της Επιτροπής. – Κυρία Πρόεδρε, θα ήθελα να ευχαριστήσω όλους εκείνους οι οποίοι πήραν το λόγο στη σημερινή συζήτηση για τις πολύ εποικοδομητικές τους παρεμβάσεις. Με βάση το κείμενο που συμφωνήθηκε και το οποίο είναι συμβιβασμός, και μάλιστα πολύ επιτυχημένος, τα κράτη μέλη θα υποχρεούνται να καταρτίσουν εθνικά σχέδια δράσης στα οποία θα καθορίζονται ποσοτικοί στόχοι για τον περιορισμό των κινδύνων.

Με τα εθνικά σχέδια δράσης τα κράτη μέλη θα οφείλουν επίσης να παρακολουθούν τη χρήση των φυτοφαρμάκων που έχουν κατά καιρούς προκαλέσει συγκεκριμένα προβλήματα και να καθορίζουν στόχους μείωσης της χρήσης ορισμένων από αυτά. Πρόκειται για σημαντικό βήμα προόδου, το οποίο, πέραν της προστασίας της υγείας των ευρωπαίων πολιτών και του περιβάλλοντος, θα αποφέρει και οικονομικά οφέλη λόγω της μείωσης των δαπανών στα εθνικά συστήματα υγείας, ενώ ένα άλλο όφελος θα είναι η μικρότερη χρήση φυτοφαρμάκων που θα προκύψει από την παρούσα νομοθεσία.

Εκτός από τα εθνικά σχέδια δράσης, η προτεινόμενη συμβιβαστική δέσμη περιέχει και ορισμένες άλλες σημαντικές πτυχές. Πρέπει να λαμβάνεται υπόψη η αρχή της προφύλαξης. Στα πλαίσια της ολοκληρωμένης διαχείρισης επιβλαβών οργανισμών δίδεται προτεραιότητα σε άλλες μη χημικές μεθόδους φυτοπροστασίας.

Ενισχύεται η προστασία των περιοίκων και των διερχομένων προσώπων. Πιο συγκεκριμένα, τα εθνικά σχέδια δράσης θα μπορούν να περιλαμβάνουν διατάξεις σχετικά με την ενημέρωση των ατόμων τα οποία μπορεί να εκτεθούν σε μετακινούμενο νέφος που δημιουργείται από τους ψεκασμούς, ενώ οι εκτάσεις που πρόκειται να ψεкаστούν από αέρος δεν θα πρέπει να γειτνιάζουν με κατοικημένες περιοχές.

Όλοι οι διανομείς φυτοφαρμάκων, και όχι μόνον όσοι πωλούν σε επαγγελματίες χρήστες, θα μεριμνούν ώστε κάποια άτομα από το προσωπικό τους να διαθέτουν ειδικό πιστοποιητικό επάρκειας, που, βεβαίως, – έγινε μία παρατήρηση σχετικά – θα είναι αμοιβαία αναγνωρίσιμο, για την παροχή πληροφοριών σχετικά με τα φυτοφάρμακα και να είναι στη διάθεση των πελατών για παροχή συμβουλών. Από την υποχρέωση αυτή θα απαλλάσσονται μόνον ορισμένες κατηγορίες μικροδιανομέων.

Σε ό,τι αφορά την απαγόρευση του αεροψεκασμού, βρέθηκε συμβιβαστική λύση για τη διεκπεραίωση των αιτήσεων εξαίρεσης. Η εξαίρεση θα ακολουθεί διαδικασία που θα περιλαμβάνει δύο βαθμίδες. Πρώτα, την κατάρτιση γενικού σχεδίου αεροψεκασμού, το οποίο θα υπόκειται σε ρητή έγκριση των αρχών, και στη συνέχεια την υποβολή ειδικών αιτήσεων αεροψεκασμού, κατά περίπτωση, οι οποίες θα υπόκεινται στις προϋποθέσεις έγκρισης του γενικού σχεδίου.

Κλείνοντας, θα ήθελα να προσθέσω ότι η Επιτροπή είναι ικανοποιημένη από την έκβαση των διαπραγματεύσεων και, για το λόγο αυτό, είναι σε θέση να αποδεχθεί πλήρως τις προτεινόμενες συμβιβαστικές τροπολογίες.

1-123

PRÉSIDENCE DE MME MARTINE ROURE
Vice-présidente

1-124

Androulla Vassiliou, *Member of the Commission*. – Madam President, thank you all for your very fruitful participation in this very interesting debate. The Commission has attached particular importance to this file and I have been personally committed to the highest level of public health which it seeks to achieve. There have been long and difficult discussions during the dialogue which the rapporteur has steered with great dedication and skill, and I thank her for that.

The Commission supported the common position and can now support the proposal as it emerges from the second reading. All the innovative aspects of the proposal have been retained, in particular the approval criteria, which will ensure that dangerous substances which pose a high risk to public health are eliminated or substituted by safer alternatives, improved mutual recognition, and the substitution of some products by safer alternatives. Let me reply, however, to some of the comments that have been made here.

According to the Commission's estimate, only 4% of the substances currently on the market would disappear because they are endocrine disruptors and only 2% because they are carcinogenic, mutagenic or toxic to production. The total number of active substances which are currently on the market and which possibly would not be approved under the new regulation is expected to be less than 25 substances.

This evaluation has been confirmed by a report from the Swedish Chemical Agency and is also in line with the revised impact assessment from the UK Pesticides Safety Directorate. Moreover, I would like to point out that the new criteria will apply to substances already approved only upon renewal of their approval, and for most of them the renewal date is 2016. The industry will therefore have ample time to develop other safer substances.

I would also like to make reference to some comments made about imported food. Let me remind you that, as from 2008, we have the regulation on maximum residue levels which is fully applicable. If an active substance is not approved for use in plant reduction products in the EU, the maximum residue level for this substance is set at the level of detection. This MRL is valid for EU production, but also for imported food and feed.

There are, however, several reasons why an active substance could not be approved in the EU, and the possible risk to consumers is only one of them. Others can be linked to environmental issues or the protection of workers, which fall under the sovereignty of third countries where the pesticide is used. In these circumstances the use of the pesticide could not be acceptable for us, but the treated crops would not necessarily pose a risk to EU consumers. The third country which wants to export commodities treated with such substances to the EU may therefore ask for an import tolerance as long as it can submit data proving that there is no risk to human health from the consumption of these commodities and that these data are favourably evaluated by EFSA and formally adopted in EU legislation. This is the position regarding imported goods.

Coming back to the directive which we are hopefully about to adopt, the Commission considers the final compromise to be properly balanced, to achieve the objectives of health and environmental production, as well as to ensure the availability of pesticides to farmers. We now look forward to the formalisation of the second-reading agreement.

This is certainly a very good way for the European Parliament and the Council to start a new year, and good for our citizens as it benefits their health. It is also, we believe, beneficial to our farmers as it ensures their own production through specific measures, such as the promotion of safer products. What was achieved is important. It was achieved by all of us together and serves as an excellent example of how interinstitutional cooperation can directly benefit our citizens.

1-125

Christa Klauf, *Berichterstatterin*. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir können heute mit modernster Analytik ein Stück Würfelzucker im Bodensee feststellen. Wir müssen uns aber auch fragen, wie wir mit diesen neuen Erkenntnissen umgehen, was wir daraus machen.

Wir brauchen jetzt objektive Gefährdungseinschätzungen, die eine Balance zwischen den berechtigten Gesundheits- und Umwelanforderungen und den berechtigten Anliegen der Wirtschaft und der Ernährungssicherheit finden – auch im weltweiten Vergleich.

Die Fragen – die Kolleginnen und Kollegen haben sie ja auch gestellt – sind meiner Meinung nach von der Kommission nicht ausreichend beantwortet worden. Es reicht nicht aus zu sagen, es fallen vier oder es fallen zwei Stoffe weg und insgesamt sind es nur 25 Stoffe. Nein, wir wollen schon eine richtige wirtschaftliche Berechnung haben, eine Berechnung, die nicht nur wirtschaftliche Kriterien, sondern auch die gesundheitlichen Kriterien erfüllt. Da fehlt uns Evaluierung. Die

Kommission muss jetzt die Auswirkungen dieser neuen Gesetzgebung gründlich evaluieren, damit wir wissen, wie es sich dann letzten Endes auswirkt. Das muss man auch weiterhin begleiten, denn wissenschaftliche Erkenntnisse gehen ja weiter.

Der gefundene Kompromiss bringt eine Neuausrichtung der europäischen Pflanzenschutzpolitik. Er bringt mehr europaweites gemeinsames Vorgehen und er fordert von den Mitgliedstaaten gezielte Maßnahmen, die einen nachhaltigen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln garantieren.

Ich bedanke mich als Berichterstatterin für die Unterstützung. Wir haben es geschafft, von unterschiedlichen Ausgangspositionen zu einem guten Kompromiss zu finden. Für das neue Jahr wünsche ich mir mehr positives Denken. Denn eines darf man auch sagen, das hat mir ein bisschen gefehlt: Pflanzenschutzmittel sichern uns gesunde und ausreichende Lebensmittel und eine gesunde Kulturlandschaft in Europa!

1-126

Hiltrud Breyer, Berichterstatterin. – Frau Präsidentin! Auch ich möchte mich bedanken für die lebhaftige Debatte. Ich kann nur noch einmal betonen: Ich bleibe dabei, es ist ein Meilenstein für den Umwelt- und Verbraucherschutz, und vor allem ist es eine Sternstunde für Europa. Denn Europa wird auf die Überholspur gesetzt. Europa zeigt: Es ist weltweit Vorreiter. Denn dieser Ausstiegsbeschluss aus den hochgefährlichen Pestiziden ist weltweit einmalig, und damit kann die Europäische Union auch wuchern.

Nun zu den in dieser Debatte immer wieder vorgebrachten Argumenten, die Importfrage sei nicht geklärt: Das ist falsch, die Importfrage ist geklärt! Mit dem Verbot dieser hochgefährlichen Stoffe werden sie in Europa illegal. Das heißt, wenn wir Importe haben – nehmen wir Obst und Gemüse –, dann müssen diese Importe selbstverständlich der europäischen Gesetzgebung genügen, und zwar über die Rückstandsmengenverordnung. Wenn bei der Rückstandsmengenprüfung Substanzen – Pestizide – gefunden werden, die in Europa verboten wurden, ist das Produkt illegal. Das heißt, auch die Banane, die aus Costa Rica kommt und mit krebserregenden Stoffen behandelt wird, die bei uns dann auf den Index gesetzt und damit verboten werden, ist dann in der Europäischen Union illegal. Das ist also hier ganz eindeutig dadurch geklärt, dass wir auch die Rückstandshöchstmengenverordnung mit hinzunehmen. Somit besteht gar kein Grund, hier weiter Stimmung, Panik und Angst zu betreiben!

Ich kann nur noch einmal darauf hinweisen – dankenswerterweise hat die Kommissarin das schon herausgehoben: In der ersten Studie der PSD hieß es, 80 % der Pestizide verschwinden vom Markt. Inzwischen hat man diese Zahl erheblich reduziert. Leider sind Sie mit keinem Wort auf diese Korrektur der PSD-Studie eingegangen.

Beenden Sie also bitte diese Angst- und Stimmungsmache! Lassen Sie uns wirklich diesen Erfolg feiern, den wir hier alle hoffentlich zugunsten der Bürgerinnen und Bürger Europas, für die Umwelt, für den Gesundheitsschutz erzielen.

(Die Präsidentin entzieht der Rednerin das Wort.)

1-127

La Présidente. – Madame McGuinness, vous avez une motion d'ordre.

1-128

Mairead McGuinness (PPE-DE). – Madam President, this is on a point of order, because I think people are talking and not listening.

I heard what the Commissioner said on the food import situation. I think you are missing the point and I think, with respect, our rapporteur is also missing the point. Farmers in Europe will be banned from using particular substances. Their cousins outside the European Union can use these products. We will not find residues in the food that comes in. We are talking about a competitive disadvantage for EU producers. Perhaps at another point, we could address the real world rather than this vague ether we are currently in. Sorry for the anger.

1-129

La Présidente. – La discussion commune est close.

Nous n'allons pas relancer le débat.

La parole est à Mme Breyer.

1-130

Hiltrud Breyer, rapporteur. – Madam President, I and the Commissioner both explained the situation very clearly. If you do not listen – or perhaps you do not want to hear that we have solved the problem because it does not fit in with your campaign against this regulation – then I am at a loss! But I will state again that the problem is solved. In the European Union you cannot market a substance that is not allowed to be marketed in the European Union. Full stop.

1-131

La Présidente. – Nous n'allons pas recommencer le débat, je vous engage éventuellement à le continuer dans les couloirs.

La discussion commune est close et le vote aura lieu demain.

Déclarations écrites (article 142)

1-132

Nicodim Bulzesc (PPE-DE), in writing. – I support the compromise of the Breyer Report on the placing of plant protection products on the market because it will provide for greater stability and security for farmers and food producers.

However, the compromise agreement states that the new legislation would only gradually replace the existing EU law, and that pesticides already approved under current rules would remain available until their existing authorisation expires. Products that contain hazardous substances are to be replaced within three years if safer alternatives exist.

If voted, the report will be a step towards better health through environmental protection and a means of allowing the EU to move on to a better system without further delays.

1-133

Magor Imre Csibi (ALDE), în scris. – Salut textul compromisului în vederea utilizării durabile a pesticidelor și doresc să o felicit pe doamna Klaß pentru munca depusă.

Sunt de părere că avem în față un text echilibrat, prin care se interzice utilizarea unor pesticide nocive, dar fără a prejudicia agricultura europeană.

De asemenea, îmi exprim mulțumirea de a constata că printre metodele nechimice de protecție a plantelor și de gestionare a organismelor dăunătoare și a culturilor nu se numără, ca și alternativă, folosirea OMG-urilor. Ar fi existat posibilitatea de a le include printre metodele nechimice.

Astfel, s-ar fi deschis o porțiță pentru comercializarea în viitor, pe piața uniunii, a produselor alimentare ce conțin OMG-uri. Textul compromisului ne dovedește că nu este cazul.

Încă o dată, Parlamentul European spune un NU decisiv utilizării OMG-urilor. Astfel, vocea unitară a celor 58% dintre cetățenii europeni se face din nou auzită. De data aceasta, avem alături de noi și statele membre, reprezentate de Consiliu.

1-134

Alexandru Nazare (PPE-DE), în scris. – Reglementările din domeniul pesticidelor sunt importante pentru a reduce riscurile folosirii lor asupra sănătății populației și a mediului. Cu toate acestea, măsurile luate în acest scop trebuie să fie rezonabile și să aibă în vedere atât calitatea producției, cât și maximizarea recoltelor.

În contextul crizei economice, creșterea producției de alimente poate fi o soluție. Așa cum constata și doamna McGuinness în raportul prezentat la sfârșitul anului trecut Comisiei pentru Agricultură, prețul grâului a crescut cu 180% în doi ani, iar prețurile la alimente în general au crescut la nivel global cu 83%. Aceste prețuri mari sunt generate de standardele înalte pe care le impunem producătorilor europeni.

Fără să contest necesitatea unei mai bune reglementări a utilizării pesticidelor, sunt totuși de părere că unele dintre măsurile propuse vor duce la reducerea numărului de produse fitosanitare de pe piața UE. Ca efect, productivitatea unor sectoare va scădea, precum cel al cerealelor.

Anumite prevederi ale acestui act legislativ vor afecta producătorii, prin faptul că atrag după sine interzicerea majorității pesticidelor de pe piață, favorizând în schimb comercializarea produselor considerate mai sigure, dar și mult mai scumpe. Astfel, vor crește costurile de producție, cei mai dezavantajați fiind fermierii din noile state membre.

1-135

Rovana Plumb (PSE), în scris. – Prin agreearea acestei recomandări de către toți actorii implicați, se vor asigura condițiile necesare corelării principiilor privind protecția mediului și a sănătății animalelor cu cel al bunei funcționări a pieței interne.

Prevederile privind recunoașterea mutuală și sistemul de zonare au fost acceptate de către România, având în vedere că în text au fost incluse clauze prin care statele membre (SM) pot lua măsuri de ajustare a condițiilor de autorizare a produselor pentru protecția plantelor (PPP), pentru a ține cont de condițiile specifice, precum și clauze de refuz al recunoașterii în cazuri specifice, justificate.

Astfel, se consideră că această variantă oferă suficiente garanții. La aceasta se adaugă avantajele în reducerea poverii administrative, întrucât evaluarea PPP se va face numai într-un singur stat din cadrul fiecărei zone, urmând ca acesta să țină cont de condițiile specifice din toate SM ale zonei.

În calitatea mea de deputat social-democrat, consider că trebuie să depunem eforturi susținute pentru protecția mediului, a sănătății umane și animale, fără însă a compromite producția agricolă.

1-136

15 - Plan d'action sur la mobilité urbaine (débat)

1-137

La Présidente. – L'ordre du jour appelle la question orale à la Commission sur le plan d'action sur la mobilité urbaine, de Paolo Costa, au nom de la commission TRAN, et de Gerardo Galeote, au nom de la commission DEVE (O-0143/2008 - B6-0002/2009).

1-138

Paolo Costa, Autore. – Signora Presidente, signora Commissaria, onorevoli colleghi, la Commissione, della quale lei fa parte, ha più volte annunciato la pubblicazione del suo piano d'azione sulla mobilità urbana, che avrebbe dovuto essere sottoposto al Consiglio e al Parlamento fin dallo scorso autunno. La Commissione ha preso questo impegno concludendo lo scorso marzo la consultazione sul Libro verde sulla mobilità urbana lanciata fino dal 2007, lo ha ribadito nel suo piano d'azione per la logistica del trasporto merci del 2007 e lo ha ribadito nella comunicazione sulla strategia per l'internazionalizzazione dei costi esterni e trasporto nel 2008.

Il tempo passa, ma il piano d'azione non vede la luce. L'avvicinarsi della fine dell'attuale legislatura fa temere alla commissione parlamentare che qui rappresento che molto del lavoro fatto in questi anni rischi di vanificarsi. Mi può, signora Commissaria, assicurare che il piano d'azione è pronto? Mi può dire che verrà reso pubblico nelle prossime settimane, in modo da consentire a questo Parlamento di finalizzare le sue raccomandazioni, quelle contenute nella risoluzione Rack, verso una nuova cultura della mobilità urbana, votata da quest'Aula in luglio del 2008?

Signora Commissaria, la mobilità urbana è indiscutibilmente fenomeno che si manifesta localmente, fenomeno che vedrà sempre prevalere la competenza locale su quella nazionale e su quella comunitaria, ma non per questo è un fenomeno da affrontare senza alcun intervento statale o comunitario. Chi se non l'Unione europea può e deve definire il ruolo comunitario dell'argomento? Chi può e deve interpretare i limiti imposti dal principio di sussidiarietà in questo campo?

Il sottrarsi della Commissione – e quindi dell'UE – a questo compito non aiuta la soluzione del problema dei trasporti urbani e della mobilità dei cittadini né quelli relativi all'inquinamento atmosferico nelle città – sappiamo che il 40% delle emissioni di CO₂ sono imputabili al trasporto urbano e che il 70% di altri inquinanti al trasporto sono urbani – né quelli relativi alla sicurezza stradale: sappiamo che il 50% degli incidenti mortali avvengono nelle città, né quelli relativi alla produzione dei consumatori, i cittadini più deboli, quelli la cui mobilità dipende dal trasporto pubblico.

Possiamo permettere che esistano differenze da Stato membro a Stato membro? Da città a città negli standard di difesa dell'ambiente urbano? Negli standard di sicurezza stradale in città? Negli standard di accessibilità dei cittadini alla mobilità? O non sono questi i diritti fondamentali che l'Unione dovrebbe contribuire a garantire a tutti i cittadini europei? Allora definizione di standard, obiettivi minimi uniformi, ma anche buone pratiche, incentivi anche finanziari, coordinamento e progetti innovativi, costruzione e diffusione di statistiche affidabili e comparabili.

Non è questo uno spazio, che se occupato dall'Unione, aiuta il rispetto delle soluzioni sussidiarie delle quali gli Stati membri e le collettività locali hanno tutto il diritto di essere gelosi? Signora Commissaria, può darsi che lei adesso ci venga ad esporre un elenco di buoni motivi per il ritardo, al limite dell'omissione, nella presentazione del piano d'azione sulla mobilità urbana. Si domandi prima, qualora volesse tentare di difendere il mancato rispetto dell'impegno assunto, se si tratti davvero di ragioni e non di banali scuse? Non avvalorate, Signora Commissaria, l'idea – che si va diffondendo in questi ultimi tempi – che la Commissione sia diventata così prudente da rinunciare a risolvere i problemi di popoli europei per non disturbare gli Stati. Sarebbe una strategia suicida per un istituzione come la Commissione che non esce rafforzata dal buon semestre della Presidenza francese.

Delivery, delivery, delivery, per dirla all'inglese: questo è quello che vogliono i cittadini europei e per questo e solo per questo sono pronti, credo, o potrebbero essere pronti a rivedere verso l'alto il loro apprezzamento per le nostre istituzioni. Il piccolo esempio del piano urbano di mobilità potrebbe dare un contributo molto importante alla soluzione di questo problema più grande.

1-139

Androulla Vassiliou, Member of the Commission. – Madam President, first of all I would like to convey the regrets of Vice-President Tajani for not being with us. He is on a very important mission to Japan.

Let me go straight to the point. The Commission remains fully committed to developing an EU policy in the field of urban mobility because it is convinced that, although responsibilities for urban mobility lie primarily with local, regional and national authorities, in some specific areas there is an added value of action at European level.

As a matter of fact, although cities are all different, they face common challenges. The problems in urban mobility are significant and growing and affect many citizens and businesses, which are confronted with traffic safety problems, with limited accessibility of public transport, with congestion and health problems caused by pollution. To illustrate the importance of urban mobility, let me provide you with some figures: 60% of the population lives in urban areas and 85% of the EU GDP is created there. However, cities also generate 40% of CO₂ emissions, and two out of three road accidents take place in urban areas. Finally, congestion, which is one of the main problems that citizens have to face everyday, is responsible for the loss of about 1% of the EU's GDP every year.

Sustainable urban mobility is therefore a key element to achieve our goals with respect to climate change, economic growth and road safety. This is why the Commission has been launching actions in this field since 1995, in order to promote the exchange of best practices. The highlight has been the extremely successful CIVITAS programme that started in 2000.

The 2007 Green Paper 'Towards a new culture in urban mobility' then identified broad areas for potential complementary action at EU level to promote greener and safer cities and smarter and accessible urban transport.

But what can be done concretely at EU level? We can help local authorities to implement related EU policies and to make best use of EU funding. EU-wide dissemination and replication of innovative approaches can give authorities the possibility to achieve more and better results at lower cost.

We can help foster markets for new technologies, for example clean and energy-efficient vehicles, and facilitate harmonised standards for broad market introduction of new technologies. Finally, the EU can guide authorities towards solutions that are interoperable and facilitate smoother functioning of the single market.

The Commission will therefore continue to act, because we think, as a large majority of stakeholders do, that there is much to be gained from working at EU level to support initiatives at the local, regional and national levels.

Now let me answer your question: why the adoption of the Action Plan on Urban Mobility has been delayed. Unfortunately, the conditions were not appropriate for the adoption of a comprehensive action plan by the Commission before the end of 2008.

But my colleague Vice-President Tajani would like to reassure you that he remains committed to working towards the adoption of the Action Plan and to develop an EU policy in the field of urban transport in full respect of the subsidiarity and proportionality principles. To this purpose, it is not the intention of the Commission to propose a one-size-fits-all solution; on the contrary, we would like to develop a toolbox, including short- and medium-term practical actions, in order to provide cities with the tools to address, in an integrated way, specific issues related to urban mobility. Then, it will be up to local authorities to decide what is more suitable for them, according to their own objectives and needs.

In order to address the concerns that might still exist regarding the strategic role of the EU in urban mobility, Vice-President Tajani's intention is to demonstrate with concrete actions how the EU can add value and quality to urban mobility in Europe. On the basis of the responses to the Green Paper and many discussions with stakeholders, a number of actions have been identified and will be launched later this year.

To promote innovative solutions and new technologies, we have already opened a call for proposals, closing at the end of March, which will provide up to 50% funding to the projects selected. Once the Directive on the promotion of clean and energy efficient road transport vehicles comes into force, around March, we will initiate the development of an internet site to facilitate joint clean vehicle procurement.

On information and exchange of approaches, we intend to start up, around April, a website providing information on urban mobility legislation and funding in Europe, as well as on good practice. We will also reflect with stakeholders on the future of our CIVITAS programme and how to build on the vast knowledge and experience generated in the CIVITAS-funded actions.

Finally, to help increasing knowledge on sustainable mobility policies, we will launch a study on aspects related to green zones and a study on the opportunities for making public transport systems more interoperable. We intend also to establish an expert network for considering aspects of urban road pricing and internalisation of external costs.

I am convinced that this package of actions, which will be soon undertaken at EU level, provides an important basis for moving forward in the field of urban mobility.

beantwortet. Sie hatten uns eine gute Botschaft gegeben, indem Sie zunächst darauf hingewiesen haben – das haben wir seinerzeit schon im Grünbuch „Mobilität in der Stadt“ lesen können –, dass wir gemeinsame europäische Lösungen für ein Problem brauchen, das fast alle europäischen Städte in der einen oder anderen Form haben, teilweise ganz unterschiedlich und teilweise ganz ähnlich. Das haben wir seinerzeit, vor einigen Monaten, auch begrüßt, und wir haben diesen Vorschlägen der Kommission, die uns versprochen wurden, mit Freude entgegengesehen. Die kommen nicht. Und wenn in Ihrer Aussage eine Botschaft enthalten war, dann habe ich sie mir jetzt so notiert: *There will be no comprehensive action plan*. Warum nicht?

Wenn wir dem, was wir hören – und man hört ja in diesem Haus und in dieser Europäischen Union unter den Institutionen sehr viel –, Glauben schenken, dann hat das damit zu tun, dass es einen Mitgliedstaat oder vielleicht auch einige Mitgliedstaaten gibt, die mit dem Vorwand, dass hier in die Subsidiarität eingegriffen werden könnte, Angst gemacht haben und auch leider dieser Kommission Angst gemacht haben. Das Europäische Parlament hat in seinen Vorschlägen ausdrücklich gesagt: Wir wollen nicht in die Subsidiarität eingreifen. Sie haben es jetzt wieder betont, Sie wollen keinen für alle passenden Einheitsplan präsentieren. Aber gar keinen Plan zu präsentieren, ist auch keine Lösung. Gehen wir also diesen Schritt, lösen Sie dieses Versprechen ein! Die Wiederwahl der Kommission wird nicht dadurch gewährleistet, dass nichts geschieht und ein oder mehrere Mitgliedstaaten nicht beleidigt werden, sondern die Wiederwahl wird gewährleistet, wenn Gutes vorgelegt und präsentiert wird.

1-141

Gilles Savary, *au nom du groupe PSE*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, vous venez de nous conforter dans l'initiative que compte prendre le Parlement européen sur ce dossier. Vous venez de nous dire que, pour des raisons évidentes, c'est-à-dire, l'importance de ce que représentent les transports urbains dans les transports, et les objectifs du plan climatique européen, l'Union européenne ne peut pas se désintéresser des transports urbains. Monsieur Barrault, avant vous, avait pris l'initiative d'un Livre vert, nous promettant un plan d'action. Aujourd'hui, vous ne pouvez pas nous refuser ce plan d'action et nous expliquer que vous le mettez en œuvre en catimini, sans délibérations du Parlement, sans contrôle du Parlement, sans aucune visibilité.

C'est la raison pour laquelle j'ai réussi à obtenir de mes collègues – et je dois les remercier, notamment de Reinhard Rack, qui a énormément débroussaillé le terrain – que le Parlement européen, chose parfaitement inhabituelle, produise le plan d'action que vous ne voulez pas produire, dans un rapport d'initiative, avant le renouvellement électoral. Cette initiative parfaitement hétérodoxe aura un poids politique considérable puisqu'elle interrogera le nouveau commissaire européen chargé des transports, qui sera auditionné par la commission transports, et elle pèsera donc très lourd dans son agrément par le Parlement européen. Je crois qu'il faut regretter en effet que la Commission européenne, aujourd'hui, cède à la moindre objection du moindre État membre.

Et c'est bien parce que nous sommes inquiets de cette évolution, qui est une dérive institutionnelle, dans laquelle la Commission européenne a décidé de ne plus jouer la carte communautaire, mais strictement intergouvernementale, que nous sommes confortés aujourd'hui dans notre souhait de négocier entre nous un plan d'action, de vous le proposer et de faire en sorte que le prochain commissaire aux transports s'engage clairement sur la suite à lui donner.

1-142

Jean Marie Beaupuy, *au nom du groupe ALDE*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, avec tout le respect, Madame la Commissaire, que nous devons à votre fonction et à votre personne, je me permettrai deux expressions à la suite de votre intervention. Vous avez cherché à noyer le poisson ou vous avez fait le grand écart.

Vous nous avez rappelé quels étaient les différents chapitres qui devaient figurer à l'intérieur de ce plan d'action et je pense que mes collègues et moi-même ne pouvons que nous réjouir de retrouver effectivement dans cette liste l'essentiel de nos propositions. Vous nous apportez donc la preuve qu'au sein de la Commission, vous disposez de tous les éléments pour publier ce plan d'action dans toutes ses composantes.

Je crois, en ce qui me concerne, qu'il pourrait y avoir quatre explications à votre première phrase de la deuxième partie selon laquelle, si j'ai bien compris la traduction, les conditions ne sont pas favorables.

Première hypothèse possible: est-ce, au sein de la DG transports, une insuffisance de renseignements techniques? Les éléments apportés par M. Barrot, dans le cadre du Livre vert, semblent nous laisser penser qu'au contraire la Commission est fort bien pourvue en renseignements techniques.

Deuxième hypothèse: vous dites que les conditions ne sont pas favorables. Certains États membres seraient-ils opposés à ce plan? Mais, Madame la Commissaire, que je sache, la Commission est indépendante des États membres. Je ne peux pas croire un seul instant que vous auriez cédé à la pression de certains États membres.

Troisième hypothèse: y aurait-il, au sein même de la Commission, des divergences qui vous empêcheraient de nous présenter ce plan d'action? Mon Dieu, j'espère que non!

Enfin, refuseriez-vous le débat avec le Parlement européen actuel pour le reporter l'année prochaine? Compte tenu des excellents rapports qui ont nourri nos relations avec le vice-président Barrot lors du Livre vert, je n'ose pas le croire.

Nous sommes, Madame la Commissaire, à quelques semaines des élections. Ce plan d'action constitue à mes yeux un excellent exemple pour montrer à nos concitoyens combien l'Europe, tout en respectant la subsidiarité, est proche de leurs problèmes de santé, etc. que vous avez énumérés.

Je regrette profondément ce retard et j'espère, comme mes collègues, que vous allez pouvoir y remédier dans les plus brefs délais.

1-143

Michael Cramer, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die ständige Verzögerung und Ihre Antwort, Frau Kommissarin, sind nicht zu akzeptieren. Denn die Zeit drängt.

Im Kontext des Klimawandels spielt der städtische Verkehr eine zentrale Rolle. Er ist in den Städten für rund 70 % aller Treibhausgase verantwortlich. Nur mit einer anderen Verkehrspolitik wird es der EU gelingen, die eigenen Klimaschutzziele zu erreichen. Die größten Potenziale liegen in den Städten, denn 90 % der dort zurückgelegten Autofahrten sind kürzer als sechs Kilometer – Entfernungen, die bestens geeignet sind, um umzusteigen auf Bahn, Bus, Fahrrad und Zu-Fuß-Gehen.

Hoffentlich hat die Kommission die Verzögerung zum Nachdenken darüber genutzt, wie die EU den Staaten und den Städten wirksam helfen kann. Denn wenn der Bericht so vage und unverbindlich wie das Grünbuch und der Bericht Rack ist, gibt es in der Tat keinen europäischen Mehrwert.

Wir Grüne fordern, dass die EU-Kofinanzierung umweltfreundlich umgeschichtet wird. Bisher werden 60 % der EU-Gelder im Verkehrsbereich für Straßenprojekte eingesetzt, nur 20 % gehen in den öffentlichen Verkehr und die Schiene. Wir wollen mindestens 40 % für die Schiene, wie es das Parlament in meinem Bericht zum ersten Eisenbahnpaket auch beschlossen hat.

Wir wollen zweitens EU-Gelder nur dann gewähren, wenn Städte einen nachhaltigen Mobilitätsplan vorlegen können. Und wir wollen drittens die Verkehrssicherheit erhöhen durch ein generelles Tempolimit von 30 km/h mit der Möglichkeit für Städte, eigenständig für bestimmte Straßen höhere Geschwindigkeiten auszuweisen.

Das ist nicht nur gut fürs Klima, es reduziert auch die Unfallzahlen, denn jedes Jahr sterben 40 000 Menschen auf Europas Straßen.

1-144

Oldřich Vlasák (PPE-DE). – Vážená paní předsedající, dámy a pánové, je samozřejmě velkou škodou, že došlo ke zpoždění zveřejnění tohoto dokumentu včetně akčního plánu. Uvědomme si, že sedmdesát procent obyvatel v současné době v Evropě bydlí ve městech a našim zájmem musí být zajistit co nejdříve dostupnější, ale hlavně spolehlivější, bezpečnější městskou dopravu, a to daleko ohleduplnější k životnímu prostředí. Očekávám proto, že zveřejněný dokument bude zahrnovat nejenom nové trendy, ale hlavně i vyhodnocení nových postupů a opatření včetně podpory zdravých způsobů dopravy, jako je cyklistika a pěší doprava. Obce by si potom měly z tohoto zásobníku vybrat to, co je pro danou obec nejdostupnější a nejvýhodnější. To si myslím, že je základní způsob. K tomu bychom měli zajistit podporu, a to samozřejmě ze strukturálních fondů tak, aby i tyto prostředky mohly sloužit k tomuto účelu.

1-145

Monica Giuntini (PSE). – Signora Presidente, Signora Commissaria, onorevoli colleghi, io mi trovo molto d'accordo con le considerazioni dei colleghi che mi hanno preceduto: l'ambiente urbano rappresenta, al giorno d'oggi, una parte fondamentale della vita di tutti noi e non solo per coloro che vivono in città di grandi o medie dimensioni.

I dati forniti dalla Commissione nel Libro verde "Verso una nuova cultura nella mobilità urbana nel 2007" mostrano chiaramente che il 60% della popolazione europea vive in ambiente urbano e che da qui viene generata una grossa percentuale del prodotto interno lordo europeo. Questi sono i dati citati anche dalla Commissaria.

Negli ultimi mesi questi dati non sono mutati e bisogna tener in conto, invece, i problemi di congestione del traffico delle grandi città che continuano ad aumentare, così come le criticità legate all'ambiente restano un tema di stringente attualità, tanto che non è possibile dimenticare gli sforzi compiuti recentemente da questo Parlamento sul pacchetto clima.

La politica regionale dell'Unione europea ha fornito interventi sulla mobilità urbana, le forme di finanziamento a livello europeo sono molteplici: 2 miliardi di euro sono stati spesi per il Fondo di sviluppo regionale nella precedente legislatura e nel 2007-2013 è previsto uno stanziamento di circa 8 miliardi di euro. Anche il Fondo di coesione può sostenere questo intervento.

Allora io credo che sia davvero importante che l'Unione si doti di una politica comune, di un piano d'azione globale, naturalmente nel rispetto della sussidiarietà e delle competenze degli Stati e degli enti locali. I benefici che ne deriverebbero sono di tutta evidenza e difficilmente si riesce a comprendere come un piano di questa portata, appunto, non sia stato ancora pubblicato.

In questo senso vanno le richieste dell'interrogazione orale presentate dalla commissione trasporti dal suo presidente alla quale la commissione per lo sviluppo regionale ha espresso il proprio appoggio. Considerando anche che siamo nell'imminenza della fine della legislatura, io auspico che ci sia un ripensamento e che davvero la Commissione voglia dare seguito alla pubblicazione del piano di azione sulla mobilità urbana per tutte le conseguenze positive che ne deriverebbero.

1-146

Jan Olbrycht (PPE-DE). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Jest rzeczą oczywistą, że problematyka transportu miejskiego ma ogromne znaczenie zarówno dla rozwoju gospodarczego, jak i dla ochrony środowiska. Nie ulega to najmniejszej wątpliwości i nie powinno być w ogóle dyskutowane.

W czasie pracy Parlamentu Europejskiego nad tekstem zielonej księgi pojawiły się natomiast innego typu problemy, o których już tu była mowa, związane przede wszystkim z podziałem kompetencji między władze lokalne, władze narodowe a władze na poziomie europejskim. Pojawiły się wątpliwości czy Unia Europejska powinna zajmować się kwestiami lokalnymi, czy też powinna to pozostawić władzom krajowym i władzom lokalnym.

Chciałem w związku z tym zwrócić Państwu uwagę na to, że w czasie tych debat pojawiło się również pytanie, czy ta zielona księga prowadzi do działań, które w jakimś sensie mają pomagać miastom, czy też prowadzi do działań, które mają zobowiązywać miasta do pewnych działań. Byliśmy zgodni, co do tego, czy powinny być to relacje wsparcia, czy pomocy. Pytanie, które jawi się dzisiaj w świetle spóźnienia – jaki cel miała Komisja Europejska przedstawiając zieloną księgę? Jaki miała długofalowy plan? Czy rzeczywiście chciała podjąć działania bardzo dynamiczne, czy chciała tylko sondować opinię w tej sprawie?

Wydaje się z przebiegu wydarzeń, że po pierwszej bardzo sceptycznej reakcji Komisja co nieco wyhamowała proces dalszych prac i w dalszym ciągu zastanawia się co zrobić z działaniem, które rozpoczęła. Najwyższy czas na jednoznaczne decyzje.

1-147

Saïd El Khadraoui (PSE). – Mevrouw de Voorzitter, collega's, mevrouw de commissaris, ik zou me willen aansluiten bij hetgeen reeds gezegd is door mijn collega's. Ik ben zeer ontgoocheld door uw antwoord. U zegt, de Commissie komt uiteraard met een aantal voorstellen inzake stedelijke mobiliteit. Dat is vanzelfsprekend, zou ik zeggen. Maar dat is niet wat wij gevraagd hebben. Wat wij vragen is een coherente visie, is een actieplan waarin gedetailleerd uiteengezet wordt welke maatregelen, welke voorstellen de Commissie zal lanceren de komende jaren, zodat we daar een debat over kunnen hebben, niet alleen onder elkaar, maar ook met het publiek en met alle mogelijke stakeholders en betrokken partijen.

Bijgevolg zou ik u toch willen vragen om verslag uit te brengen aan uw collega's, erop aan te dringen een en ander na dit debat in het Parlement te heroverwegen en toch heel snel vóór de verkiezingen, vóór de sluiting van dit Parlement, met een voorstel te komen.

Het is al meermaals door collega's gezegd: stedelijke mobiliteit is bij uitstek iets waarmee iedereen in Europa geconfronteerd wordt. In al onze steden hebben we met mobiliteitsproblemen te kampen. Op Europees niveau kan de Unie een heel positieve rol spelen om die problematiek en de daarmee samenhangende problemen op te lossen; als investeerder in nieuwe technologieën, als instantie die nieuwe technologische standaarden vastlegt en verspreidt, als autoriteit die bovendien het best geplaatst is om nieuwe ideeën en goede praktijken te verspreiden, die het uitwerken van mobiliteitsplannen kan stimuleren, die nieuwe financieringsmechanismen kan lanceren, enzovoort.

Bijgevolg, mevrouw de commissaris, zou ik er absoluut nog eens op willen aandringen om uw antwoord te heroverwegen en binnenkort als Commissie met een actieplan te komen.

1-148

Silvia-Adriana Țicău (PSE). – Planul de acțiune privind mobilitatea urbană este o necesitate pentru comunitățile urbane ale Uniunii. 67% din cetățenii europeni așteaptă dezvoltarea unei politici europene în acest sens.

Care este răspunsul pe care îl dăm cetățenilor europeni?

Costurile congestiei în traficul urban se ridică la aproximativ 1% din produsul intern brut european. Pentru a reduce poluarea în mediul urban și pentru a reduce congestia în trafic, trebuie să investim în transportul public și în sistemele inteligente de transport.

Anul trecut am aprobat raportul privind promovarea vehiculelor ecologice pentru transportul public.

Praga este capitala care a dat exemplu și a achiziționat anul trecut autobuze ecologice pentru transportul public urban, utilizând ajutoare de stat.

Solicit ca la revizuirea la mijloc de termen a cadrului de utilizare a fondurilor structurale Comisia să ia în considerare și mobilitatea urbană.

1-149

Androulla Vassiliou, *Member of the Commission*. – Madam President, I really appreciate your contributions. I shall certainly convey all your concerns to Vice-President Tajani, who, I know, remains committed.

The Action Plan is, in fact, included in the Commission's work programme for 2009, and I know that Vice-President Tajani is personally committed to progressing with the Action Plan. Therefore, I have no doubt that what you have said will be seriously taken into account by him. I know that the impact assessment has been completed and, as I said, the Action Plan is in the legislative programme and hopefully will proceed this year.

1-150

La Présidente. – Le débat est clos.

Déclarations écrites (article 142)

1-150-500

Krzysztof Holowczyc (PPE-DE), *na piśmie*. – W zielonej księdze z 2007 roku, Komisja zwraca uwagę na zasadność debaty, dotyczącej potrzeby swojego zaangażowania w problem zwiększenia mobilności w miastach UE, w oparciu o zasadę pomocniczości. Zgodnie z zasadą pomocniczości, Unia podejmuje działania w ramach swoich kompetencji tylko wtedy, gdy jej działanie okazuje się konieczne i gdy stanowi wartość dodaną do działania Państw Członkowskich. Celem zasady pomocniczości jest zapewnienie, że decyzje podejmowane są jak najbliżej obywatela poprzez ciągłe sprawdzanie, czy działanie do podjęcia na poziomie wspólnotowym jest uzasadnione w odniesieniu do możliwości, które istnieją na poziomie krajowym, regionalnym lub lokalnym. Będący w procesie ratyfikacji Traktat Lisboński dodatkowo wzmacnia rolę krajów członkowskich w określeniu zasadności angażowania Instytucji UE również na poziomie lokalnym.

W diskutowanym pakiecie działań możliwych do podjęcia w celu zwiększenia poziomu mobilności w aglomeracjach miejskich często rozdzielnie traktuje się innowacyjne technologie i inteligentne systemy transportu. Te dwa obszary powinny zostać synergicznie zespolone w celu uzyskania efektu zwiększenia przepustowości ulic, poprawy komfortu podróżowania i warunków ruchu, zmniejszenia czasu podróży i zużycia energii, redukcji emisji spalin, redukcji kosztów zarządzania taborom drogowym oraz kosztów związanych z utrzymaniem i renowacją nawierzchni czy wreszcie z poprawą bezpieczeństwa ruchu drogowego.

Biorąc pod uwagę powyższe, oparciem dla planu działań Komisji w sprawie mobilności miejskiej będzie ukończenie ratyfikacji Traktatu Lisbońskiego oraz realizacja programu Prezydencji Czeskiej, traktującej priorytetowo wzmocnienie funkcjonalności wewnętrznego rynku transportu UE.

1-151

16 - Révision de la communication sur la radiodiffusion - Aides d'État aux organismes de radiodiffusion publics (débat)

1-152

La Présidente. – L'ordre du jour appelle la question orale à la Commission sur la révision de la communication sur la radiodiffusion - Aides d'État aux organismes de radiodiffusion publics, de Cornelis Visser, Ivo Belet et Ruth Hieronymi, au nom de la commission de la culture et de l'éducation (O-0102/2008 - B6-0495/2008).

1-153

Cornelis Visser, *Auteur*. – Mevrouw de Voorzitter, mevrouw de commissaris, Eurocommissaris Kroes is hier vanavond helaas niet aanwezig vanwege een ongeluk. Vanaf deze plaats wil ik haar van harte beterschap wensen. Politiek gezien ben ik het echter fundamenteel oneens met haar voor wat betreft haar bemoeienis met de nationale publieke omroepen.

Afgelopen donderdag heb ik samen met collega's Ruth Hieronymi en Ivo Belet een EVP-ED-hoorzitting georganiseerd over de mededeling van de Commissie over de publieke omroepen. Ik kan u vertellen dat de aandacht van de sector en de lidstaten groot was. Ook het Directoraat-generaal mededinging was in grote getale aanwezig. Het onderwerp staat daar ambtelijk hoog op de agenda. De directeur-generaal mededinging was als panellid de hele ochtend aanwezig.

Voorzitter, zoals het Commissievoorstel voor een herziening van de regels voor de publieke omroepen nu is opgesteld, is het onacceptabel. De publieke omroepen spelen een cruciale rol bij het beschermen van de culturele diversiteit, taalkundige diversiteit en het media-pluralisme. Ik heb zware kritiek op de plannen van de Commissie. Allereerst moeten

we beseffen dat de publieke omroepen een nationale aangelegenheid zijn en dat daarom de nationale overheden en niet de Europese Commissie het beleid dienen te bepalen. Dit ligt ook duidelijk vast in het protocol over de publieke omroepen bij het Verdrag van Amsterdam. Lidstaten organiseren en financieren op hun eigen wijze de publieke omroepen. Door de plannen van commissaris Kroes worden het subsidiariteitsbeginsel en de bewegingsvrijheid van de lidstaten ernstig aangetast en vervangen door Europese bemoeienis. Ik ben zeer verbaasd dat zij als liberale commissaris deze weg inslaat.

Ten tweede maak ik me zorgen over het voorstel om een voorafgaande markttoets in te laten stellen door een onafhankelijke toezichthouder. Hierbij krijgen de commerciële zenders een belangrijke inbreng. Is dat de bedoeling? Een markttoets zal hoe dan ook extra bureaucratie tot gevolg hebben. Het is maar zeer de vraag of de kleinere omroepstelsels aan voldoende mankracht kunnen komen en wie zal de extra kosten betalen? Moeten de omroepen deze betalen? De belastingbetaler? Dit is in kleine lidstaten niet reëel. Bovendien is de toets zeer gedetailleerd; enige flexibiliteit in het voorstel ontbreekt. Het gevolg zal zijn dat lidstaten niet langer in staat zijn om het beleid en de procedures te volgen die aansluiten bij hun nationale systemen. Het is ook maar zeer de vraag of de voorafgaande beoordeling van de marktimpact en de publieke waarde van de nieuwe diensten de commerciële concurrenten niet te veel op voorsprong zet.

Ten derde baart het voorstel mij zorgen, omdat de publieke omroepstelsels niet in elke lidstaat hetzelfde zijn georganiseerd. Er is sprake van technologische diversiteit en er zijn verschillen in uitzendsystemen, organisatie en omvang. Daarnaast zijn er nog verschillen op het gebied van taal en cultuur. De regel die in het verslag wordt voorgesteld "*One size fits all*" gaat in dit geval zeker niet op. Het voorstel houdt hier geen rekening mee.

Na het uiten van mijn zorgen, wil ik u nog even op de hoogte brengen van de hoorzitting van afgelopen donderdag van de EVP. De houding van de Commissie was namelijk zeer positief. De Commissie gaf toe dat de voorstellen wellicht overgedetailleerd zijn en dat de tekst aanpassing behoeft. De directeur-generaal gaf mij de boodschap mee dat de definitieve mededeling zou kunnen worden uitgesteld tot na 5 maart, de dag waarop de Commissie cultuur een tweede hoorzitting rondom dit onderwerp organiseert. Na afloop van de hoorzitting zei de directeur-generaal dat de Commissie op basis van deze nieuwe informatie wellicht een nieuwe *draft* zou moeten maken, voordat ze met een definitieve mededeling komt. Dat was een heel goed resultaat.

U begrijpt, Voorzitter, dat ik blij verrast ben door deze toezeggingen. Dit betekent namelijk dat de Commissie de ogen opent en bereid is om te luisteren naar de stem van de sector, de lidstaten en het Parlement. Heel goed.

Ik wil de Commissie nog een paar vragen stellen. Allereerst, wil de Commissie vasthouden aan die vooraf gedetailleerde markttoets, uitgevoerd door een onafhankelijk toezichthouder - een vraag die u misschien kunt doorgeven aan commissaris Kroes - ziet de Commissie af van die onafhankelijke toezichthouder en die voorafgaande markttoets of wil zij daar toch aan vasthouden?

Mijn tweede vraag: hoe wordt de technologische neutraliteit gegarandeerd? Betekent de tekst van het voorstel niet dat er een verschil wordt gemaakt tussen de huidige diensten van de publieke omroepen en de nieuwe mediadiensten?

Derde vraag, naar aanleiding van de opmerking van de directeur-generaal mededinging: is de Commissie bereid op basis van de nieuwe informatie een nieuw voorstel op te stellen?

Vierde vraag: hoe gaat de Commissie om met de uitspraak van het Hof in de Deense TV2-zaak? Wordt deze meegenomen in het nieuwe voorstel? Zo niet, hoe wordt deze dan omgezet?

En ten slotte een laatste vraag: is de Commissie bereid het Parlement bij het vervolgtraject te betrekken en de verdere discussie met het Parlement af te wachten?

Ik hoop op een goede samenwerking tussen Europees Parlement, Europese Commissie en de lidstaten ten einde tot de definitieve versie van de mededeling te komen.

1-154

Androulla Vassiliou, Member of the Commission. – Madam President, as has already been mentioned, my colleague Ms Kroes had a small accident so that is why she cannot be with us.

On 4 November 2008 the Commission published, for consultation until 15 January, a draft new broadcast communication. We are serious about the process of wide consultation. Parliament's Committee on Culture and Education has scheduled a hearing for 5 March and, as has already been mentioned, the PPE-DE Group already held such a hearing on Thursday, last week, in the presence of the Director-General for Competition, Philip Lowe.

This dialogue between the Commission and Parliament is important. We stand ready to listen and to reply to your questions. We also know that Parliament agreed in September 2008 that state aid to public broadcasters should be delivered so that they fulfil their function in a dynamic environment, avoiding the use of public funding for reasons of political or economic expediency. This concurs with our views; both public and private broadcasting are important. The dual system of broadcasting is an answer to Europe's media landscape which must be safeguarded on all platforms.

The draft broadcasting communication therefore seeks to consolidate the Commission's state aid case practised since their existing 2001 communication. The draft ensures that our rules reflect the rapidly changing new media environment. The objective of modernising the communication is to increase transparency and legal certainty. The draft communication clarifies that public broadcasters shall provide audiovisual services on all media platforms while leaving private operators sufficient incentives to stay in the market. This is ensured by the so-called Amsterdam test, which balances the value and the negative effects of publicly financed media services at the national level.

Why do we have these tests? Because having these tests at the national level helps to avoid Commission intervention. The Commission increasingly receives complaints about borderline cases where a public media activity may have no clear value for citizens but where the market impact appears considerable. The Commission, however, feels that repeated interventions in this sector would not be in the spirit of subsidiarity. This is why we want Member States to share the Commission's responsibility for controlling the market impact of state finance media services.

The Amsterdam test will ensure that new media services of public broadcasters satisfy the social, democratic and cultural needs of viewers and listeners while limiting the collateral damage for state aid for private operators to a minimum. We cannot agree that the Amsterdam test would involve an unjustifiable administrative burden. Of course, any test involves work but the minimum effort we require is reasonable and necessary. Firstly, the test is only foreseen for important and truly new services; and here our draft leaves a large margin of appreciation to Member States. Each Member State can decide when a new audiovisual service actually merits being tested. Secondly, the draft exempts pilot projects from the test. Public broadcasters can therefore continue experimenting with new media without any preliminary tests. Thirdly, the draft leaves Member States full freedom to choose their adequate procedures and institutions which apply the test. It is finally worth mentioning that smaller Member States, such as Belgium and Ireland, already implement such tests. The solutions found in these countries are proportionate to the resources available. As the test is quite broad there is also no possibility of infringing on editorial freedom. The test merely requires that a public media service satisfies the social, democratic and cultural needs of society and that its impact on the market is commensurate. To safeguard editorial independence we also open the possibility in the draft that, under certain conditions, the test is done by a public broadcaster itself.

In summary, I would say the Amsterdam test should be seen as an opportunity rather than as a threat. It will help to maintain media pluralism in the new media environment by safeguarding fairness and certainty for both commercial media, including online newspapers and our excellent public media.

1-155

PRESIDÊNCIA: Manuel António DOS SANTOS
Vice-Presidente

1-156

Ivo Belet, *namens de PPE-DE-Fractie*. – Voorzitter, beste collega's, mevrouw de commissaris, goedenavond, ik zou u vooral willen vragen om onze wensen van beterschap over te brengen aan mevrouw Kroes, uw collega, want wij hebben begrepen dat zij op een gladder ondergrond uit de bocht is gegaan. Wij hopen uiteraard dat mevrouw Kroes zo snel mogelijk weer terug bij ons is.

We gaan er uiteraard mee akkoord, mevrouw de commissaris, dat u er als Commissie garant voor staat en er ook in de toekomst garant voor wilt blijven staan dat er een gelijk speelveld is voor alle actoren op het audiovisuele veld, te weten voor zowel de publieke als de particuliere omroepen. Het is cruciaal voor een evenwichtig aanbod en het komt overigens de kwaliteit alleen maar ten goede.

Maar wat de Commissie nu voorstelt en wat collega Visser al heel duidelijk naar voren heeft gebracht, staat daar haaks op om diverse redenen. Ik wil vooraf even een kleine kanttekening maken, mevrouw de commissaris, bij wat u zoniet zei, dat die markttoets zoals u die voorstelt nu al in o.a. België wordt toegepast; wel, voor een deel is dat waar, voor een deel is dat ook niet waar. Die markttoets, zo'n impactanalyse wordt inderdaad voor een deel al toegepast, o.a. door de omroepen zelf, maar niet volgens de modaliteiten zoals die worden voorgesteld in het door de Commissie ingediende voorstel; dat ziet er toch wel enigszins anders uit.

Ik wil u nog even zeggen wat onze bedenkingen bij het voorstel zijn. Mijn belangrijkste bezwaar is dat het vloekt met de Lissabon-strategie. Het is vandaag immers zo dat het in heel wat lidstaten uitgerekend de publieke omroepen zijn die de katalysator en de stimulator zijn van de innovatie in de media. Dat moet uiteraard zo blijven. Ik denk dat wat we nu doen met de administratieve betutteling die innovatie afremt, een verkeerde weg inslaan. Een ontwikkeling van nieuwe platformen, met name in de digitale context, op het breedband, op het internet enz., kost heel veel geld; dergelijke investeringen kun je het best zo breed mogelijk spreiden en gezamenlijk ontwikkelen. Particuliere en publieke omroepen kunnen dan samen op een gemeenschappelijk platform inhoud aanbieden en het is op het vlak van de inhoud dat de concurrentie zou moeten spelen, zodat de consument er maximaal van kan profiteren.

Maar versta ons niet verkeerd: we staan 100% achter een evenwichtige concurrentieverhouding tussen de publieke en particuliere omroepen. Er moet ruimte zijn voor beide om met kwaliteitsinhoud te komen. En dat de publieke omroepen daarbij verantwoording moeten afleggen over het geld, het overheidsgeld, waarmee ze omgaan, waarmee ze werken, is duidelijk; we zijn er echter van overtuigd dat deze manier niet de beste manier is. In dit verband zij gewezen op het Britse voorbeeld van de BBC, waar men allianties voorstelt tussen verschillende partners op het vlak van exploitatie, productie en distributie. Ik denk dat dat een goed voorbeeld is en ik verwacht van de Commissie op een zeer voluntaristische manier in die richting verder te willen meedenken.

1-157

Κατερίνα Μπατζελή, *εξ ονόματος της ομάδας PSE*. – Κύριε Πρόεδρε, κυρία Επίτροπε, η αναθεώρηση των βασικών κατευθυντήριων γραμμών για τις κρατικές ενισχύσεις στα δημόσια οπτικοακουστικά μέσα, η οποία προωθήθηκε από τη Γαλλική Προεδρία, αποτελεί μία εξαιρετικά επίκαιρη συζήτηση τόσο για το εσωτερικό πολλών κρατών μελών όσο και για τη θέση των μέσων μαζικής ενημέρωσης σε ένα ευρωπαϊκό και διεθνές επίπεδο.

Ταυτόχρονα, όμως, με την αναθεώρηση του πακέτου για τις τηλεπικοινωνίες, όπου ουσιαστικά αναδιαρθρώνονται σε ευρωπαϊκό επίπεδο ο τρόπος και τα κριτήρια διανομής του ραδιοφάσματος, καταδεικνύεται ότι οι κανόνες που διέπουν τη χρηματοδότηση των οπτικοακουστικών παρόχων έχουν πλέον ουσιαστική σημασία για τη μελλοντική ρύθμιση ή απορρύθμιση των υπηρεσιών που σχετίζονται με την κοινωνία της πληροφορίας, την καινοτομία, αλλά και τις υπηρεσίες δημόσιου και οικονομικού συμφέροντος. Αυτό είναι το πολιτικό ζήτημα το οποίο ουσιαστικά καλούμαστε να επιλύσουμε.

Είναι σαφές ότι η συζήτηση περί κρατικής χρηματοδότησης επικεντρώνεται κατ' αρχήν στους λεγόμενους δημόσιους παρόχους ραδιοτηλεοπτικών υπηρεσιών, όπως αυτοί ορίζονται από το κάθε κράτος μέλος, δεδομένων των ουσιαστικά μικρότερων πόρων που έχουν στη διάθεσή τους, αλλά και πρωτίστως του σημαντικού ρόλου κοινής ωφελείας που τους έχει ανατεθεί. Ο σημαντικός ρόλος των ραδιοτηλεοπτικών οργανισμών αναφέρεται στη Σύμβαση της UNESCO, στο Πρωτόκολλο του Άμστερνταμ αλλά και στην ανακοίνωση της Επιτροπής του 2001. Ήδη υπάρχει δηλαδή μία πλατφόρμα όπου ορίζεται σαφώς ο ρόλος των δημόσιων μέσων μαζικής ενημέρωσης.

Έχει ανοίξει όμως ο φάκελος της συζήτησης των κρατικών ενισχύσεων. Και θα πρέπει να λάβουμε υπόψη ορισμένα νέα δεδομένα, όπως ορίσατε, αλλά και ορισμένες ενέργειες που δημιουργούνται ηθελήμενα ή αθέλητα, λόγω της σύγχυσης η οποία υπάρχει πολλές φορές μεταξύ δημόσιων και ιδιωτικών φορέων.

Θα ήθελα να αναφέρω ορισμένα ζητήματα: πρώτον, το θέμα του ορισμού της εντολής δημόσιας υπηρεσίας δεν θα πρέπει να συγχέεται με το θέμα του χρηματοδοτικού μηχανισμού που επιλέγεται για την παροχή αυτών των υπηρεσιών. Ενώ η δημόσια τηλεόραση μπορεί να ασκεί εμπορικές δραστηριότητες, όπως την πώληση διαφημιστικού χρόνου, προκειμένου να επιτύχει ορισμένα έσοδα, αυτό έχει καταδικαστεί από ορισμένες κυβερνήσεις, όπως από τη Γαλλική Κυβέρνηση, και ανατρέπεται με βάση την εθνική νομοθεσία.

Από την άλλη πλευρά, οι εμπορικοί ραδιοτηλεοπτικοί φορείς που υπόκεινται στην υποχρέωση παροχής δημόσιας υπηρεσίας διαδραματίζουν και αυτοί σημαντικό ρόλο. Η συνύπαρξη ιδιωτικών και δημόσιων παρόχων υπηρεσιών αποτελεί βασικό συστατικό σημείο της ευρωπαϊκής αγοράς.

Θα ήθελα να κλείσω με ένα ακόμη θέμα: οι προτεινόμενες από την Επιτροπή εκ των προτέρων διαδικασίες εξέτασης των κρατικών ενισχύσεων θα πρέπει να μας προβληματίσουν, όχι διότι αναβάλλεται ή επικαλύπτεται η επικουρικότητα, αλλά διότι πρέπει να εξετασθεί εάν είναι συμβατές με τους όρους των κρατικών ενισχύσεων.

Τέλος, πρέπει να επισημανθεί ότι το θέμα των εθνικών ενισχύσεων στους ραδιοφωνικούς σταθμούς και τα μέσα μαζικής ενημέρωσης θα πρέπει να εξετασθεί στα πλαίσια των διεθνών σχέσεων, διότι οι ευρωπαϊκοί οργανισμοί έχουν να ανταγωνισθούν διεθνείς κολοσσούς και μία αυστηρή νομοθεσία θα βλάψει το ευρωπαϊκό γίγνεσθαι και το κοινωτικό κερκτημένο.

1-158

Ignasi Guardans Cambó, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor Presidente, voy a intentar ser breve y, obviamente, empiezo mis palabras mandando también el saludo más afectuoso a la Comisaria Kroes, con el deseo de que se recupere de esa caída. Aquí, al menos, nos han puesto mucha sal en la puerta del edificio, pero veo que, en otros sitios, no había la suficiente sal.

El debate que tenemos es tremendamente importante y, por eso, en el fondo, el motivo fundamental del mismo es exigir, pedir a la Comisión que se implique al Parlamento. Ésta es la razón de ser de este debate; no es cerrarlo aquí, sino tener claro que antes de que se formalice esa comunicación de la Comisión, podamos contar realmente con un debate aquí y nos impliquemos todos.

¿Por qué? Porque lo que está aquí en juego no es sólo nuestro modelo de televisión; está en juego mucho más, porque ya las televisiones, como sabemos todos –y como supimos muy bien mientras debatimos la Directiva de servicios de medios audiovisuales– no son tal y como las conocíamos antes, sino que son, en realidad, elaboradores de contenidos, que

suministran a través de una plataforma lineal o no lineal; todo está perfectamente interactuado por un lado y por el otro. Por tanto, estar hablando del servicio público de radiotelevisión ya no se puede plantear como si este debate se estuviera planteando en los años ochenta o en los años setenta.

Por otro lado, es obvio que el debate tiene que tener lugar, que no todo lo que hoy se recubre con la etiqueta de servicio público es servicio público y que no todo lo que se hace con dinero público tiene el más mínimo sentido que se esté haciendo con dinero público en algunas televisiones, pero, al mismo tiempo –y eso es el eje de nuestra preocupación, creo, y entiendo que también de algunos de mis compañeros diputados–, las televisiones públicas tienen una inmensa importancia para proteger nuestra diversidad cultural y nuestra diversidad lingüística, y, en el fondo, para cohesionar nuestras sociedades, porque se supone que buscan algo más que la rentabilidad directamente.

Por tanto, ese equilibrio financiero hay que protegerlo. Hay que buscar modelos de financiación nuevos, debemos ser creativos y abrir ese debate, pero no podemos hacerlo de forma que pongamos en riesgo algo que es tremendamente importante para nuestras sociedades como son las actuales televisiones públicas.

1-159

Helga Trüpel, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, liebe Vertreter der Kommission, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Barroso-Kommission hatte als eines ihrer großen politischen Ziele angekündigt, europäische Überregulierung abzuschaffen. Bei den Vorschlägen, die Sie jetzt gemacht haben, muss man den Eindruck gewinnen, dass Sie gerade Überregulierung betreiben. Die Anhörung der PPE-Fraktion letzte Woche hat deutlich gemacht, dass es große Bedenken gibt, wie sehr Sie jetzt in die Kompetenzen der Mitgliedstaaten hineinregieren. Was jetzt auf dem Tisch liegt, hat den Geruch von Überregulierung, und das können wir nicht gut heißen.

Es ist richtig, dass wir eine Balance finden müssen zwischen den Entwicklungsmöglichkeiten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und des privaten Rundfunks. Aber das heißt auch – gerade im digitalen Zeitalter – dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk, der ja für Qualität, für kulturelle Vielfalt, für kulturellen und gesellschaftlichen Zusammenhang steht, im digitalen Zeitalter Entwicklungsmöglichkeiten haben muss. Das verlangen wir ja auch im Rahmen der Lissabon-Strategie. Wenn man dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk das aber nicht ermöglicht, dann machen Sie ihn zu einem Dinosaurier. Dann wird er sich nicht gut entwickeln können.

Wenn wir an unsere Wirtschafts- und Finanzkrise denken, haben wir alle verstanden, dass man Märkte regulieren muss. Sozial und ökologisch regulieren, das ist keine Position gegen Märkte, sondern für faire Märkte – und das sind regulierte Märkte. Das gilt auch für das Verhältnis, in dem sich Private und Öffentlich-Rechtliche in Zukunft, wenn wir denn den Erfolg in der digitalen Welt wollen, entwickeln können.

1-160

Erik Meijer, *namens de GUE/NGL-Fractie*. – Voorzitter, al 80 jaar heeft de publieke omroep de taak om het publiek veelzijdig te informeren. Het voortbestaan van die omroep wordt mogelijk door inzet van door de overheid verstrekt geld dat eventueel wordt opgebracht via een afzonderlijke belastingheffing op het kunnen horen of zien van radio en televisie. Eventueel kunnen deze middelen worden aangevuld met verenigingscontributies van leden van omroeporganisaties, zoals dat vanouds in Nederland gebeurt.

Daarnaast is in de afgelopen decennia de publieke omroep door overheden aangemoedigd om ook zelf geld te gaan verdienen. Dat gebeurt niet alleen door reclamezendtijd, maar ook door veel van het door de omroep verzamelde informatiemateriaal beschikbaar te stellen in de vorm van boeken en van beeld- en geluidsmateriaal. De verwachting is dat daardoor de band met de kijkers en luisteraars wordt versterkt, nieuwe doelgroepen worden bereikt en de kosten voor de overheid worden beperkt. Die in de loop der jaren verruimde taak levert geen problemen op zolang er geen commerciële omroep is die zich in zijn belang geschaad voelt.

Vanuit het perspectief van commerciële zenders, kan de veel oudere publieke omroep worden gezien als een concurrent die sterk wordt bevoordeeld, doordat deze kan beschikken over uitkeringen uit belastinggeld. De vraag is nu of voortaan het bestaansrecht van publieke omroepen niet langer in de eerste plaats moet worden afgeleid van hun nut voor de samenleving als geheel, maar van de mogelijke marktverstoring voor commerciële zenders. Publiek belang en particuliere belangen botsen niet meer. Daardoor krijgt de Europese Commissie te maken met tegenstrijdige wensen.

De toekomst van de publieke omroep komt in gevaar als de speelruimte ervan wordt ingeperkt in het voordeel van de ruimte voor winsten van commerciële bedrijven. Nóg slechter wordt het als dat gebeurt buiten dit Parlement om en ook de nadrukkelijk uitgesproken bezwaren van 19 van de 27 regeringen van de lidstaten worden afgewezen.

In de afgelopen jaren heb ik de Commissie een aantal keren gevraagd om van dit heilloze voornemen af te zien. Dat lijkt mij de enige mogelijke oplossing gezien de brede verontrusting die daarover nu ontstaat. Bovendien gaat het om de bevoegdheid van de lidstaten, niet van de Europese Unie. Ik kan me aansluiten bij de vragen en de stellingname van de heer Visser en de overige sprekers.

1-161

Μανώλης Μαυρομάτης (PPE-DE). – Κύριε Πρόεδρε, κυρία Επίτροπε, όπως υπογραμμίζουν οι συνάδελφοι που υπογράφουν την προφορική ερώτηση και όπως ανέφεραν αναλυτικότερα διακεκριμένοι ομιλητές στη δημόσια ακρόαση την περασμένη εβδομάδα στις Βρυξέλλες, είναι ανάγκη να δούμε όλοι μας τη δημόσια τηλεόραση ως ένα μέσο προσφοράς στους πολίτες που, σε ένα μεγάλο βαθμό, θα ανταποκρίνεται στις υποχρεώσεις λειτουργίας της.

Ο δημόσιος διάλογος, η ανεξάρτητη εποπτική αρχή, καθώς και η ποικιλομορφία των προγραμμάτων, σύμφωνα με την ιστορία και τον πολιτισμό κάθε κράτους μέλους, είναι ανάγκη να προστατευθούν μετά την ανάπτυξη των νέων τεχνολογιών και του πλήθους των οργανισμών που αναφύονται καθημερινά.

Στο πλαίσιο του υγιούς ανταγωνισμού, η Επιτροπή είναι ανάγκη να αναδείξει καινούργιους τρόπους προστασίας του δημόσιου συμφέροντος και της δημόσιας τηλεόρασης.

Κατά κύριο λόγο, πρέπει να γίνει σαφής ο καθορισμός της δημόσιας αποστολής των ραδιοτηλεοπτικών φορέων· να γίνει καλύτερη εκτίμηση των κρατικών ενισχύσεων· αλλά και, όσον αφορά τον κανόνα της διαφάνειας, είναι ανάγκη να μην επιβάλλονται άσκοπες διοικητικές και οικονομικές επιβαρύνσεις στα κράτη μέλη και τους δημόσιους φορείς ραδιοτηλεοπτικών υπηρεσιών στην εκ των προτέρων αξιολόγηση που πραγματοποιεί η Επιτροπή.

Πρέπει επίσης να καθιερωθούν αποτελεσματικότεροι μηχανισμοί ελέγχου στο νέο περιβάλλον των μέσων μαζικής ενημέρωσης. Επιπλέον, δεδομένου ότι οι δημόσιες ραδιοτηλεοπτικές μεταδόσεις παίζουν καθοριστικό ρόλο στην πολιτισμική και γλωσσική πολυμορφία, είναι υποχρεωμένα όλα αυτά τα μέσα, αλλά και οι δημόσιοι οργανισμοί και η τηλεόραση, να παρέχουν προγράμματα ποιότητας και, ταυτόχρονα, στο πλαίσιο του ανταγωνισμού με άλλους συναφείς φορείς, πρέπει να δύνανται να ανταποκρίνονται θετικά στις προκλήσεις των καιρών μεταδίδοντας γεγονότα παγκόσμιου ενδιαφέροντος, όπως οι Ολυμπιακοί Αγώνες, το Παγκόσμιο Πρωτάθλημα, κλπ., κάτι το οποίο σήμερα, δυστυχώς, τείνει να ανατραπεί από το γεγονός και μόνον ότι η δημόσια τηλεόραση, καθώς οι ιδιωτικοί φορείς διαθέτουν περισσότερα χρήματα, δεν μπορεί να ανταποκριθεί στο κόστος. Κατά συνέπεια οι πολίτες δεν θα μπορούν να παρακολουθούν αυτά τα γεγονότα μαζί με τα υπόλοιπα προγράμματα.

Ολοκληρώνοντας, θα ήθελα να επισημάνω ακόμη ότι οι σημερινές προσφορές της αγοράς και τα συμφέροντα των εμπορικών μέσων ενημέρωσης στον καθορισμό του πεδίου αρμοδιότητας και της δραστηριότητας των δημόσιων φορέων ραδιοτηλεόρασης δεν είναι, κατά την ίδια εκτίμηση, προσκείμενα στο γενικότερο συμφέρον, με ελάχιστες φυσικά εξαιρέσεις. Και αυτό η Επιτροπή θα πρέπει να το λάβει σοβαρά υπόψη.

1-162

Maria Badia i Cutchet (PSE). – Señor Presidente, señora Comisaria. También me uno a los deseos de una pronta recuperación de la señora Kroes.

Me gustaría hacer algunos comentarios generales en relación a la revisión de la Comunicación sobre radiodifusión. En primer lugar, quiero decirles que considero positiva esta revisión, iniciada por la Comisión, en la medida en que permitirá adaptar el contenido de la Comunicación del año 2001 a los cambios producidos tanto en el terreno tecnológico como en el propio ordenamiento comunitario.

También, porque mantiene los ejes esenciales de la Comunicación de 2001, que reconocen el papel imprescindible de los servicios públicos de radiodifusión a la hora de garantizar la calidad democrática y el pluralismo. Me refiero básicamente a los principios de la definición y delimitación por parte de los Estados del abasto y contenido de las misiones de servicio público asumidas por parte de las entidades públicas correspondientes, así como la libertad de escoger el modelo de financiación, evitando distorsiones de la libre competencia.

Asimismo, cabe señalar la atribución del cumplimiento de esta misión a una entidad o corporación específica mediante una resolución formal y la existencia de una supervisión externa e independiente de esta misión y, aquí, enfatizo el papel central de las autoridades de regulación del sector audiovisual.

En relación a las novedades más destacadas de la propuesta, valoro positivamente los controles *ex ante* a la prestación de nuevos servicios por parte de radiodifusores públicos, pero siempre que se mantenga el suficiente grado de flexibilidad que permita su adaptación al modelo institucional de cada Estado, así como su adopción progresiva.

Por último, pienso que hay que examinar con una especial cautela la posibilidad de que determinadas prestaciones incluidas dentro del servicio público audiovisual puedan ser objeto de remuneración o contraprestación económica por parte de los ciudadanos que las disfrutan, habida cuenta del carácter gratuito y universal que tradicionalmente ha prestado el servicio público audiovisual y de los riesgos de exclusión que podrían desencadenarse en caso de aceptación de esta modalidad de financiación. Espero que la Comisión tenga en cuenta estos comentarios.

1-163

Ieke van den Burg (PSE). – Mr President, it is clear that the issue at stake here is the tension between the public interest and its role in society against the impact on fair competition and the functioning of the internal market. The borders between public service broadcasting and private broadcasting, but also other media, are increasingly blurred and this is particularly the case when new media such as internet, iPods, SMS etc. are at stake.

As some people have said, public broadcasting is often the leading actor in innovation in services, but it is clear that this is an impact which is cross-border and across media sectors. Therefore, it is important to have consistency between the broadcasting communication and the general framework of services of general economic interest. This is an important issue which we have dealt with in Parliament's Committee on Economic and Monetary Affairs. In particular, the PSE Group Members on this committee have stressed that it is important to create more legal security for services of general economic interest, and we would like to see a framework directive and sector legislation on this decided at a political level.

The consultation on the draft communication, which is now before us and has been presented by the Commission, can be commented on until 15 January, and it is important to give a clear signal again that this more horizontal general framework would be an important tool to place discussions like this discussion on public broadcasting in a broader context.

It is important to see who decides the rules and what balance exists in the rules between market interests and public interests. I have the implicit feeling that the market test mentioned in the communication should give primacy to market and commercial considerations instead of these public considerations. This was our intention with the new horizontal rules on services of general economic interest.

I am a bit surprised that the PPE-DE Group is now focusing so much on these specific issues, whereas they were quite hesitant in supporting our appeal for the more general framework. Here is a clear example – also in this case of broadcasting – that, if you do not have a broader clear framework which places more emphasis on and gives more dominance to the public interest aspects, it is always the market interest that will dominate in this type of discussion.

I would like to take the opportunity to repeat our appeal for this framework of service of general economic interest, which, horizontally, should reinstate the balance between those interests in favour of the public interest.

1-164

Emine Bozkurt (PSE). – Voorzitter, publieke omroep staat voor pluriformiteit, diversiteit, culturele diversiteit in Europa, hart van de democratie - ik heb het niet zelf bedacht, de Commissie zegt dit ook - en de publieke omroepen zijn van nationaal belang. Nu zijn er plannen voor een markttoets vooraf voor met name de nieuwe media-activiteiten. Ik denk niet dat het een goed idee is, omdat Brussel niet van tevoren moet willen dicteren hoe lidstaten hun publieke diensten inrichten. Hoe het publieke belang gediend wordt, moet mijns inziens op nationaal niveau beoordeeld worden en daarvoor is een verplichte markttoets niet noodzakelijk.

Ik wil verder ook iets zeggen over de bureaucratie. Ik denk dat het wel goed is om dingen te checken, maar we moeten ook uitkijken dat we niet meer regels, meer kosten gaan veroorzaken voor de verschillende lidstaten.

Verder, wat het aanbod betreft: ik denk dat we geen onderscheid moeten maken tussen oude en nieuwe diensten, want in de praktijk zie je ook dat die gewoon door elkaar heen lopen. Het is niet het een of het ander; televisieprogramma's gaan vaak gepaard met nieuwe diensten en andersom. Dus net zoals in Europa loopt dit ook door elkaar. Het gaat niet alleen om de markt, maar ook om het publieke belang van onze publieke omroepen, waarvoor iedereen, ook de Commissie, het belang onderschrijft. Ik wil graag van de Commissie horen of dit straks in de aangepaste versie van de mededeling terug te vinden zal zijn en of de verantwoordelijkheden daar worden neergelegd waar ze horen, namelijk bij de lidstaten, maar wel gepaard gaan met spelregels voor diensten van algemeen belang die opgesteld moeten worden in samenspraak met het Europees Parlement en de Raad.

1-165

Thomas Mann (PPE-DE). – Herr Präsident! Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist mehr als ein Wirtschaftsfaktor. Ich war beim EVP-Hearing letzte Woche in Brüssel dabei. Da hat man gemerkt, welchen Stellenwert Information und Vielfalt der europäischen Kultur und Bildung haben. Wenn 22 Mitgliedstaaten gegen die Überarbeitung oder Verschärfung sind, weil wir unterschiedliche Rahmenbedingungen und unterschiedliche Märkte haben, dann ist es doch falsch, eine umfangreiche Administration zu wollen, ein aufwändiges Prüfverfahren wie diesen obligatorischen Ex-ante-Test oder ein europäisches Hineinregieren mit einem voluminösen bürokratischen Entwurf.

Es gibt doch bereits Kontrollorgane des öffentlichen Rundfunks: die Rundfunkräte. Wir überwachen die Anpassung an technologische Veränderung, wir überwachen die Maßnahmen, damit man sich dem fairen Wettbewerb stellen kann. Ich gehöre einem solchen an, als Vertreter der föderalen Europa-Union beim Hessischen Rundfunk. Unsere Unabhängigkeit ist per Gesetz gewährleistet. Wir wiederum werden völlig zu Recht von der Öffentlichkeit kontrolliert. So funktioniert eine wirksame Medienpolitik.

1-166

Zuzana Roithová (PPE-DE). – Pane předsedo, stát souhlasí s mými kolegy, že státní podpora veřejnoprávnímu vysílání potřebuje legislativní vyjasnění. Nakonec potom v Evropském parlamentu už voláme dlouho. Ale chtěla bych upozornit i na další urgentní záležitosti, které bude muset Komise co nejdříve vyřešit. Z řady problémů zmiňuji tři. Za prvé je nutné jednoznačné uvedení společných televizních antén zejména na družstevních domech ve výjimkách podle článku 5 informační směrnice i pro digitální vysílání, což trápí miliony občanů nových členských zemí včetně České republiky. Za druhé je to podpora vyšší úrovně spolupráce národních rad pro rozhlasové a televizní vysílání ze strany evropských institucí, aby byla lépe aplikována ustanovení o veřejné službě. A za třetí vyšší koordinace národních dozorových orgánů pro televizní vysílání ohledně sankcí za nevhodné vysílání ohrožující mravní vývoj dětí a mladistvých.

1-167

Androulla Vassiliou, Member of the Commission. – Mr President, I thank you all for your very fruitful discussion, which I will certainly convey to my colleague Mrs Kroes.

Let me comment on some of your remarks. The Amsterdam Protocol points to the need to balance financing with state aid and effects on competition. We want Member States to take the lead on this, because otherwise we will have to do it in Brussels on the basis of complaints.

Our aim is to give Member States more possibilities to develop public service broadcasting, as long as the Treaty provisions on competition are respected. Public service broadcasting should continue to innovate, educate and, of course, entertain. The Commission agrees with these goals.

It is up to Member States to decide on how to finance public service broadcasting. This is clearly stated in the Amsterdam Protocol. Public broadcasters will be able to experiment freely with new projects. The draft communication makes clear that pilot projects are exempt from the tests. We have always recognised the possibility of providing funding for a public service mission, which includes a wide range of varied and balanced programming by public service broadcasters. This will also remain the case for the future.

The Commission also wants to guarantee a mixture of public and private. The Commission aims at promoting public broadcasters to benefit from new technologies in order to serve the social, democratic and cultural needs of society.

The Amsterdam test allows Member States to provide funding for new media services by public broadcasters. It protects the ability to keep up with changes in our fast-moving media environment. At the same time, it is also in the public interest to maintain the incentives for private operators. Innovation by both public and private broadcasters is important for realising the Lisbon objectives, and it goes without saying that public broadcasters will also remain free to launch any kind of new service on a commercial basis in the future without prior assessment.

I want to assure you that we take the consultation very seriously. We will review the text to take into account legitimate concerns. I will ask our services to take Parliament's and Member States' proposals into account as we review the draft.

1-168

Presidente. – O debate está encerrado.

1-169

17 - Relações comerciais e económicas com os Balcãs Ocidentais (breve apresentação)

1-170

Presidente. – Segue-se o relatório do Deputado Bastiaan Belder, em nome da Comissão do Comércio Internacional, sobre as relações comerciais e económicas com os Balcãs Ocidentais (2008/2149(INI)) (A6-0489/2008).

1-171

Bastiaan Belder, Rapporteur. – Mijnheer de Voorzitter, graag maak ik van de gelegenheid gebruik mijn verslag over de economische en handelsbetrekkingen met de Westelijke Balkan te presenteren.

Niet zonder reden ben ik dit verslag begonnen met het onderstrepen van het Europees perspectief van deze landen. De Unie kan niet blijven staan bij het trouwhartig herhalen van beloften uit het verleden, denk aan de Raad van Thessaloniki van 2003, met Europees perspectief voor de Westelijke Balkan. Nee, mijnheer de Voorzitter, de Westelijke Balkan is meer gebaat bij concrete daden en een op maat gesneden toetredingstraject dan bij welhaast plichtmatige retoriek.

Waarom hecht ik zo aan het toetredingsperspectief van deze landen? In de eerste plaats heeft de Unie naar mijn stellige overtuiging een ereschuld in te lossen. Ik denk alleen al aan het debat dat dit Huis later deze week, op woensdagavond, hoopt te houden over Srebrenica. De regio is bovendien van groot strategisch belang voor Europa. Wat stel ik in dit verslag concreet voor? Ik bepleit een verdere versterking van de CEFTA. Dit is een belangrijk hulpmiddel om de regionale integratie in het gebied te vergroten en dat is voor al deze landen weer een belangrijke voorbereiding op de integratie in de Europese markt en daarmee op de toetreding tot de Unie, fasegewijs, in drie fasen. De Europese Unie moet op een breed

front pre-toetredingssteun inzetten om het hervormingsproces in deze landen te stimuleren. Ook de lidstaten kunnen hierbij een belangrijke rol spelen door lokaal overheidspersoneel gericht te trainen. Hierdoor krijgen deze landen meer ambtelijke capaciteit om zelf ambitieuze projecten die voor EU-financiering in aanmerking komen, te formuleren.

Mijnheer de Voorzitter, toen ik met dit verslag begon, was mijn eerste activiteit een bezoek aan het departement voor economische zaken van mijn land in Den Haag; daar kreeg ik tot mijn genoegdoening te horen dat de *government to government approach* door de Nederlandse regering was geëntameerd en, dat heb ik ook in mijn verslag beschreven als een voorbeeld ter navolging, niet omdat het een Nederlandse *approach* is, maar omdat deze op maat gesneden is en voldoet aan verzoeken uit de regio Westelijke Balkanstaten zelf om zo het toenaderingsproces actief en gepast te ondersteunen.

Ik wil, mijnheer de Voorzitter, nog graag een concreet punt uit mijn verslag naar voren halen en dat is de energie-coöperatie met de Westelijke Balkan, me dunkt toch een hoogst actueel onderwerp. De regio kan vanwege haar strategische ligging een belangrijke rol gaan spelen in de doorvoer van ruwe olie en aardgas. De Unie moet serieus werk maken van een extern energiebeleid. Ik ben ook lid van de Commissie buitenlandse zaken; enkele jaren geleden al hebben wij een solide verslag aangenomen om te komen tot een Europees buitenlands beleid op energiegebied. Welnu, kijk naar de huidige situatie! De huidige situatie onderstreept deze oproep van het Europees Parlement richting de Commissie, richting de Raad. Brussel mag de eigen lidstaten toch niet in de kou laten staan, noch letterlijk noch figuurlijk.

Ten slotte, mijnheer de Voorzitter, als oud-journalist heb ik veel op de Balkan gereisd. Ik heb dus veel empathie, veel betrokkenheid met de regio. In het kader van mijn verslag heb ik ook mijn reisbudget gebruikt voor studiereizen; samen met de Commissie internationale handel, met name met haar medewerker, Roberto Bendini, en mijn eigen medewerker Dick Jan Diepenbroek, hebben wij nuttige reizen gemaakt richting Servië, richting Kosovo en volgende week hoop ik naar Albanië te gaan. Kortom, dit verslag sluit ik vanavond al af, maar voor mij is het werk nog lang niet klaar en ook niet voor de Europese instellingen. Wanneer wij ons inzetten om de regio dichterbij Brussel te brengen en dat daadwerkelijk tonen door ons engagement, door actieve steun, dan kunnen wij terecht ook eisen dat het hervormingsproces, de toelating de eigen inzet dubbel en dwars waard is en dat moet dan ook getoond worden. Ik heb met buitengewoon veel plezier aan dit verslag gewerkt en ik hoop dat dit een vervolg krijgt in aparte verslagen voor de afzonderlijke landen van de Westelijke Balkan.

1-172

Androulla Vassiliou, Member of the Commission. – Mr President, first of all let me congratulate Mr Belder for this very good report. Your report comes at a time when the Western Balkans are moving closer and closer to the EU and provides a comprehensive overview of the issues at stake in EU-Western Balkans economic and trade relations. Allow me to focus on some points highlighted in your report.

The Western Balkans, as a region, is a key and valuable partner for the EU. The last Commission communication on the Western Balkans in March 2008 reiterates the EU's strong commitment to the European perspective of the region and confirms, among other things, the importance of the Central European Free Trade Agreement for the economic development of the region. The Commission agrees with the rapporteur that the perspective of EU membership can act as a catalyst for sustainable economic development and for securing peace and stability within the region. The Commission also agrees that the individual fulfilment of the Copenhagen criteria is of the utmost importance when judging the readiness of countries in the region to join the EU. The EU is the Western Balkans' main trading partner. Deeper economic ties between the EU and the region are therefore vital for boosting the region's economic growth.

As rightly pointed out in your report, trade liberalisation and integration is a cornerstone in the stabilisation and association process, and the EU has pursued this objective with the Western Balkans at three levels.

Firstly, at the bilateral level, the EU has granted unilateral trade preferences to the Western Balkans since 2000 so as to facilitate the access of their exports to the EU markets. The Commission has negotiated free trade agreements as part of the stabilisation and association agreements to create the conditions for political and economic reforms and to set the basis for the integration of the Western Balkans into the EU, for example by means of alignment to the *acquis*.

Secondly, at the regional level, the European Commission acted as a facilitator in the negotiations on the Central European Free Trade Agreement (CEFTA) and decided to provide financial support and technical assistance to the CEFTA Secretariat and to the parties to help implement the agreement. At the same time, the European Commission values highly the regional ownership of the agreement and acknowledges that CEFTA is fundamental for deeper regional economic integration and for preparing the ground for the eventual full participation of the Western Balkans in the EU single market. Moreover, CEFTA created all the necessary structures to discuss trade-related issues at the regional and bilateral level. This is essential for facilitating and deepening regional cooperation and good neighbourly relations. The European Commission will continue to monitor implementation of the CEFTA and will continue to report on this in its yearly report on the accession and pre-accession process.

Thirdly, at the multilateral level the Commission has supported the accession of the countries in the region to the World Trade Organisation as this is an absolutely fundamental step for effective participation in the globalised economy. The EU has mobilised all available policy instruments to support the countries of the Western Balkans in their endeavours for reforms and regional cooperation. The instrument for pre-accession assistance is important for addressing the region's long term development needs. The total funding for the current financial framework for 2007-2013 is EUR 11.5 billion. Last but not least, the European Commission has started dialogues with all the countries concerned in the region to establish roadmaps for lifting the visa regime.

In the light of what has been said, let me assure you that the Commission is taking all the necessary steps to enhance trade relations and to bring the Western Balkans' economy as close as possible to the EU. In conclusion, I wish to congratulate the rapporteur again for this good report and I am pleased to say that the Commission shares its general approach.

1-173

Presidente. – Este ponto é dado por encerrado.

A votação terá lugar na terça-feira, às 12 horas.

Declarações escritas (artigo 142.º)

1-174

Călin Cătălin Chiriță (PPE-DE), în scris. – Îmi exprim susținerea și aprecierea pentru raportul prezentat de dl Belder, deoarece recomandă măsuri economice concrete vizând perspectiva europeană a popoarelor din Balcanii de vest. Doresc să vă supun atenției trei idei:

1. Trebuie să recunoaștem cu realism că Serbia reprezintă un actor-cheie pentru succesul Procesului de Stabilizare și Asociere, iar UE trebuie să facă eforturi în continuare pentru a câștiga încrederea și prietenia durabilă a poporului sârb.
2. Pe viitor să nu se mai admită tendințe separatiste etnice și proclamații unilaterale ale independenței unor teritorii, precum Kosovo, Oseția de Sud, Abkhazia, Transnistria, Nordul Ciprului etc. Principiul integrității teritoriale a statelor este sacru și trebuie respectat pe viitor.
3. În același timp, trebuie să susținem cu tărie respectarea la standarde europene a drepturilor persoanelor aparținând minorităților naționale din statele Balcanilor de vest, inclusiv drepturile comunităților vorbitoare de limba română din Valea Timocului, Vojvodina, Istria și Fosta Republică Yugoslavă a Macedoniei. Aceste drepturi trebuie respectate, excluzând orice tendințe de autonomie teritorială pe criterii etnice și de pretenții la drepturi colective etnice, tendințe care și-au dovedit deja potențialul conflictual și generator de războaie sângeroase.

1-175

18 - A PAC e a segurança alimentar mundial (breve apresentação)

1-176

Presidente. - Segue-se o relatório da Deputada Mairead McGuinness, em nome da Comissão da Agricultura e do Desenvolvimento Rural, sobre a Política Agrícola Comum e a segurança alimentar mundial (2008/2153(INI)) (A6-0505/2008).

1-177

Mairead McGuinness, rapporteur. – Mr President, when I initiated this report the issue of global food security was very high on the political agenda and, to some extent, it has slipped from the highlights. But it is certainly an issue that is of concern because there are still upwards of one billion people globally who suffer hunger or malnutrition. Thirty thousand children die of hunger and poverty-related illnesses a day. These are horrific statistics and it makes the issue of how we produce sufficient food and give people access to that food a key issue.

I would like to thank the Commission for working with me in drafting this report and also the very many committees in the House, in particular the Committee on Development, which were obviously involved in its production.

In four minutes it is impossible to do justice to what is in the report, but let me just highlight some of the issues which I believe are of importance. Firstly, the fact that I have put the common agricultural policy and global food security in the one heading suggests that the old practice of bashing the common agricultural policy and blaming it for all the ills of the developing world has moved on, and that we are now aware that the common agricultural policy has provided food security for European citizens, and that as a model it can provide lessons for what we need to do in the developing world in terms of food production.

It is very clear that we have allowed agriculture development to slip down the political and development agenda over the last decade or so. There was a time when much of our development aid money went to stimulating agriculture and to

projects on food production. That is not the case today, although I think, since the food price hike, we are beginning to refocus on agriculture, both in the EU and globally.

That means allowing those countries which have the resources to grow food to do that, to help them and their small-scale farmers produce food locally to meet their needs. It involves not just the provision of the basis ingredients of food production, such as seeds and fertilisers, but also the know-how, the advisory services, the assistance to farming families in the developing world to allow them to produce to meet their own needs.

It can be done. We have examples of Malawi and other countries that have managed to come from situations of extreme famine to producing food. It takes public policy initiatives to do it. It also requires that the European Union, given its huge involvement in the developing world, urges countries to look at their agriculture and begin stimulating food production in their own countries.

The issue of supply and demand is a very delicate one because there is a growing world population – it will increase by 40% by 2050 – so we are going to have to look at these issues. The problem of competition – as we have witnessed – between food production, feed production and fuel, is obviously a key concern. I suppose, driving all of this, we need to look at the issue of research and development.

I believe that we have not done enough in terms of research and development. We, in Europe, had looked towards producing less food and therefore perhaps had not looked at the need to look at the efficiencies of agricultural production and the need to produce more into the future.

One of the key messages that I really want to get across in the short time I have is to say that farmers worldwide will produce food if they can make an income from doing it, so the pressure on policymakers is to get that right, to provide the policies that will give farmers stable incomes. How do we do that? By providing stable prices and also looking at the costs of food production. Unless farmers get that income stimulus, they will pull back.

I give a warning. Well over a year ago we were talking about high commodity prices. Today there are surpluses of grain, for example, in store and no market for them. Those farmers will not produce as much in the next season, and that could exacerbate the longer-term problem of global food security.

There is a lot in this report. I hope colleagues can support it and again I thank the many people who took a great interest in it.

1-178

Androulla Vassiliou, *Member of the Commission*. – Mr President, the Commission welcomes the report prepared by Ms McGuinness and the intense debate which has taken place in the various EP committees on the elements surrounding this very topical subject, which range from trade to biofuels, price monitoring, investment policy, the financial crisis, climate change and water use in agriculture.

The Commission shares the broad analysis on the causes of the food crisis which hit many developing countries in the first part of 2008. The Commission will continue to analyse the link between food prices and energy prices. The causality issue is a highly complex one as it involves the interplay of a number of demand and supply factors. Energy prices constitute only one of these factors but one which has both a direct and indirect impact. The topic of biofuels was discussed in detail during the various EP sessions. There is a clear difference between EU and US policy on the extent to which cereal production is being diverted to biofuels. EU biofuels policy does not reduce the availability of food, as the quantities of feedstocks used are very small on a global scale.

Even if the EU moves closer to its 10% target, the impact on food prices will be limited, in particular for two reasons: first, more and more biofuels will come from non-food feedstocks or will be made from residues or waste. Second, the efficiency of techniques for producing biofuels will further improve, and average yields can also be expected to continue to increase.

A sustainable EU biofuels policy is overall a pro-poor policy. It will provide additional opportunities for the two thirds of the world's poor who live in rural areas and thus depend on a thriving agricultural sector. However, not all groups will benefit to the same extent. The Commission is committed to closely monitoring the effects on food security and on food prices.

The EU has already taken steps in order to address global food security by adapting the CAP to the changed market and global situation. The health check which was recently agreed will modernise, simplify and streamline the CAP and remove restrictions on farmers, thus helping them to respond better to signals from the market and to face new challenges.

The agreement on the health check abolishes arable set-aside, increases milk quotas gradually leading up to their abolition in 2015, and converts market intervention into a genuine safety net.

New challenges, such as climate change, water management, renewable energy and biodiversity, which will have an impact on developing countries, have also been addressed in it.

The CAP will not remain static after 2013, and the preliminary debate has already been engaged since the informal agricultural ministers meeting in Annecy in September. The future CAP has to be seen in the context of a broader vision in which sustainable development, competitiveness and global food balances will form an integral part.

Various high-level events have placed global food security high on the international agenda. There is a clear understanding and recognition internationally to place agriculture and rural development higher on the policy agenda at national, regional and possibly at continental level. For example, we have discussed in detail the topic of agriculture and food security during our college-to-college meeting with the African Union in October, a debate which we intend to intensify in the course of this year.

Last but not least, the Commission needs to follow up on the G8 leaders' statement on global food security. In the run-up to the adoption by the Council of the food facility on 16 December, the European Commission has already had very fruitful discussions with the UN high-level task force.

The European Commission looks forward to the implementation of the comprehensive framework for action. The Commission is convinced that the global partnership on agriculture and food security which is gradually taking shape will have a key role in implementing the various recommendations made in this report, including how to support smallholder farmer production and what type of trade policies should be adopted to contribute to food security, especially in the most vulnerable communities.

Evidently, export restrictions and bans should be avoided and the way forward is more rather than less trade liberalisation. Enhanced trade flows are part of the solution towards food security.

The Commission hopes that the bold step taken by the European institutions to mobilise the one billion euros which will complement other financial instruments which have been earmarked to respond to the food crisis – of both a short- and medium- to long-term nature – is followed up by other donors.

The Madrid Conference on food security for all on 26 and 27 January is certainly a key event to move the debate to another level, one that seeks to identify the key priorities to address world food hunger.

The European Commission will continue to play a proactive role in contributing to global food security and the McGuinness report has certainly been a good analysis to look at some possible avenues which could be considered by the EC and the broader international community.

1-179

Presidente. – Este ponto é dado por encerrado.

A votação terá lugar na terça-feira, às 12 horas.

Declarações escritas (artigo 142.º)

1-180

Kader Arif (PSE), par écrit. – La mobilisation du Parlement suite aux émeutes de la faim a permis de dégager 1 milliard d'euros pour lutter contre la crise alimentaire. Au-delà de cette mesure d'urgence, je tiens à souligner le besoin d'une stratégie mondiale de long terme basée sur les agricultures locales et vivrières et adaptée aux besoins des populations et aux potentialités des territoires.

En effet, l'augmentation de la population mondiale, le réchauffement climatique, la production incontrôlée d'agrocarburants et les spéculations agressives sont autant de facteurs qui augmentent les tensions sur les marchés agricoles. Ces éléments indiquent que la crise ne sera pas passagère et qu'il faudra repenser globalement les politiques publiques afin d'améliorer les méthodes de production et la régulation des marchés internationaux.

Je considère que la PAC, corrigée de ses excès et imperfections, pourrait devenir un exemple de politique efficace, équitable et responsable, répondant au défi alimentaire, alliant à la fois économie, social et environnement. Elle doit également aider les pays en développement par un partage des techniques, des connaissances et de l'expérience européennes. Mais l'Europe doit surtout œuvrer à réformer les règles du commerce mondial pour qu'elles ne s'opposent pas au droit des pays à soutenir leur agriculture pour garantir leur sécurité alimentaire.

1-181

Κατερίνα Μπατζελή (PSE), γραπτώς. – Οι έως τώρα διεθνείς και περιφερειακές συμφωνίες έχουν αποδειχθεί ανεπαρκείς για την ομαλοποίηση του εφοδιασμού της αγοράς και του εμπορίου, αλλά και της διαφάνειας και σταθερότητας των τιμών των γεωργικών προϊόντων.

Η ρύθμιση των γεωργικών αγορών θα πρέπει να βασίζεται σε μακροπρόθεσμη στρατηγική αποτελεσματικών μέτρων, καθώς και στην οργάνωση και πληροφόρηση των παραγωγών ως προς την κατάσταση και τις προοπτικές των αγορών.

Η βασική αρχή μιας τέτοιας πολιτικής είναι η θέσπιση ενός δικτύου ασφαλείας του εισοδήματος έναντι κινδύνων και κρίσεων που προέρχονται είτε από αντίξοα φυσικά φαινόμενα είτε από στρεβλώσεις στην αγορά και ασυνήθιστης διάρκειας και έκτασης πτώση των τιμών.

Απαιτούνται ολοκληρωμένες και αποτελεσματικές πολιτικές όπως:

- ευρωπαϊκά και διεθνή συστήματα παρακολούθησης της παραγωγής και της αγοράς για την έγκαιρη προειδοποίηση καθορισμού των τάσεων της παραγωγής,

- ένας παγκόσμιος κατάλογος απογραφής των τροφίμων και των επισιτιστικών αποθεμάτων,

- ένα ευρωπαϊκό σύστημα παρακολούθησης της αγοράς για την καταγραφή των μεταβολών των τιμών των γεωργικών προϊόντων και του κόστους των εισροών, σύστημα το οποίο μπορεί να συνδυαστεί με ένα αντίστοιχο διεθνές στα πλαίσια του FAO.

Επίσης είναι επιθυμητό η μελλοντική συμφωνία για τον γύρο της Ντόχα να συμπεριλάβει και τις καταστάσεις εκτάκτου ανάγκης κατά τις οποίες θα επιτρέπεται η παροχή επισιτιστικής βοήθειας διότι οι μέχρι τώρα διατάξεις δεν έχουν δεσμευτικό χαρακτήρα.

1-182

Constantin Dumitriu (PPE-DE), în scris. – Concluziile raportului dnei McGuinness referitoare la securitatea alimentară globală sunt evidente acum și în România: ne confruntăm cu o creștere a prețului tuturor produselor alimentare de bază, determinată de devalorizarea monedei naționale, scumpirea materiei prime și a creditelor contractate de procesori.

Mai mult, din cauza încălzirii globale, în ultimii ani am văzut culturi nimicite tot mai des de calamități naturale, iar fermierii din noile state membre sunt cei mai dezavantajați în aceste situații, deoarece nivelul subvențiilor acordate acestora este mai redus decât în celelalte state membre.

De aceea, prin amendamentele propuse, am solicitat Comisiei să analizeze posibilitatea constituirii unor mecanisme de intervenție la nivel comunitar, independente de ajutorul specific pentru asigurarea culturilor, pentru prevenirea și combaterea efectelor încălzirii globale.

Standardele comunitare impuse producătorilor de alimente sunt înalte și, de aceea, prețurile la alimente în UE sunt mari. Am însă convingerea că agricultura poate constitui motorul de relansare al economiilor europene lovite de criza globală, iar dezvoltarea surselor de energie regenerabile poate avea un impact pozitiv asupra sectorului agro-alimentar.

Luând măsurile de precauție necesare, putem realiza creșterea producției de biocombustibili fără a pune în pericol mediul înconjurător sau rezerva de alimente necesare la nivel mondial.

1-183

Roselyne Lefrançois (PSE), par écrit. – Ce rapport relatif à la PAC et à la sécurité alimentaire mondiale nous offrait une formidable occasion de réfléchir à la manière de faire pleinement participer l'agriculture européenne à la réalisation de l'équilibre alimentaire de la planète. En effet, alors que les besoins alimentaires ne cessent d'augmenter dans le monde, la part d'aide au développement dédiée à l'agriculture a quant à elle subi une diminution constante depuis les années 80. C'est pourquoi j'avais déposé en commission AGRICULTURE un certain nombre d'amendements visant à rendre ce rapport plus ambitieux et notamment à proposer que la Commission européenne adopte une stratégie globale sur les questions de sécurité alimentaire, permettant davantage de cohérence entre toutes les politiques communautaires de l'Union.

Si je me réjouis que ce texte insiste sur le rôle capital de la PAC pour atteindre l'objectif de sûreté alimentaire, je regrette que la rapporteure défende une orientation accrue de la politique agricole vers le marché et accuse les initiatives de protection de l'environnement d'être responsables d'une réduction de la production agricole en Europe. Cette affirmation est à mes yeux totalement erronée et il me semble au contraire nécessaire de se saisir de la problématique du changement climatique pour valoriser de nouveaux modèles visant à produire plus et mieux.

1-184

Véronique Mathieu (PPE-DE), par écrit. – Aujourd'hui, l'UE doit renforcer, en toute urgence, la sécurité sanitaire en matière agricole et répondre à des défis majeurs. Tout d'abord, l'agriculture devra doubler sa production en 30 ans car la

population mondiale atteindra 9 milliards d'individus d'ici 2050. Or, 860 millions de personnes souffrent toujours de la faim. Ce développement devra être durable et s'appuyer en priorité sur les agricultures locales.

La fluctuation massive des prix mondiaux des denrées alimentaires tout comme la bonne gestion des stocks mondiaux représentent un autre défi. Pour garantir des revenus équitables aux agriculteurs européens, je soutiens l'idée que les polices d'assurance protègent davantage les agriculteurs contre les fluctuations de prix tout comme l'initiative d'instaurer un système global d'inventaire des stocks alimentaires.

Enfin, compte tenu de l'accroissement des échanges d'animaux et de végétaux, l'UE se doit de mettre en œuvre une stratégie efficace pour prévenir toute crise sanitaire en Europe basée sur la prévention, la traçabilité et la réactivité. En ce sens, la récente décision du Conseil des Ministres de renforcer et d'harmoniser les dispositifs de contrôle à l'importation permettra de mieux garantir la qualité des produits alimentaires à nos concitoyens.

L'agriculture joue plus que jamais un rôle central en matière de croissance et de développement. Nous devons donc à tout prix la protéger !

1-184-250

Daciana Octavia Sârbu (PSE), în scris. – Criza mondială a alimentelor, generată de creșterea continuă a prețului porumbului, grâului și a energiei, creșterea demografică mondială, precum și schimbările climatice, a generat o serie de tensiuni și revolte care, dacă nu sunt rezolvate în viitorul apropiat, ar putea contribui la o destabilizare a țărilor și regiunilor la nivel mondial. Este alarmant diferența între ritmul de creștere al populației care ar putea ajunge la peste 9 miliarde de locuitori în 2050 și reducerea rezervelor alimentare la nivel global. O astfel de situație va duce cel mai probabil la înlocuirea conflictelor pentru petrol cu cele pentru apă potabilă și hrană, respectiv cu lupta pentru supraviețuire. În momentul de față, Uniunea Europeană este donatorul principal în materie de ajutor umanitar, însă rezervele de alimente încep să se epuizeze și țările în curs de dezvoltare, în special Africa, au nevoie de mai mult sprijin pentru combaterea sărăciei și a foamei cronice. Reducerea dependenței agriculturii de sursele de energie fosilă, utilizarea produselor biologice, păstrarea solurilor fertile, precum și adaptarea Politicii Agrare Comune la situația crizei alimentare, sunt câteva din elementele cele mai importante care trebuie luate în considerare pentru a trece peste acest impas.

1-184-500

Csaba Sándor Tabajdi (PSE), írásban. – Az európai agrárszektor legnagyobb kérdése 2009-ben, hogy miként befolyásolja a gazdasági világválság a mezőgazdasági termékek termelési feltételeit és a fogyasztást. A kérdés központi témája lesz a II. Magyar Agrárakadémiának is, amelyet Göögös Zoltán FVM államtitkárral közösen szervezek 2009. április 17-én, Pápán. 2006 óta a kukorica ára háromszorosára, a búza világpiaci ára pedig 180%-al nőtt, miközben az élelmiszerárak összességében 83%-al emelkedtek. 2050-re a világ népessége 9 milliárd főre gyarapszik, ellátásukhoz meg kell duplázni a jelenlegi mezőgazdasági termelési szintet, az olcsó élelmiszer korszakának tehát vége szakadt. Ezért kiemelten fontos, hogy megőrizzük, és lehetőség szerint növeljük az Európai Unió mezőgazdasági potenciálját. Elfogadhatatlan, hogy a KAP ágazati reformjainak következtében csökkent az Európai Unió mezőgazdasági termelése. Ezt jól példázza a magyar cukoripar eltűnéséhez vezető cukorreform, a szőlőtőkék kivágására adott támogatás a borreform keretében, és ebbe az irányba hat a közvetlen mezőgazdasági támogatások termeléstől való elválasztása is.

Meg kell találnunk a megfelelő egyensúlyt az élelemtermelés és a bioüzemanyag-előállítás között, utóbbi nem veszélyeztetheti a globális élelmiszerbiztonságot. Az Egyesült Államok bioetanol programja jelentős szerepet játszott a 2008-as élelmiszerár-robbanásban, a tapasztalatokból okulva az Európai Uniónak felül kell vizsgálnia a bioüzemanyagok arányára tett korábbi vállalását. Végül sürgetlem az uniós szintű cselekvést az élelmiszer-kiskereskedelmi monopóliumok kialakulása ellen, a termelők védelmében.

1-184-750

Silvia-Adriana Țicău (PSE), în scris. – Creșterea prețului energiei, fenomenele meteorologice nefavorabile și sporirea cererii de energie datorată creșterii demografice globale au generat prețuri ridicate pentru alimente. Solicit Comisiei să analizeze legătura dintre prețurile ridicate la alimente și prețurile din ce în ce mai mari la energie, în special pentru combustibilii utilizați.

Sectorul agricol necesită îmbunătățirea eficienței energetice. Creșterea ponderii culturilor pentru biocombustibili și utilizarea energiei regenerabile ar putea avea un impact pozitiv asupra sectorului agro-alimentar, care este afectat de prețurile ridicate ale îngrășămintelor, pesticidelor, de costurile ridicate pentru prelucrare și transport. Solicit Comisiei să monitorizeze îndeaproape efectele producției ridicate de biocarburanți atât în UE cât și în țările terțe în ceea ce privește modificările legate de utilizarea terenurilor, de prețurile produselor alimentare și de accesul la alimente.

Stimulente pentru cultivarea durabilă a culturilor energetice nu ar trebui să pericliteze producția de alimente. Consider că sunt necesare cercetări în domeniul agricol, pentru a spori productivitatea agricolă și invit statele membre să exploateze pe deplin oportunitățile oferite în ceea ce privește acest aspect în cadrul celui de-al șaptelea Program-cadru pentru cercetare și dezvoltare tehnologică și să adopte măsuri de îmbunătățire a producției agricole în mod durabil și eficient din punct de vedere energetic.

1-185

19 - Desenvolvimento do diálogo civil no Tratado de Lisboa (breve apresentação)

1-186

Presidente. – Segue-se o relatório da Deputada Genowefa Grabowska, em nome da Comissão dos Assuntos Constitucionais, sobre as perspectivas de desenvolvimento do diálogo civil no âmbito do Tratado de Lisboa (2008/2067(INI)) (A6-0475/2008).

1-187

Genowefa Grabowska, sprawozdawca. – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Zmieniamy temat: będziemy mówili o kontaktach pomiędzy instytucjami Unii Europejskiej a jej obywatelami, o kontaktach, które szwankują, pomiędzy którymi mamy dużą lukę. A Jean Monnet powiedział w przeszłości „Nie tworzymy Unii dla państw i rządów, tworzymy ją dla obywateli”.

Unia Europejska rozszerza się, obywatele przybywa, natomiast instytucje europejskie, instytucje Unii Europejskiej mają problem z kontaktowaniem się z obywatelami. Pokazały to bolesne doświadczenia w postaci francuskiego i holenderskiego „nie” wobec konstytucji europejskiej, jak również irlandzkiego „nie” wobec Traktatu z Lizbony. Co prawda instytucje unijne próbują poprawić kontakt z obywatelami, otwierają się na nich, wyraźnie uznają rolę społeczeństwa obywatelskiego. Wachlarz unijnych polityk komunikacyjnych w tym zakresie jest coraz szerszy, przyjął nawet specjalną nazwę dialogu obywatelskiego, ale to za mało. I dlatego Parlament Europejski wychodzi naprzeciw temu wyzwaniu, próbując stworzyć tego typu mechanizm i zaproponować tego typu kontakty pomiędzy instytucjami Unii Europejskiej a jej obywatelami, które wyeliminują brak demokracji, pokażą, że obywatele odgrywają ważną rolę także w procesie podejmowania decyzji na forum Unii Europejskiej.

Art. 10 Traktatu z Lizbony mówi: „Każdy obywatel ma prawo uczestniczyć w życiu demokratycznym Unii. Decyzje są podejmowane w sposób jak najbardziej otwarty i zbliżony do obywatela.” Towarzyszy temu przepis dodatkowy, mówiący jeszcze o inicjatywie legislacyjnej jednego miliona obywateli Unii Europejskiej, którzy po wejściu w życie traktatu lizbońskiego będą mogli wystąpić do Komisji Europejskiej i skłonić ją, by zechciała przygotować wniosek legislacyjny w ważnej dla obywateli sprawie.

Dlatego w tym sprawozdaniu mówię o dialogu obywatelskim, o dialogu, który nie jest definiowany w prawie, ale o dialogu, który jest niezbędny i który chciałabym, by był kierowany, czy kierował się, następującymi zasadami: po pierwsze, wprowadziłam w tym sprawozdaniu zasadę reprezentatywności społeczeństwa obywatelskiego. Chciałabym, aby społeczeństwo obywatelskie było na poziomie Unii Europejskiej dobrze reprezentowane, dobrze to znaczy przez takich partnerów, którzy właściwie, należycie odbijają i reprezentują interesy.

Chcę, aby dialog obywatelski miał charakter wzajemny, dwustronny - to znaczy, by nie tylko Unia Europejska mówiła do obywatela, a obywatel Unii odpowiadał, ale by instytucje unijne informowały obywateli, kiedy ten głos został wzięty pod uwagę i jakie konsekwencje wywołały opinie obywateli. Dlatego potrzebna nam jest informacja zwrotna płynąca z Unii do obywateli.

Chcę, by dialog obywatelski opierał się na zasadzie przejrzystości, transparentności, abyśmy zapraszając do dialogu uczestników reprezentujących społeczeństwo kierowali się jasnymi regułami, abyśmy mieli systematyczną publikację list organizacji, które włączyły się w konsultacje. Dobrze byłoby, aby Unia miała osobę odpowiedzialną za tę właśnie stronę, czyli za dialog.

Zasady prowadzenia dialogu obywatelskiego są trudne do ustalenia i dlatego oczekuję, że Komisja Europejska, która wcześniej już przygotowała określone reguły dotyczące wzmocnionej kultury konsultacji i dialogu (to jest rok 2002), zechce przygotować tego typu zasady, które staną się zasadami wspólnymi dla wszystkich instytucji. I jeszcze chcę tylko wskazać, że państwa członkowskie powinny być także zobowiązane do promowania dialogu obywatelskiego. Chcę, aby wszystko, co w tym sprawozdaniu się pojawia i o czym nie zdążyłam powiedzieć, zostało w pierwszej możliwej sytuacji, czyli przy wyborach do Parlamentu Europejskiego, w kampanii wyborczej, przetestowane i byśmy uczynili ten pierwszy krok w kontaktach z obywatelami europejskimi, przekazując to, co Unia ma im najlepszego do zaoferowania i biorąc od nich nauki, które powinniśmy tutaj włączyć.

1-188

Androulla Vassiliou, Member of the Commission. – Mr President, first of all the Commission would like to thank the rapporteur, Ms Grabowska, as well as the Committee on Constitutional Affairs for their excellent report.

We agree that civil society plays an important role in European integration. It is one of the key tools for communication between European institutions, EU society and EU citizens. It helps citizens to exercise their right to participate in the democratic life of the Union.

The Commission has a long and healthy tradition of interaction with civil society organisations. This cooperation between the Commission and civil society has grown, covering a wide variety of issues from policy dialogue to project management, both within the EU and in our partner countries.

The Treaty of Lisbon would put our existing practices on a more formal footing and provide a fresh impetus to further enhance them. It would also open the door to another option for civil society to operationalise its views through the Citizens' Initiative.

Involving interested parties in an active dialogue requires the provision of appropriate instruments for civil society to express its opinions and be heard. The EU institutions also need equally appropriate instruments to ensure that what we hear from civil society and citizens is properly picked up and put into the system. The Commission welcomes the fact that the current report supports many of the ideas the Commission is already putting into effect.

Through its mandate, the current Commission has taken a series of initiatives to involve civil society organisations and individual citizens in a public debate on EU issues. One of the more innovative examples of these efforts has been the citizens' consultations, experimenting with deliberative polling and face-to-face consultations.

To understand people's needs and expectations, over the past 35 years the Eurobarometer has been developed into a very valuable tool for monitoring public opinion in Europe. Neither the Commission nor Parliament can, however, single-handedly organise a Europe-wide public debate. This will only be possible if EU institutions and Member States work together. That is the purpose of the political declaration on 'Communicating Europe in Partnership' signed by Parliament, the Council and the Commission on 22 October 2008.

In this context, the Commission and Parliament are already coordinating efforts with the Member States via the management partnerships, which include regional and local campaigns on specific issues, linking up with action by local authorities and NGOs. Eleven new management partnerships in 2009 will make this approach even more effective.

The Commission shares the view that fruitful dialogue depends on the active participation of all sides: the EU institutions, the Member States and civil society. The Commission hopes that the Lisbon Treaty will come into force and stands ready to take the necessary action to put its provisions into practice and to continue developing civil dialogue.

1-189

Presidente. – Este ponto é dado por encerrado.

A votação terá lugar na terça-feira, às 12 horas.

Declarações escritas (artigo 142.º)

1-190

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (PSE), na piśmie. – Demokratyczna i bliska obywatelom Unia Europejska wymaga ścisłej współpracy instytucji unijnych i państw członkowskich ze społeczeństwem obywatelskim na szczeblu krajowym, regionalnym i lokalnym.

Spółczesność obywatelska, reprezentująca liczne organizacje pozarządowe i organizacje non-profit założone przez obywateli z ich własnej woli, odgrywa bardzo ważną rolę w europejskim procesie integracji, przedstawiając instytucjom europejskim stanowiska i żądania obywateli Unii. Niezmiennie ważne zatem jest skuteczne i rzetelne informowanie obywateli oraz popularyzowanie dialogu obywatelskiego, zwłaszcza w zakresie promowania i propagowania działań i zamierzeń Unii Europejskiej, w budowaniu sieci współpracy europejskiej oraz wzmacnianiu wśród społeczeństwa obywatelskiego tożsamości europejskiej.

Unia Europejska, chcąc osiągnąć swoje cele i zamierzenia polityczne, potrzebuje szerszej debaty publicznej, efektywniejszego dialogu obywatelskiego i większej świadomości politycznej.

Traktat z Lizbony wzmacnia prawa obywateli wobec Unii poprzez ułatwienie im i stowarzyszeniom reprezentatywnym dla społeczeństwa obywatelskiego udziału w debatach nad „Europą obywateli”.

Instytucje Unii Europejskiej powinny podjąć bliższą współpracę na rzecz budowania europejskiego dialogu obywatelskiego i promowania aktywnej postawy europejskiej wśród obywateli UE. Konieczne jest zachęcenie obywateli do szerszego udziału w debatach i dyskusjach europejskich, a także do aktywnego uczestnictwa w nadchodzących wyborach do Parlamentu Europejskiego, ponieważ, jak mówił Jean Monnet, „nie tworzymy Unii dla państw i rządów, tworzymy ją dla obywateli”.

1-191

Zita Gurmai (PSE), írásban. – Egy civil szervezethez való tartozás azt a lehetőséget teremti meg egy európai polgár számára, hogy aktív részt vegyen a politikaformálásban. Az uniós célok elérése tekintetében igazi kihívást jelent a polgárok aktív bevonása e folyamatba, illetve az, hogy konkrét, kézzelfogható lehetőséget teremtsenek számukra a kezdeményezésekre, visszajelzésre, kritikára és ellenvélemények kifejtésére. Mivel azonban nincs egységes és pontos jogi definíció a civil szervezetekre, ez nehézségeket okozhat.

Annak érdekében, hogy az Unió állampolgárai felismerjék az Unió őket érintő előnyeit, tovább kell szélesíteni a demokráciát, növelni az átláthatóságot és javítani a hatékonyságot az Európai Unió működésében. A demokratikus deficit ugyanis a legtöbb esetben abból adódik, hogy a polgárok nem minden esetben jutnak hozzá az érdemi információkhoz. A közösségi döntéshozatal tekintetében a dokumentumok egy része továbbra sem hozzáférhető, így folytatni kell azt a folyamatot, amely a közösségi munkadokumentumok hozzáférhetőségének további szélesítésére irányul.

A konzultációs mechanizmus az európai intézmények tevékenységének szerves részét képezi. Rögzíteni kell a konzultáció általános alapelveit és minimális szabványait, létre kell hoznunk a konzultáció kereteit, amely koherens, de mégis elég flexibilis ahhoz, hogy alkalmazkodjon az érintett felek speciális elvárásaihoz.

1-192

Jo Leinen (PSE), schriftlich. – Mit diesem Bericht setzen wir ein klares Zeichen für mehr Bürgernähe der EU und schlagen konkrete Schritte vor, dieses Ziel Wirklichkeit werden zu lassen.

Wir fordern alle EU-Institutionen auf, den Dialog mit der Zivilgesellschaft zur wichtigen Querschnittsaufgabe in der politischen Arbeit zu machen.

Die Menschen unterstützen die EU nur, wenn sie über politische Vorhaben und Aktivitäten informiert werden und sich an den Entscheidungen, z.B. durch Konsultationen, beteiligen können. Wir haben bei der Ablehnung des Lissabon-Vertrages in Irland erlebt, welche negativen Konsequenzen absichtlich gestreute Fehlinformationen für die europäische Integration haben. Dem müssen wir in Zukunft durch eine offensive Informations- und Dialogpolitik vorbeugen. Dies gilt insbesondere auch für den Rat und die Regierungen der Mitgliedstaaten, die sich aktiver für eine verbesserte Information über die EU einsetzen sollten.

Der Zugang zu den Dokumenten aller EU-Institutionen muss erleichtert und verbessert werden, so dass sich jeder Bürger ein Bild von ihrer Arbeit machen kann.

Unser Ziel ist der Aufbau einer starken europäischen Zivilgesellschaft als Grundvoraussetzung für die Entwicklung eines europäischen öffentlichen Raums. Deshalb fordern wir, endlich die notwendigen Rahmenbedingungen, das heißt vor allem ein Statut für europäische Vereine und damit die notwendige infrastrukturelle Grundlage für aktive Bürgerinnen und Bürger auf europäischer Ebene, zu schaffen.

1-192-500

Zdzisław Zbigniew Podkański (UEN), na piśmie. – Panie Przewodniczący
Panie i Panowie Posłowie

Sprawozdanie posła Grabowskiej w sprawie perspektyw rozwijania dialogu obywatelskiego w ramach Traktatu z Lizbony jest przykładem marnotrawienia czasu i środków. Rodzi się więc pytanie natury zasadniczej. O co w tej debacie tak naprawdę chodzi? Przecież Traktat jest martwy - odrzuciła go Irlandia w referendum ogólnonarodowym. Oznacza to, że w/w dokument nie ma mocy prawnej. Budowanie czegokolwiek na nim jest budowaniem w próżni, bez podstaw. Budowanie na Traktacie, którego w rzeczywistości nie ma, bo został odrzucony, jest pogwałceniem demokracji i równych praw wolnych narodów. Tak więc po raz kolejny kłania się encyklopedyczna wiedza o pojęciu "demokracja". W moim pojęciu demokracja jest świadomym wyborem, a nie przymusem i nieliczeniem się z wolą narodów. W demokracji suwerenem jest naród, a nie grupa interesów, zaś najwyższą formą jej wyrazu jest referendum, a nie sprzeczna z wolą narodu decyzja kliki sprawującej władzę. Czy tak trudno to zrozumieć?

1-193

Душана Здравкова (PPE-DE), в писмена форма. – Бих искала да поздравя г-жа Grabowska за чудесния доклад, за който съм сигурна, че ще е принос за подобряване и развитие на гражданския диалог. Има много неща да се кажат за развитието на диалога между граждани и институции в Европейския съюз. Като председател на гражданско сдружение в България, съм дълбоко убедена, че това е един от най-важните елементи за бъдещото развитие на Европа, който трябва спешно да бъде реформиран и подобрен.

Вярвам, че с този доклад Европейският парламент дава нужните насоки и препоръки на останалите институции, но също и на гражданските организации, защото без тяхното съдействие и участие целта, която сме си поставили, ще бъде невъзможна.

Докладът предлага един равнопоставен диалог, зачитащ различието и независимостта на множеството асоциации, и ще спомогне на гражданското участие в политическия процес да се справи със сериозните предизвикателства, поставени пред него, както на национално, така и на европейско ниво. Защото е от голямо значение да се намери диференциран подход, който да даде резултати на местно ниво поради различното ниво на развитие, както в различните държави, така и в различните сектори.

Разчитам, че останалите институции и държавите-членки ще вземат предвид нашите препоръки в най-бързи срокове, дори и Договорът от Лисабон да не влезе скоро в сила.

1-194

20 - Finanças públicas na UEM – 2007 e 2008 (breve apresentação)

1-195

Presidente. – Segue-se o relatório da Deputada Donata Gottardi, em nome da Comissão dos Assuntos Económicos e Monetários, sobre as finanças públicas na UEM 2007-2008 (2008/2244(INI)) (A6-0507/2008).

1-196

Donata Gottardi, relatrice. – Signor Presidente, Signora Commissaria, onorevoli colleghi, esattamente un anno fa abbiamo preso la decisione di congiungere la relazione su finanze pubbliche 2007 e 2008. I motivi erano almeno due: cercare di essere più tempestivi e tener conto dei segnali di cambiamento in atto. Non era dato ancora a conoscere l'intensità dei cambiamenti, ma era già allora chiaro che analizzare insieme i due anni ci avrebbe consentito un'analisi più completa e adeguata. Niente di più vero! La relazione che voteremo domani è stata aggiornata costantemente.

È evidente infatti lo strettissimo collegamento fra finanze pubbliche e crisi finanziaria ed economica. Basti pensare alla destinazione di risorse per salvataggi di banche e di gradi imprese, al sostegno del sistema produttivo, tenendo conto della richiesta proveniente soprattutto dalle piccole e medie imprese, e alla protezione contro le ricadute negative della recessione per le cittadine e i cittadini. Tutti provvedimenti che sono all'attenzione delle istituzioni europee e dei singoli paesi membri e che non dovrebbero però intaccare e indebolire le prospettive e il nostro impegno per le generazioni future.

La relazione coinvolge almeno due piani: quello generale e stabile, a valere in ogni situazione, e quello della risposta urgente nei confronti della crisi. Rimane confermato, anzi rafforzato, il principio che finanze pubbliche di qualità e sostenibili sono indispensabili non per i singoli paesi ma per la tenuta dell'economia e del modello sociale europeo. Quanto alle entrate, occorre ampliare la base imponibile senza indebolire il principio della progressività e ridurre la pressione fiscale sul lavoro, soprattutto per i redditi medio-bassi e per le pensioni. Quanto alle spese, occorre valutare il contesto, le esigenze e la composizione della popolazione, con attenzione alle politiche di genere e ai cambiamenti demografici. Più che tagliare indiscriminatamente occorre riqualificare la spesa, riallocare le poste di bilancio, ammodernare le pubbliche amministrazioni.

Un'utile metodologia è quella del *gender budgeting*, da tempo voluta e promossa dal Parlamento europeo, ma ancora lontana dal diventare di comune applicazione, pur consentendo di aumentare trasparenza, comparabilità, conoscibilità da parte della cittadinanza e quindi di incrementare fiducia e senso di responsabilità.

L'instabilità priva di precedenti va affrontata con punti fermi. Se l'intervento del settore pubblico è ridiventato centrale ed essenziale, diventa indispensabile evitare di ripetere errori che sarebbero ancora più imperdonabili e piegare la crisi verso un nuovo modello di sviluppo che sia davvero ambientalmente e socialmente sostenibile.

Quando si parla di coordinamento a livello europeo, si deve pensare ad avere una propria *governance* in funzione anticiclica e con impegni condivisi e unidirezionali, rafforzando la lotta all'evasione e ai paradisi fiscali e collegando i piani nazionali. In caso di intervento di sostegno alle imprese, vanno valutate le ricadute in relazione alla concorrenza, al funzionamento del mercato interno, al *level playing field*, garantendo supervisione, *accountability*, limitazioni e comportamenti conseguenti. La revisione del patto di stabilità e crescita consente una flessibilità controllata, da impiegare con attenzione e lungimiranza.

Vanno rilanciate le politiche macroeconomiche ed investimenti comuni nei settori strategici predeterminati e con strumenti quali ad esempio quello degli eurobond e con grande attenzione anche a livello subnazionale e ai piani di stabilità regionali. La relazione ha ricevuto un ampio consenso in commissione economica, dato il convergere della maggior parte dei gruppi politici su questa visione. Spero davvero che questo preluda ad un buon risultato del voto di domani!

1-197

Androulla Vassiliou, Member of the Commission. – Mr President, the Commission welcomes the Gottardi report and the substance of the report fits well with that of the two earlier Commission reports on public finances in the EMU released in June 2007 and 2008. The Commission also agrees with the three latest amendments tabled by the rapporteur on 7 January.

The European Parliaments' report confirms that the revised Stability and Growth Pact (SGP), so far, has been working as it should. In particular, many Member States have made considerable efforts to meet their obligations with regard to the Pact. Since the reform of the SGP, both the corrective and preventive arms have been applied in full accordance with the provisions of the reform pact and any leniency in enforcement has not occurred.

However, the report also emphasises the very negative economic outlook for the EU and the euro area for 2009. Growth has slowed down considerably, to the point of turning into an outright recession this year. The overall economic prospects for 2010 are also discouraging, so the Commission agrees with the European Parliament that supporting demand by making use of discretionary fiscal policy measures is now essential.

Nevertheless, fiscal policy should be maintained on a sustainable course, anchoring expectations of an ordered resolution of the crisis. In this respect the Commission shares Parliament's concerns regarding the long-term sustainability of public finances and continues to put emphasis on its assessment.

A new report on the long-term stability of public finances in the European Union will be issued by the Commission in autumn 2009. The Commission also takes the European Parliament's view that public expenditure has to be reoriented in order to improve the quality of public spending in line with the Lisbon Strategy. Such a policy orientation is indeed part of the integrated policy guidelines adopted by the European Council. Work is ongoing at the Commission for a more systematic assessment of quality of public finance developments including aspects of performance-based budgeting.

1-198

Presidente. – Este ponto é dado por encerrado.

A votação terá lugar na terça-feira, às 12 horas.

Declarações escritas (artigo 142º)

1-198-500

Silvia-Adriana Țicău (PSE), în scris. – În primăvara anului 2006 douăsprezece state membre făceau obiectul unei proceduri de deficit excesiv. Ca urmare a implementării recomandărilor și deciziilor Consiliului emise în cazul țărilor cu deficit excesiv, a făcut ca doi ani și jumătate mai târziu, numărul de state membre care fac obiectul unei proceduri de deficit excesiv se apropie de zero. Acest lucru a fost posibil datorită existentei, în 2006 și 2007, a unor condiții economice favorabile. În perioada 2008-2009 ne confruntăm cu o criza economică care a generat deja în multe din statele membre recesiune economică, creșterea somajului, falimentul multor companii, în special IMM-uri. Planul european de redresare economică prevede importante investiții publice pentru modernizarea infrastructurii de transport și a celei energetice. Statele Membre dezvoltă programe pentru sprijinirea IMM-urilor pentru a-și putea continua activitatea. În aceste condiții, Statele Membre din zona euro, ca de altfel toate Statele Membre, vor avea dificultăți în respectarea criteriilor de convergență. Consider că la nivel european trebuie adoptate măsuri care să permită Statelor Membre să facă față provocărilor actuale: îmbătrânirea populației, migrația, schimbările climatice, etc. Agricultură, educația, sănătatea și transporturile, care reprezintă domenii cheie pentru dezvoltarea economică a Uniunii și pentru calitatea vieții cetățenilor europeni, trebuie să beneficieze de politici publice speciale.

1-199

21 - Práticas comerciais desleais e publicidade enganosa e comparativa (breve apresentação)

1-200

Presidente. – Segue-se o relatório da Deputada Barbara Weiler, em nome da Comissão do Mercado Interno e da Protecção dos Consumidores, sobre a transposição, aplicação e controlo da observância da Directiva 2005/29/CE relativa às práticas comerciais desleais das empresas face aos consumidores no mercado interno, e da Directiva 2006/114/CE relativa à publicidade enganosa e comparativa (2008/2114(INI)) (A6-0514/2008).

1-201

Barbara Weiler, Berichtstersterin. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zu meinem Bericht komme, möchte ich doch noch einmal sagen, dass wir uns mit unserer Entscheidung zur Debatte von Initiativberichten nicht richtig verhalten haben. Wenn ich sehe, wie die Debatten ablaufen – ohne Dialog, ohne Kontroverse, ohne Konflikte –, dann empfinde ich das nicht als eine parlamentarische Debatte, und ich hoffe, wir werden das nach der Europawahl schnell wieder ändern.

Nichtsdestotrotz möchte ich meinen Dank an die Kolleginnen und Kollegen, die nicht hier sind, aussprechen. Wir haben im Zusammenhang mit der Erstellung des Berichts sehr gut zusammengearbeitet. Ich möchte auch der Kommission und dem Ausschusssekretariat danken.

Wir haben viele gemeinsame neue Erkenntnisse auch während der Debatte im Ausschuss gewonnen. Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz hat die Debatte über die Umsetzung bewusst relativ früh auf die Tagesordnung gesetzt, denn die Frist für die Umsetzung durch die Mitgliedstaaten war Mitte bzw. Ende 2007, was bis heute nicht sehr

viel Zeit für eine Richtlinie ist, die einen enormen, wichtigen Teil der Harmonisierung bedeutet. Nichtsdestotrotz haben es einige Mitgliedstaaten nicht geschafft, die Umsetzung vorzunehmen. Sicher hängt das auch mit dem komplizierten Verfahren zusammen, aber es ist interessant, dass drei Mitgliedstaaten, die es nicht geschafft haben, zu den Gründerstaaten gehören. Man kann also nicht unterstellen, dass sie mangelnde Kenntnisse in europäischem Recht haben. Drei Mitgliedstaaten haben noch nicht umgesetzt, vier haben mangelhaft und unzureichend umgesetzt, und drei Mitgliedstaaten haben Mitteilungen der Kommission erhalten, die eventuell ein Verfahren beim EuGH nach sich ziehen. Das ist also eine ganze Reihe von Fällen mangelhafter Umsetzung. Das haben wir auch bei unserer Anhörung festgestellt, allerdings auch, dass zwei Länder mit sehr viel Engagement und Kreativität umgesetzt haben, nämlich Großbritannien und Österreich. So etwas gibt es also auch.

Die Vorteile des Binnenmarktes müssten auch im Interesse der Mitgliedstaaten sein. Ziel dieser Richtlinien sollte es sein, die Rechte der Verbraucher klarzustellen und grenzüberschreitenden Handel zu vereinfachen, verlässliche und faire Regeln einzuführen und natürlich auch die Rechtssicherheit zu verstärken.

Ein ganz wichtiger Punkt für uns Abgeordnete war der Schutz der Bürger und Verbraucher vor betrügerischen Praktiken. Das gilt nicht nur für Verbraucher, sondern auch für Kleinunternehmen und Gewerbetreibende. Ein Ziel sollte es für uns sein, Frau Kommissarin, vielleicht die beiden Richtlinien in mittelfristiger Zukunft einmal zusammenzufassen, denn sehr viele kleine Gewerbetreibende stehen vor den gleichen Ärgernissen im Binnenmarkt wie die Konsumenten. Viele Beispiele sind uns auch bekannt, zum Beispiel die belästigende Werbung, irreführende und aggressive Geschäftspraktiken. Wir kennen alle den Adressbuchschwindel, der in ganz Europa ein verbreitetes Ärgernis ist. Wir kennen Lotteriebetrugereien und vieles mehr.

Ich möchte der Kommission auch danken, dass bei Fluggesellschaften und bei der Werbung für Klingeltöne sie sehr konsequent das neue System der Sweeps, der Recherchen, eingeführt hat. Wir hoffen, dass sie auch noch weiter daran arbeitet. Wir erwarten, dass sie eine stärkere Vernetzung mit den nationalen Stellen durchführt und vor allem darauf achtet, dass die schwarzen Listen nicht ausgehöhlt werden und die Sanktionen auch in der Tat abschreckend sind – ein ganz wichtiger Punkt für uns Abgeordnete.

Abschließend möchte ich sagen, dass erfolgreiche Umsetzung Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten und zwischen den nationalen und europäischen Abgeordneten, erfordert, und ganz im Sinn des Vertrags von Lissabon, der hier eben auch erwähnt worden ist, möchte ich dafür plädieren, dass die nationalen Abgeordneten mehr Kontrolle über ihre nationalen Regierungen ausüben. Diese beiden Gesetze wären ein guter Anfang dafür.

1-202

Androulla Vassiliou, Member of the Commission. – Mr President, first of all I would like to thank the rapporteur, Mrs Weiler, for her report, the contents of which of course will be carefully considered by the Commission, but also to thank her for the comments she made regarding this procedure.

The Commission fully agrees that it is now very important that Member States adequately transpose the new concepts introduced by the directive on unfair commercial practices and that national authorities also contribute to uniform implementation of the directive right across the EU.

As far as transpositions are concerned, two Member States are still late: Luxembourg and Spain; the Commission referred these cases to the Court of Justice in June last year.

The Commission also coordinated cooperation on transposition in order to avoid incorrect transpositions. Nevertheless, some problems remain in a limited number of countries mainly because of their reluctance to comply with full harmonisation. For those cases the Commission will not hesitate to launch infringement proceedings.

The report mentions the need to protect not only consumers but also SMEs against unfair commercial practices. On this point the Commission reminds the European Parliament that a full harmonisation directive on unfair business-to-consumer practices was already a very ambitious proposal which would have failed if its scope had been extended to business-to-business unfair competition practices.

It has been concluded from the consultation leading up to the proposal and from the deliberations in Council that there was little support for extending the scope of the directive to cover business-to-business unfair commercial practices.

As regards aggressive practices which were regulated for the first time at EU level through the directive on unfair commercial practices, it was considered that such practices occur almost exclusively in business-to-consumer relationships. Misleading business-to-business practices are already covered by the directive concerning misleading and comparative advertising. Such practices should continue to be regulated solely by this directive.

As regards enforcement of consumer protection legislation, the Commission will continue to coordinate enforcement actions through the consumer protection cooperation network.

In this context the Commission notes that Parliament's support for the 'sweeps' as an enforcement tool. The Commission intends to further develop this mechanism and has planned a further sweep for later this year. Further to the request from Parliament, the Commission is also pleased to add that the forthcoming second version of the consumer scoreboard will contain data gathered during the sweeps carried out so far.

As the report mentions the need for information campaigns to raise consumer awareness of their rights, the Commission would like to inform the members of its recent 'Is it fair?' website which includes for example educational material on the blacklist of banned practices.

To conclude, the Commission would like to assure this House that it will continue to work closely with Member States to ensure adequate and effective enforcement of the directives on unfair commercial practices and misleading comparative advertisement.

The database containing national transposition measures and case-law will be set up this year and will serve as a useful tool in this respect.

1-203

Presidente. – Este ponto é dado por encerrado.
A votação terá lugar na terça-feira, às 12 horas.

(Na sequência da intervenção de Barbara Weiler, o Presidente recorda as disposições do n.º 2 do artigo 45.º do Regimento.)

Declarações escritas (artigo 142º)

1-204

Zita Pleštinská (PPE-DE), písomne. – Európski spotrebitelia sú často vystavení nekalým obchodným praktikám a klamlivej a zavádzajúcej reklame. Nebezpečenstvo podvodu čiha hlavne na skupinu zraniteľných spotrebiteľov, do ktorej patria predovšetkým deti a dôchodcovia.

Vítam úsilie Komisie pomôcť členským štátom pri transpozícii smernice, ktorá prispieva k zvyšovaniu dôvery spotrebiteľov, ako aj obchodníkov v cezhraničné transakcie. Znamená väčšiu právnu istotu pre spotrebiteľov a zároveň ochranu malých a stredných podnikov pred agresívnymi nekalými obchodnými praktikami.

Táto smernica bude mať kľúčový význam pre budúci vývoj spotrebiteľských práv EÚ a pre plný rozvoj potenciálu vnútorného trhu. Keďže stále existujú nejasnosti v transpozícii tejto smernice, vítam správu kolegyne Weiler, ktorá poukazuje na problémy v transpozícii do národných legislatív.

Aby sme boli úspešní, musia súdne orgány zintenzívniť cezhraničnú spoluprácu v oblasti podvodných databázových služieb. Veľký význam prikladám informačným kampaniam na zvýšenie povedomia spotrebiteľov o ich právach, pretože sú kľúčovým faktorom, ako im poskytovať väčšiu ochranu. Len dobre informovaný spotrebiteľ dokáže rozlíšiť zavádzajúcu reklamu a predísť sklamaniu, ktoré mu môže spôsobiť.

Verím, že prostredníctvom „čiernych zoznamov“ odhalíme nekalé obchodné praktiky a úplne zakážeme každú zavádzajúcu reklamu.

1-205

22 - A PCP e a abordagem ecossistémica da gestão das pescas (breve apresentação)

1-206

Presidente. – Segue-se o relatório do Deputado Pedro Guerreiro, em nome da Comissão das Pescas, sobre a PCP e a abordagem ecossistémica da gestão das pescas (2008/2178(INI)) (A6-0485/2008).

1-207

Pedro Guerreiro, relator. – A presente Comunicação da Comissão enquadra-se, pela diversidade de questões que coloca, no debate em torno de uma eventual reforma da Política Comum de Pescas, até 2012.

Este relatório, aprovado pela Comissão das Pescas do PE, avança com um conjunto de aspectos que julgamos importantes no quadro deste debate.

As pescas são uma actividade fundamental para garantir a alimentação e a sobrevivência dos seres humanos, sendo este o objectivo primordial de uma qualquer política de pescas.

Neste sentido, há que sublinhar a importância da pesca nas águas da ZEE de cada Estado-Membro para a sua soberania e independência, nomeadamente ao nível alimentar.

A Política Comum de Pescas (PCP) deverá promover a modernização e o desenvolvimento sustentável do sector das pescas, assegurando a sua viabilidade socioeconómica e a sustentabilidade dos recursos haliêuticos e garantindo o abastecimento público de pescado e a soberania e segurança alimentares, a manutenção dos postos de trabalho e a melhoria das condições de vida dos pescadores.

Deste modo, tendo em conta os seus objectivos próprios, uma PCP não deve estar subordinada a outras políticas comunitárias entretanto definidas.

Isto é, uma política pesqueira não é nem pode ser uma política para os oceanos ou para o ambiente marítimo.

A primeira e principal tarefa da gestão da pesca, enquanto actividade que explora um recurso auto-renovável, consiste em controlar o esforço total de pesca de modo a garantir a captura máxima sustentável.

Uma política para as pescas deve partir da assunção da interdependência entre o bem-estar das comunidades piscatórias e a sustentabilidade dos ecossistemas, dos quais são parte integrante, nomeadamente, reconhecendo a especificidade e a importância da pequena pesca costeira e da pesca artesanal.

A aplicação de uma abordagem ecossistémica de gestão do meio marinho impõe, necessariamente, uma acção multidisciplinar e intersectorial entre várias medidas, que vão muito para além e estão a montante das adoptadas no âmbito das pescas, que têm impacto nos ecossistemas marinhos.

Em vez de palpites baseados em ideias preconcebidas, a proposta de uma análise ecossistémica da avaliação dos recursos pesqueiros deverá ser baseada em dados científicos validados.

Por outro lado, é necessário reconhecer que existem importantes diferenças entre as diversas áreas marinhas e recursos que em cada uma ocorrem, as várias frotas e artes utilizadas e respectivos impactos nos ecossistemas, o que exige medidas de gestão das pescas diversificadas, específicas e adequadas a cada caso, compensando, se necessário, os pescadores pelas suas consequências socioeconómicas.

A fim de garantir a sustentabilidade dos recursos, da actividade da pesca e das respectivas comunidades locais, consideramos indispensável que os Estados-Membros exerçam a sua soberania sobre as 12 milhas do Mar Territorial e que a área correspondente à ZEE das Regiões Ultraperiféricas seja considerada zona de acesso exclusiva.

Neste sentido, são preocupantes as propostas no que respeita ao acesso aos recursos, que visam promover um sistema de quotas individuais transferíveis, com consequências na concentração da actividade pesqueira e na apropriação individual dos direitos de pesca.

Importa ainda salientar que é inadequada e injustificada uma política que incentiva o abate indiferenciado de embarcações, que não tem em conta as especificidades das frotas, os recursos, as necessidades de consumo de cada Estado-Membro e o seu impacto socioeconómico.

Por fim, gostaria de sublinhar que o acentuado decréscimo de rendimentos no sector decorre não só das restrições sobre a actividade pesqueira, mas sobretudo da estagnação/redução dos preços na primeira venda, acompanhada pelo aumento dos custos de produção (gasóleo e gasolina).

1-208

Androulla Vassiliou, Member of the Commission. – Mr President, the Commission welcomes the report presented and the support given to our perspectives regarding the ecosystem approach.

One of the main messages the Commission gives in its communication is that, while fisheries depend on healthy marine ecosystems, fisheries management cannot take on the role of overall ocean management on its own. Healthy marine ecosystems can only be safeguarded through a policy which involves all sectors which impact on these ecosystems.

This is why the Commission sees the maritime policy, and especially its environmental pillar, the Marine Strategy Directive, as key to the implementation of an ecosystem approach. This approach will give assurances to the fishing industry that all human impacts on marine ecosystems, not only fisheries, are addressed in a proportionate and coherent way. This is also the overall thrust of the report and we appreciate the agreement on this point.

I will emphasise that this does not mean that one policy is subordinate to another – that we, by taking this approach are establishing a hierarchy between, for instance, the Marine Strategy Directive and the common fisheries policy.

The Marine Strategy Directive serves the common fisheries policy by being the necessary integrative instrument to safeguard the resource base for fisheries in the future, and the common fisheries policy will contribute to the Marine Strategy Directive by putting in place management measures necessary to support the objectives for healthy marine ecosystems.

As stated in the report, meeting food needs, safeguarding fishing industries and fishing communities, and preserving the sustainability of marine ecosystems are not irreconcilable. On the contrary, in the long term there is a synergy between these objectives.

The report touches on many questions regarding the specific instruments to be utilised in the future. These are important and pertinent questions which we will address in the debate regarding the reform of the common fisheries policy. I will therefore not comment specifically on these questions here.

I will, however, point out that there are a couple of points where we may be in disagreement. It is indicated that fishermen affected by management plans and measures to protect ecosystems should be subsidised or compensated. We do not think that direct subsidies is a way forward, but that the solution is to help the industry to be more economically resilient and to help coastal communities diversify into other economic activities.

It is also indicated that restocking from aquaculture may be an instrument to replenish wild fish stocks. Although this may be an option in a few very specific cases, we do not think that this is the way forward in general. Fish stocks should be rebuilt by proper management of the human impacts on the marine ecosystems, including the impacts of both fisheries and other sectors.

We will return to a more detailed debate on the instruments for fisheries management in the context of the debate and development of the common fisheries policy reform, starting with our publication of a green paper in April. In the mean time, I thank Parliament for its support for our approach as expressed through this report.

1-209

Presidente. – Este ponto é dado por encerrado.

A votação terá lugar na terça-feira, às 12 horas.

Declarações escritas (artigo 142º)

1-209-002

Daciana Octavia Sârbu (PSE), în scris. – Stocurile de pește existente în apele Uniunii Europene este în continuă descreștere atât datorită pescuitului excesiv și al echipamentelor necorespunzătoare utilizate, cât și din cauza impactului pe care îl au alte sectoare asupra vieții marine biologice, în special turismul. O cercetare științifică care să identifice factorii ce influențează ecosistemele marine, inclusiv impactul schimbărilor climatice, va asigura posibilitatea determinării evoluției resurselor piscicole și luarea de măsuri de precauție care să prevină epuizarea rapidă și continuă a rezervelor de pești.

Întru-cât pescuitul este o activitate esențială pentru garantarea hranei și a supraviețuirii oamenilor, managementul durabilității resurselor piscicole devine fundamentală în contextul deteriorării biodiversității marine. Din acest motiv, componentele sociale, economice și de mediu trebuie luate în considerare în toate inițiativele de dezvoltare sustenabilă a zonelor de coastă din Uniunea Europeană.

1-210

23 - Igualdade entre homens e mulheres no acesso ao emprego, à formação e promoção profissionais (breve apresentação)

1-211

Presidente. – Segue-se o relatório da Deputada Teresa Riera Madurell, em nome da Comissão dos Direitos da Mulher e da Igualdade dos Géneros, sobre a transposição e aplicação da Directiva 2002/73/CE do Parlamento Europeu e do Conselho, de 23 de Setembro de 2002, que altera a Directiva 76/207/CEE do Conselho relativa à concretização do princípio da igualdade de tratamento entre homens e mulheres no que se refere ao acesso ao emprego, à formação e promoção profissionais e às condições de trabalho (2008/2039(INI)) (A6-0491/2008).

1-212

Teresa Riera Madurell, Ponente. – Señor Presidente, la Directiva a que hace referencia el informe es una modificación de una Directiva de 1978 sobre la misma cuestión, elaborada a la luz del Tratado de Amsterdam, de la jurisprudencia desarrollada por el Tribunal de Justicia de las Comunidades Europeas y de las nuevas realidades sociales; una modificación que incorpora elementos clave en el avance de los derechos de las mujeres, que son los que se evalúan en este informe.

El texto legal introduce la definición de discriminación directa e indirecta, de acoso y de acoso sexual, requiere a los Estados miembros que alienten a los empresarios a adoptar medidas para prevenir todas las formas de discriminación por razón de sexo y salvaguarda los derechos laborales tras el permiso de maternidad o de paternidad.

Con la implementación de esta Directiva, los Estados miembros, además de comprometerse a crear organismos de igualdad con funciones de promoción, análisis, implementación y apoyo a la igualdad de trato, asumen el compromiso de implementar el diálogo social, con el objetivo de promover la igualdad de trato en el mundo laboral a través de los convenios colectivos y de una manera planificada. Se comprometen también a reforzar el papel de las ONG en la promoción de la igualdad, a establecer medidas efectivas de sanción para quienes no cumplan las disposiciones de la Directiva y a implementar medidas de protección para quienes den su apoyo a las víctimas.

Si la Comisión hubiera podido elaborar el informe que, de acuerdo con la propia Directiva, es preceptivo cada cuatro años, nuestro trabajo de evaluación habría sido relativamente sencillo. Para ello, todos los Estados miembros tendrían que haber transpuesto la Directiva dentro del plazo establecido, haberlo hecho bien y haber remitido toda la información a la Comisión. Pero ésta no era la situación de la que partíamos.

Al vencer el plazo para transponer la Directiva, nueve Estados miembros no habían notificado qué medidas habían adoptado para transponerla; la Comisión les había abierto un procedimiento de infracción y, en el mes de mayo del año pasado, todavía había procedimientos abiertos contra dos Estados miembros. Además, debido a la complejidad y a los aspectos novedosos de la Directiva, la Comisión había detectado problemas de transposición en veintidós Estados miembros, aunque esperaba solventar muchos de ellos mediante el diálogo.

Para realizar un informe que fuera riguroso, útil y lo más completo posible, necesitábamos disponer de más datos, por lo que decidimos solicitar también información a los Estados miembros. Con la información facilitada por la Comisión, la recibida de los Estados miembros –a través de los organismos de igualdad y de los Parlamentos nacionales– y con las aportaciones de mis colegas de los distintos grupos, hemos podido elaborar este informe, que ofrece ya una idea clara de cómo se está desarrollando el proceso de transposición en cada uno de los Estados miembros.

Tras la experiencia vivida, quiero señalar que la colaboración entre los Parlamentos nacionales y el Parlamento Europeo ha sido fundamental para poder hacer bien nuestro trabajo. Sin la información aportada por los Parlamentos y los organismos de igualdad no habríamos podido elaborar este informe, al menos, con la profundidad con la que lo hemos hecho; tampoco habría sido posible sin la fluida colaboración que hemos podido establecer con la Comisión y sin la inestimable ayuda de los servicios de la Comisión de Derechos de la Mujer e Igualdad de Género, de mi oficina y de los servicios de mi grupo parlamentario. A todas ellas –pues son mujeres– quiero darles las gracias. También quiero agradecer las aportaciones y la buena disposición de las ponentes alternativas.

Nuestro objetivo ha sido, desde el primer momento, que nuestro trabajo fuera, además de riguroso y útil, fruto del máximo consenso, puesto que se trataba de conseguir una buena radiografía de la situación en que se encontraba la transposición de una Directiva muy importante, que dota a la Unión Europea de herramientas muy eficaces para que los Estados miembros refuercen su legislación relativa a la igualdad de trato en el ámbito laboral, algo que es fundamental para conseguir los objetivos que nos hemos marcado como europeos.

No olvidemos que todavía hoy en la Unión Europea, en cuanto a la tasa de empleo, existe una diferencia de 28,4 puntos entre hombres y mujeres, que estamos lejos del objetivo marcado en Lisboa de llegar a un 60 % de empleo femenino para 2010 y que, además, las mujeres cobran como promedio un 15 % menos que los hombres.

Si este informe sirve también para despertar algo más la conciencia en los Estados miembros sobre esta cuestión, podemos darnos doblemente por satisfechas.

1-213

Androulla Vassiliou, *Member of the Commission*. – Mr President, the Commission welcomes Parliament's report on this important Directive, and we thank Mrs Madurell for her hard work on this.

Directive 2002/73/EC is an important tool for fighting gender discrimination in access to employment, vocational training, promotion and working conditions. It has significantly improved Community law in this field, with clearer definitions of types of discrimination and a number of innovative legal solutions. They include provisions for the protection of pregnant women and women on maternity leave, the involvement of social partners and NGOs in ensuring gender equality in the workplace, and the establishment of equality bodies.

This report is of special importance given the many inequalities still affecting men and women in the area of employment. It draws the attention of the Member States, the Commission, the social partners and civil society to the Directive's key provisions and stresses the need for full implementation. It can therefore contribute to greater compliance with the Directive and to greater awareness of the Community legislation on equal treatment of men and women.

As the guardian of the Treaties, the Commission continues to monitor closely implementation of the Directive in the Member States. It is keeping up the dialogue with the Member States in connection with infringement procedures, with a view to ensuring the Directive is properly implemented.

In fulfilment of its reporting obligation under the Directive, the Commission will adopt a report in the first half of this year on the Directive's application in all Member States and will communicate this to Parliament and the Council.

1-214

Presidente. – O debate está encerrado.

A votação terá lugar na quinta-feira.

Declarações escritas (artigo 142º)

1-214-002

Proinsias De Rossa (PSE), in writing. – The Irish Equality Authority is considered to be a model of good practice. Yet, the Irish Government has recently cut its budget by some 43% and fast-tracked the decentralisation of the Authority, at a time when the Government's overall programme of decentralisation of public bodies is being halted.

Indeed, Mr Niall Crowley, Chief Executive Officer of Ireland's Equality Authority, has resigned as CEO stating 'the Equality Authority has been rendered unviable by the decision [...] to cut its funding by 43% and to continue the decentralisation of its staff' and that '[T]he work of the Equality Authority has been fatally compromised'. Moreover, a further six members of the Equality Authority's board have now also resigned.

This report urges Member States to develop capacities and ensure adequate resources for the bodies promoting equal treatment and equal gender opportunities provided for in Directive 2002/73/EC. It also restates the Directive's requirement of ensuring the independence of those bodies.

The Irish Government is clearly in breach of the directive because it evidently has no intention to either adequately resource or ensure the independence of an authority whose funding it has almost halved forcing the resignation of half its board.

1-214-003

Louis Grech (PSE), in writing. – In light of the persisting gap between men and women in terms of employment rates, wages and access to management positions, I call on Member States to speed up the implementation of Directive 2002/73/EC, while ensuring that its provisions are fully and effectively transposed in the national legislation. With a financial crisis unfolding, I am concerned that a slow or low quality implementation of this directive is likely to exacerbate the gender inequalities, endanger the fulfilment of the Lisbon strategy goals and prevent the EU from developing the full potential of its economic capacity.

Regrettable is also the choice of certain Member States to limit the scope of the prohibited types of discrimination, thus only partially complying with the Directive 2002/73/EC. It is disappointing that despite numerous studies on the subject, some national lawmakers are still neglecting the destructive effects of discrimination and sexual harassment on employee morale and productivity.

To better implement anti-discrimination and harassment practices it is necessary to engage stakeholders at grass-roots level, through information campaigns, use of NGOs, and also by more formal instruments such as including special provisions in collective agreements and national legislation relative to gender equality.

1-215

Zita Pleštinšká (PPE-DE), písomne. – Schválením európskej legislatívy začína proces transpozície uplatňovanie smernice v jednotlivých členských štátoch. Európsky parlament podrobne monitoruje transpozíciu každej smernice, príkladom čoho je aj správa kolegyne Teresy Riera Madurell, ktorá skúma vykonávanie zásady rovnakého zaobchádzania s mužmi a ženami.

Výbor pre práva žien a rodovú rovnosť intenzívne upozorňuje, že neustále pretrváva diskriminácia na základe rodovej príslušnosti v mnohých sociálnych a politických aspektoch. Pomalé a nekvalitné vykonávanie smernice 2002/73/ES ohrozuje realizáciu lisabonskej stratégie a možnosť plného uplatnenia sociálneho a hospodárskeho potenciálu EÚ.

Vyzývam Komisiu a členské štáty, aby zaviedli jasné, podrobné a merateľné ukazovatele rovného zaobchádzania a normy hodnotenia vzťahov medzi ženami a mužmi. Verím, že rodový inštitút, ktorý zahajuje svoju činnosť, významne prispeje svojou agendou v oblasti rodovej rovnosti.

Som presvedčená, že úspešnú transpozíciu tejto smernice dosiahneme výmenou osvedčených postupov a prijatím pozitívnych opatrení v oblastiach, v ktorých boli identifikované znevýhodnenia.

1-216

Rovana Plumb (PSE), în scris. – Am citit cu bucurie pe site-ul Parlamentului European că subiectul egalității între femei și bărbați se află pe un distins loc trei în topul celor mai citite știri în anul 2008. Interesul foarte mare pentru acest subiect ne arată însă că mai sunt multe de făcut, în special în domeniul egalității de tratament între bărbați și femei în ceea ce privește accesul la încadrarea în muncă, la formarea și promovarea profesională. În acest sens, raportul doamnei Teresa Riera Madurell reprezintă un succes prin clarificarea rolului angajatorilor și al societății civile în promovarea egalității de gen.

Consider foarte important rolul Comisiei în lupta pentru realizarea egalității între femei și bărbați în câmpul muncii, care trebuie să verifice în primul rând modalitatea în care statele membre UE au acționat pozitiv în legătură cu dezavantajele pe care femeile le-au întâmpinat în cariera profesională. Și mă refer în special la integrarea și respectarea principiului egalității de gen în deciziile administrative și politice ale statelor membre.

Concomitent cu rapoartele trimise Comisiei la fiecare patru ani, se impune ca fiecare stat membru să ofere o prezentare coerentă a sancțiunilor reale pentru încălcările acestei directive, care ar ajuta foarte mult la elaborarea schimbului de experiență și bune practici.

1-217

24 - Ordem do dia da próxima sessão: Ver Acta

1-218

25 - Encerramento da sessão

1-219

(A sessão é encerrada às 22h45)